

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



11. August 1984
Jg. 5 Nr. 16

G 7756 D Preis:
2,50



Politik der Bundesregierung gegen die DDR: Die Sammlung expansionistischer Kräfte wird gefördert
Seite 4



Türkei: Imperialisten fordern Fortsetzung der Lohnsenkungen – Özal bemüht sich
Seite 14



Medizin im Nationalsozialismus: Alles für die reichsdeutsche Wirtschaft
Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BRD/DDR: Die Sammlung expansionistischer Kräfte in der BRD wird gefördert 4

NATO-Herbstmanöver '84: Unverhohlene Angriffsdrohungen . 7

Justiz: Schärfere Demonstrationsstrafen 7

Hochschulgesetzgebung: Stellung der Parteien zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes 8
Technologietransfer 9

Tariffbewegung ÖTV: Eine große Koalition gegen die Ansprüche der öffentlich Bediensteten 10

Frankreich/Mitterand: Nach Entfernung der KPF aus der Regierung holt die Reaktion in Europa Luft..... 11
Dokumentiert: Erklärung der PCF zum Austritt aus der Regierungskoalition 12

Auslandsberichterstattung

Türkei: Imperialisten fordern Fortsetzung der Lohnsenkungen — Özal bemüht sich 14
Neue und größere Kapitalinvestitionen 15

Befreites Kurdistan: Unterstützung für Schulbuchprojekt! ... 15

Israel: Große Koalition gegen Palästinenser 16

Großbritannien: Gewerkschaftsgelder beschlagnahmt 16

USA/GM-Toyota: Angriff auf die Arbeitsbedingungen 17

USA: Die nächsten Aufgaben der Regenbogenkoalition: Reagan besiegen 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

Personalvertretung/Bayern: Keine ausländischen Arbeiter und Angestellten im Personalrat 20

Regionale Nachrichten 20

Bauern/Vorsteuerpauschale: Die Masse der Bauern hat nichts von der Steuersenkung 22

FÜR GESCHÄFTSLUST! GEGEN COUPONSTEUER!

Bundesbankpräsident Pöhl hat die Forderung als erster aufgestellt, Stoltenberg, der BDI, Bangemann schlossen sich an: Die Couponsteuer soll weg! Die Couponsteuer wurde 1965 eingeführt, um, so die Regierung Erhard, "spekulative Devisenzuflüsse" in der BRD zu verringern. Fortan mußten Ausländer auf Zinserträge aus westdeutschen Wertpapieren "Couponsteuer" zahlen, 1983 immerhin ca. 700 Mio. DM. Die Freude der Konkurrenz mit westdeutschen Staatspapieren wurde so beständig gedämpft, während westdeutscher Kapitalexport und westdeutsche Gläubigergeschäfte blühten. Nun soll die Couponsteuer fallen. Nicht, weil sich die Bundesregierung Sorge ums Geschäft von "Ausländern" macht. Es geht um westdeutsche Geschäfte. Die Kapitalmassen, die westdeutsche Kapitalisten in die USA schaffen, um dort an Staatspapieren usw. zu verdienen, sind inzwischen dermaßen groß, daß die Bundesbank Folgen fürchtet. Solche Folgen könnten sein: Geldknappheit in der BRD, infolgedessen steigender Zins, der a) auf die Geschäftslust im Innern drückt und b) am Ende noch zu Kritik am Kapitalexport führt! Also muß die Couponsteuer weg, damit "spekulative Devisenzuflüsse" in die BRD leichter werden. Zudem wird damit ein Signal gesetzt: Weg muß, was die Geschäftslust dämpft! Die nächsten Kapitalistenwünsche kündigen sich schon an. Pöhl hat das Signal gegeben. — (rül)

ZWANGSARBEIT FÜR ASYLSUCHENDE

Die Arbeiterwohlfahrt hat die Bundesregierung aufgefordert, möglichst schnell Maßnahmen zu ergreifen, um die fortgesetzte Verletzung des internationalen "Abkommens über Zwangs- oder Pflichtarbeit" zu beenden. Sie stützt sich dabei auf die Untersuchung des Sachverständigenausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Der Ausschuß stellte in seinem Bericht für 1984 fest, daß Zwangsarbeit gegeben ist, wenn Asylsuchende, die dem Arbeitsaufnahmeverbot unterliegen, zu "gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit" gemäß §§ 18ff. und § 25 des Bundessozialhilfegesetzes herangezogen werden und wenn ihnen für den Fall der Verweigerung mit der Kürzung der Hilfe zum Lebensunterhalt oder mit deren Streichung gedroht wird. Das Verbot, eine Arbeit aufzunehmen, gilt für Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern für ein Jahr, für Asylsuchende aus anderen Ländern für zwei Jahre, in Baden-Württemberg sogar bis zur Entscheidung des Asylantrags.

Die Bundesregierung hat diese Praxis nicht nur mit der Änderung des Bundessozialhilfegesetzes im Rahmen des Zweiten Haushaltsstrukturgeset-

zes abzusichern gesucht, sie verteidigt darüber hinaus ihre Vorgehensweise, mit der sie Asylanten z.B. zwingt, Friedhöfe kostenlos zu reinigen, recht dreist damit, so werde eine Ungleichbehandlung der Asylbewerber vermieden: "Hinsichtlich der Heranziehung zu solchen Arbeiten stehen Asylbewerber, die Sozialhilfe erhalten, nicht anders als deutsche Arbeitslose, die Sozialhilfe erhalten, und als andere Empfänger von Sozialhilfe, die ebenfalls nicht in das Erwerbsleben integriert werden können". Die von den Asylanten verlangte Zwangs-



Asylanten beim Straßenfegen

arbeit fällt auch nicht unter die Ausnahmen im Sinne des Abkommens. Weder handelt es sich um "übliche Bürgerpflichten" noch um "kleinere Gemeindearbeiten", die ausgeführt werden "unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung oder ihre unmittelbaren Vertreter berechtigt sind, sich über die Notwendigkeit der Arbeit zu äußern". Die Arbeiterwohlfahrt kritisiert, daß durch diese zwangsmäßige Arbeit durch Sozialhilfeempfänger auch Personalstellen im öffentlichen Dienst eingespart werden sollen. — (anl)

ZIMMERMANN: KÜHNENS SCHUTZENGEL

Die Bundesregierung hat kein Interesse an der Auslieferung des Neonazis Michael Kühnen durch die französischen Behörden. Er ist zwar in der BRD zur Fahndung ausgeschrieben, aber "eine internationale Fahndung mit dem Ziel, nach einer Festnahme die Auslieferung zu betreiben, haben die insoweit zuständigen Staatsanwaltschaften nicht veranlaßt ..., da ein Auslieferungsersuchen angesichts des politischen Charakters der dem Beschuldigten vorgeworfenen Straftaten keine hinreichende Erfolgsaussicht haben dürfte." So die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 19.7. auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN. Ganz Europa und auch andere Erdteile hatte die Bundesregierung in die Fahndung einbezogen, als es ihr darum ging, Mitglieder der RAF oder der "Bewegung 2. Juli" hab-

haft zu werden und sie zu vernichten; u.a. der in das Strafgesetzbuch eingeführte Straftatbestand der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" bot ihr die Handhabe dafür. Die von Kühnen begründete faschistische ANS hat das Bundesinnenministerium zwar auch als "kriminelle Vereinigung" verboten; aber die Führer der in Reorganisation befindlichen neonazistischen Terrorbanden sollen mit staatlicher Billigung weiter ihr Unwesen treiben, gedeckt durch die Agenten des Verfassungsschutzes. Als Kühnen am 19.3.84 in Konstanz die Schweizer Grenze überschritt, informierte die Grenzschutzstelle die zuständige Staatsanwaltschaft. Obwohl zu diesem Zeitpunkt von Hamburger und Frankfurter Gerichten verschiedene Anklagen gegen Kühnen erhoben waren, Kühnen nach seiner Haftentlassung seinen Aufenthaltsort nicht ohne Erlaubnis der Hamburger Führungsaufsicht verlegen durfte und sich regelmäßig dort melden mußte, ließ die Staatsanwaltschaft Kühnen nicht festzunehmen. Hier hat wohl ein Wink aus dem Bundesinnenministerium den Grenzübertritt gebnet. —(wom)

SCHLECHTER DGB-AUFRUF ZUM ANTIKRIEGSTAG

Zum Antikriegstag 1984 hat der DGB einen Aufruf veröffentlicht, in dem er zur Beteiligung an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen aufruft. Wie in den Vorjahren liefert der Aufruf keine Anhaltspunkte zur Kritik an der Politik der Bundesregierung.

Der Aufruf soll dazu dienen, sozialdemokratische Bauernfängerei im Lager der GRÜNEN zu betreiben. Ob dazu die Feststellung "die Friedenssehnsucht ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert" eine ausreichende Begründung ist, bleibt dann doch zu bezweifeln. Zumal der Aufruf die kriegstreiberische Politik der Bun-

desregierung reinwäscht und Forderungen der politischen Opposition hintertreibt. Z.B. steht geschrieben: "Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik dürfen nicht ausgeweitet werden". Genau das hat die Bundesregierung im letzten Jahr getan. Kein Wort der Kritik. Die Rüstungsproduktion ist bereits so weit gesteigert worden, daß die Forderung gegen eine weitere Ausweitung nichts anderes ist als eine sozialdemokratische Ausrede, die gesteigerte Rüstungsproduktion zu rechtfertigen und zu akzeptieren.

Und wenn der Aufruf in diesem Zusammenhang fordert: "Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen", dann ist das schon Demagogie. Der Bundesregierung ist es in diesem Jahr gelungen, in der WEU durchzusetzen, daß die letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen seit 1945 gegen die BRD fallengelassen wurden. An den Fusionsplänen von MBB und Krauss Maffei zu einem riesigen Rüstungsmonopol übt der DGB keine Kritik. Stattdessen gibt sich der Aufruf scheinheilig alternativ: "Die Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben muß unter Beteiligung der Gewerkschaften erfolgen." Am 1.8. jährte sich zum 70. Mal der Beginn des 1. Weltkriegs. Bundeskanzler Kohl sprach im Juni bei der Verleihung des Karlspreises in Aachen vom "europäischen Bruderkrieg" mit dem Zweck, die politische Verantwortung des deutschen Imperialismus für diesen Krieg zu leugnen. Diese Ideologie soll im Herbst mit einer "deutsch-französischen" Feierstunde in Verdun der Öffentlichkeit neuerlich unterbreitet werden. Diesen Jahrestag ignoriert der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Aufruf zum Antikriegstag völlig, trotz der Losung "Nie wieder Krieg". —(jöd)

Asylpolitik: Sonderausweise für Asylbewerber 22

Nazitreffen: Polizeischutz für Nazis 23

Klinik/Rationalisierung: Mit Personalabbau 2,9 Mio. Rohgewinn 23

Lehrerbildung: Staatliches Schulamt probt Dienstverpflichtung bei Lehrern 24

CDU-Köln: Zwangsarbeit, weniger Sozialwohnungen 25

Kommunalwahlen Stuttgart: Zum Wahlprogramm der MLPD ... 25

Sozialhilfebezug: Leben vom Bettelpfennig des Sozialamts — "Unterhalb der niedrigsten Löhne" 26
Nur 24 Tage im Monat Mittagessen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Vorruhestandstarifvertrag Metall: Blüms Rentenplänen wird damit nichts entgegengestellt 28

Sozialstatistik

Arbeitsschutzgesetze: Nach den Tarifabschlüssen "Flexibilisierung" gesetzlich 30
Dokumentiert: Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes .. 31

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Kriegspropaganda und Widerstand im 1. und 2. Weltkrieg 32

"Ostdeutsche Volkskunde": Ostexpansion — Revanchismus kulturell verbrämt 33

Medizin im Nationalsozialismus: Alles für die reichsdeutsche Wirtschaft 34

Spezialberichte

EG-Süderweiterung: Die Imperialisten in der EG wollen halbkolonialen "Südgürtel" schaffen 36

Spanische Landwirtschaft: "EG-Anpassung" bedeutet Bauernlegen . 37

Portugal: Die "junge Demokratie" erwirbt sich die EG-Reife 39



Der südafrikanische Generalgouverneur für Namibia hat der von der Bundesregierung behaupteten "besonderen Verantwortung" für die "Deutschen", z.B. die deutschen Kapitalisten (Bild), in Namibia Nachdruck verliehen. Seit dem 1. August ist "Deutsch" wieder Amtssprache in Namibia, nachdem sie im zweiten Weltkrieg abgeschafft wurde. —(uld)

Titelbild: Bahnpostarbeiter, Kunstgruppe Hamburg

Politik der Bundesregierung gegen die DDR

DIE SAMMLUNG EXPANSIONISTISCHER KRÄFTE IN DER BRD WIRD GEFÖRDERT

Daß in der "Deutschlandpolitik" der Bundesregierung "Kontinuität" herrscht, ist zwischen CDU, CSU, FDP und SPD unumstritten. Unüberhörbar ist aber auch, daß Kohl und sein Kabinett weitaus häufiger die Verpflichtung zur Wiedervereinigung, die die westdeutschen Imperialisten in der Präambel des Grundgesetzes verankert haben, in der Öffentlichkeit kundtun, als dies die SPD/FDP-Regierung zuvor getan hat, obwohl sich Brandt, Schmidt und andere dieser Präambel gewiß nicht weniger verpflichtet fühlten. Die politische Stärkung all jener Kräfte in der BRD, die sich von einer Wiedervereinigung mit der DDR Gewinn versprechen, ist eines der "deutschlandpolitischen" Anliegen der CDU/CSU/FDP-Regierung. Das Aufpäppeln ebensolcher Kräfte in der DDR ein anderes. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen charakterisierte die Politik der Bundesregierung als "Doppelstrategie":

"Doppelstrategie in dem Sinn, daß wir auf der einen Seite sehr klar unsere grundsätzlichen Forderungen in den Vordergrund stellen, und zwar ... in der Alltagspolitik. Wir wollen die Wiedervereinigung, und nicht am Sankt-Nimmerleinstag, sondern das ist Richtschnur für unsere Politik ... Auf der anderen Seite sind wir von Anfang an auf die DDR zugegangen, haben eine Hand ausgestreckt, vielleicht kann man sogar sagen: beide, aber die Standbeine blieben fest im Westen ..."

... Um die DDR herüberzuziehen, möchte man fortsetzen. Die Einver-

leibung der DDR bleibt oberstes Gebot für die BRD-Imperialisten. Was die Bundesregierung inzwischen in der "Alltagspolitik" aufwendet, um diesem Gebot den nötigen politischen Rückhalt in der BRD zu verschaffen, ist beachtlich. Das innerdeutsche Ministerium sieht seine Hauptaufgabe, so erklärte Minister Windelen in seinem Jahresbericht 1983, vor allem in der "Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit". Der Bundestag hat den für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Etat in den letzten vier Jahren beträchtlich erhöht: von 420 Mio. DM im Jahr 1980 auf 595 Mio. DM 1984. Davon gingen nach Auskunft der Pressestelle des Ministeriums knapp 200 Mio. DM als Zuschüsse an Landsmannschaften,



Auf dem Ostermarsch 1984 in Hannover

Vertriebenenverbände und Mitteldeutsche Vereinigung. Gut 150 Mio. DM wendet das Ministerium für andere "Bildungsarbeit" auf, z.B. allein 1,05 Mio. DM zur Unterstützung von Schulfahrten in die DDR. Jugendreisen der Kirchen werden ebenso finanziert wie diverse Institute mit "gesamtdeutschem" Auftrag.

Den Zuschüssen ist die von der Bundesregierung mehrfach gerühmte Zunahme von Klassenfahrten in die DDR zuzuschreiben. Knapp 15000 Schüler nahmen 1983 teil, gegenüber 5000 im Jahr zuvor. Ob solche Reisen das von Windelen gewünschte Ergebnis haben, die "deutsch-deutschen" Gemeinsamkeiten zu stärken, kann man für die Mehrheit der Schüler bezweifeln. Ein Teil jedoch, z.B. der Anhang der CDU/CSU-Jugendorganisationen, wird sich in der Meinung bestätigt sehen, daß mangels originär kapitalistischer Freiheiten und Aufstiegsmöglichkeiten keine Freiheit herrscht und sie dringlichst in die DDR gebracht werden müßte.

Schließlich rückt die Bundesregierung mit ihrem wiederholten Verweis auf die Präambel des Grundgesetzes jeden, der gegen die Wiedervereinigung auftritt, in die Nähe eines Verfassungsfeindes.

Auf Vorwürfe in der sowjetischen Presse, solche Politik sei revanchistisch und auf Beseitigung der politischen Ordnung der DDR gerichtet, antwortete die Bundesregierung gereizt. Bundeskanzler Kohl erklärte im Süddeutschen Rundfunk:

"Ich kann nirgendwo in unserem

BDA: MEHR FLEXIBLE TEILZEITARBEIT

Man kann damit rechnen, daß die Personalbüros in den kommenden Monaten alle Arten von "flexiblen" Beschäftigungsverhältnissen ausdehnen werden. Jedenfalls war die erste Auflage einer jetzt erschienenen Broschüre des BDA über die praktischen Anwendungen "flexibler Teilzeitarbeit" schon am ersten Tag vergriffen. Das Heftchen enthält Beispiele, wie sich durch Teilzeitschichten die tägliche Betriebszeit auf zwölf und die wöchentliche auf 72 Stunden verlängern läßt. Der BDA weist die Kapitalisten auf die Senkung der Lohnkosten hin z.B. durch Wegfall der Überstundenzuschläge bei Teilzeitarbeitern sowie allgemein auf die Aussicht, eine "höhere Arbeitsproduktivität" durchsetzen zu können. Der BDA bereitet somit auch die bevorstehenden Verhandlungen zwischen

Betriebsräten und Kapitalisten über die Arbeitszeit in der Metall-, Druck- und Holzindustrie vor. Die dort abgeschlossenen Tarifverträge böten "weitere Gestaltungsmöglichkeiten ... über eine Flexibilisierung der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit", kündigt der BDA weitere "praktische Hinweise" an. — (alk)

15 STUNDEN ARBEIT TÄGLICH ZULÄSSIG

Das hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf in einem jetzt veröffentlichten Urteil auf Antrag der "Rheinischen Post" entschieden. Danach können bei Streikmaßnahmen, die nicht 24 Stunden vorher angekündigt sind, die Kapitalisten Arbeiter im "Notdienst" 15 Stunden täglich einsetzen, sofern diese zwischen den Arbeitszeiten eine Ruhezeit von 9 Stunden haben. Auf Aufforderung der IG Druck und Papier hatte die Gewerbeaufsicht eine Ordnungsverfügung gegen den

Verlag verhängt mit der Maßgabe, die nach der Arbeitszeitordnung zulässige Arbeitszeit von 10 Stunden nicht zu überschreiten; die Gewerkschaft hatte während des Streiks beim "Notdienst" Arbeitszeiten bis zu 24 Stunden festgestellt. Nach Auffassung des Gerichts lag ein "Notfall" im Sinne der AZO vor, weil bei Nichterscheinen des "stark zeitabhängigen Produkts Tageszeitung" ein "unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Schaden" entstanden wäre. — (wom)

BUNDESREGIERUNG WILL "FREIES LETTLAND"

Am 5.8. endete in Münster das zweite "Sängerfestival und Welttreffen" revanchistischer Exilorganisationen aus Lettland. Die bürgerlichen Presse berichtet, die 4000 Teilnehmer hätten "ein freies und unabhängiges Lettland" gefordert. Einer der Teilnehmer war der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Windelen. Er be-

Lande Zeichen von Revanchismus erkennen ... Das ist eine international uns diffamierende Kampagne."

Und der Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes drohte gar mit der Kündigung der Ostverträge. Er warf der UdSSR vor, ihr Vorwurf sei "mit Geist und Buchstaben des deutsch-sowjetischen Vertragswerks ... unvereinbar." Die sowjetische Regierung gefährde "die Geschäftsgrundlage des deutsch-sowjetischen Vertrages".

Die Bundesregierung versucht, die UdSSR zum Aggressor zu erklären.

rung diese Ziele durchaus offen. Windeln z.B. führt in seinem Jahresbericht 1983 ausdrücklich den sogenannten Deutschlandvertrag von 1955 an, in dem sich die westdeutschen Imperialisten gemeinsam mit den westlichen Alliierten verpflichtet haben,

"zusammenzuwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt ..."

Das friedliche Wirken der Bundesre-

westlichen Ländern gegenüber der DDR in ihren Händen konzentrieren können. Die DDR hat zwar im letzten Jahr ihren Gesamtschuldenstand von 11,2 Mrd. \$ auf unter 8 Mrd. \$ senken können und keine neuen Schulden im "innerdeutschen Handel" entstehen lassen. Die Staats- und Unternehmensführungen konnten diese Minderung jedoch nur erreichen, indem sie vermehrte Arbeitsanstrengungen im Innern durchsetzten. Die DDR muß beim neuen Kredit ca. 50 Mio. DM weniger zahlen, als wenn sie ihn bei Banken anderer Länder aufgenommen hätte, weil die Vermittlungsgebühren niedriger sind und der Zinssatz für ein halbes Jahr feststeht. Danach ändern sich die Zinsen entsprechend der Marktbedingungen und die BRD-Banken können ihre Forderungen gegenüber der DDR rasch erhöhen.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt Jenninger erklärte aus Anlaß des letzten Kredits, daß mit dem Kredit aus dem Jahr 1983 eine "Revitalisierung" des Verhältnisses zur DDR eingeleitet worden sei und verwies auf die zahlreichen "menschlichen" Vereinbarungen, die mit der Regierung der DDR abgeschlossen worden seien. Jenninger führt Vereinbarungen über Reise- und Transitbedingungen, über Umweltschutz und Familienzusammenführung an, um zu beweisen, daß auch die DDR allen westdeutschen Wiedervereinigungsansprüchen zum Trotz an "deutsch-deutscher" Zusammenarbeit interessiert sei. Solche Kräfte existieren gewiß in der DDR. Aber bislang haben sie sich noch in keiner Regierung breit gemacht, sondern sind immer als ausgemachte Reaktionen zu erkennen gewesen, um deren Förderung sich Bundesregierung und Kirchen im Rahmen "deutsch-deutscher" Beziehungen kümmern. Die Regierung der DDR hat zwar auf



Reaktionäre Demonstration in der BRD im April 1983, Veranstalter ist die "Gesellschaft für Menschenrechte", ebenfalls vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gefördert.

Diese "diffamiere" und halte sich nicht an geschlossene Verträge. Nicht die Politik der Bundesregierung ist aggressiv und revanchistisch, sondern die UdSSR soll aggressiv sein, weil sie die auf Rückeroberung der Ostgebiete gerichtete Politik der Bundesregierung kritisiert.

Dabei propagiert die Bundesregie-

gierung läßt sich als schlichte Erpressungspolitik gegenüber der DDR kennzeichnen. Mit dem jetzt vereinbarten Kredit über 950 Mio. DM zwischen BRD-Banken und der Staatsbank der DDR, für den die Bundesregierung bürgt, haben die BRD-Banken nach Angaben der "Neuen Zürcher Zeitung" knapp 55% der Kreditforderungen aus

grüßte die Versammlung, darunter zahlreiche deutsche Baltikumssiedler, die mit dem geschlagenen Truppen des Faschismus 1944/45 mit gutem Grund das Weite gesucht hatten, und betonte die "Gemeinsamkeiten" von "Deutschen" und "Letten". — (rül)

STÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR DIE STRAFHAFT

Herzlich einig sind sich Regierungsparteien und SPD: Strafverfolgung und Verurteilung zu Freiheitsstrafen sind unerläßlich. Streit gibt es lediglich darum, wie die Kosten für die Strafvollstreckung, 2 Mrd. DM pro Jahr für 53 000 Gefangene einschließlich 15 000 Untersuchungshäftlinge, zu drücken sind. Die CDU/CSU möchte die Möglichkeit, Strafgefangene vorzeitig zu entlassen, "behutsam erweitern". Anfang Juli hat das Bundeskabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen. Erstmals Verurteilte sollen bei "guter Sozial-

prognose" nach Verbüßung der Hälfte von Strafen bis zu zwei Jahren bedingt auf Bewährung entlassen werden, alle, die zu längeren Strafen verurteilt sind, jedoch nur "unter besonderen Umständen". Die SPD setzt auf "Bewährung", d.h. vorzeitige Entlassung nach der halben Zeit oder Strafaussetzung bei Strafen bis zu zwei Jahren (bisher nur möglich bis zu einem Jahr) sollen das Schwert der Vollstreckung über dem Verurteilten baumeln lassen, jedoch die Kosten für seinen Lebensunterhalt ihm selbst überlassen. Die CDU wünscht den Widerruf der Bewährung zu erschweren, indem die Sozialarbeiter eingeschaltet werden, um "Alternativen zum Widerruf aufzuzeigen". — (anl)

MEHR PFÄNDUNGEN GEGEN BAFÖG-SCHULDNER

Eine Verneunfachung der Zahl der Zwangsvollstreckungen gegen frühere BAFÖG-Empfänger meldet das Bun-

desverwaltungsamt in Köln. Das Amt ist von der Bundesregierung beauftragt, die Darlehen an Studenten und Schüler nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz einzutreiben. Ende 1982 hatte der Bundesrechnungshof kritisiert, die Rückzahlung der Darlehen erfolge "schleppend". Nun meldet das Bundesverwaltungsamt, im ersten Quartal 1984 habe man gegen 1 511 BAFÖG-Schuldner die Zwangsvollstreckung eingeleitet, gegenüber 345 im 1. Halbjahr 1983. Zumeist werde wegen Arbeitslosigkeit nicht zurückgezahlt. Von der Rückzahlung werde aber nur der vorübergehend befreite, der weniger als 990 DM im Monat verdiene. Zur Zeit hat das Amt Daten von 1,3 Millionen Schüler und Studenten gespeichert, die entweder noch zur Schule gehen bzw. studieren und BAFÖG bekommen oder es in den vergangenen Jahren bekommen haben. Sie schulden der Bundesregierung 6 Mrd. DM. — (rül)

der einen Seite Interesse an Geschäftsbeziehungen mit der BRD, nicht zuletzt bedeutet der innerdeutsche Handel ein günstiges "West-Geschäft" einschließlich Zugang zum EG-Markt. Grundsätzliche Zugeständnisse hat die Regierung der DDR bislang jedoch nicht gemacht, sondern im Gegenteil im Rahmen der letzten Verhandlungen noch einmal ausdrücklich klargestellt, daß sie z.B. den Anspruch der Bundesregierung, auch Westberlin zu vertreten und darüber Verträge abzuschließen, nicht anerkennt. Und in der Frage des Mindestumtauschs für Rentner z.B. hat sie zwar den Tagessatz auf 15 DM gesenkt, aber gleichzeitig die Visa-Gebühren, die die Bundesregierung den Rentnern zurückerstattet, auf 15 DM erhöht. So ist ihr wiederum gelungen, den westdeutschen Propagandisten vom "Unrechtsregime" einigen Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Regierung der DDR beharrt nach wie vor auf ihren Forderungen nach: – Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD; – Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Staaten in Botschaften; – Abschaffung der westdeutschen Erfassungsstelle zur "Registrierung und Aufklärung von Gewaltakten an der Zonengrenze" in Salzgitter; – und den Abschluß der Verhandlungen über die Staatsgrenze der DDR und deren Anerkennung durch die BRD.

Die Regierung der DDR kann diese Forderungen nur aufstellen. Solange aber in der BRD nur wenige Kräfte bereit sind, für die Anerkennung der DDR gegenüber der Bundesregierung aufzutreten und der Wiedervereinigungspropaganda der Bundesregierung entgegenzutreten, kann die Regierung der DDR nur versuchen, mit politi-

schen Maßnahmen den revanchistischen Propagandisten das Maul zu stopfen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Staatsratsvorsitzende der DDR Honecker in diesem Jahr ihrer Einladung zu einem Besuch in die BRD folgen wird. Bislang soll der Besuch Ende September stattfinden. Eine offizielle Bekanntmachung des Besuchs gibt es noch nicht. Die DDR-Regierung behält sich offensichtlich die Entscheidung vor, den Besuch abzusagen, wenn sich z.B. wie im vergangenen Jahr eine breit angelegte Hetze gegen die DDR entfalten sollte. Damals hatten westdeutsche Politiker und ein großer Teil der BRD-Presse den krankheitsbedingten Tod von zwei westdeutschen Reisenden im Grenzverkehr mit der DDR zum Anlaß genommen, eine regelrechte "Mörderhetze" gegen die DDR zu inszenieren.



Brandt und Scheel auf einem EG-Treffen 1969. Die BRD erhebt den Alleinvertretungsanspruch für alle "Deutschen".

WIKINGJUGEND BEIM BGS

Nur ein Verbot der Wikingjugend könnte offenbar die Führung des Bundesgrenzschutzes in Bad Hersfeld davon abhalten, weiterhin Gruppen dieser neofaschistischen Organisation durch die eigenen Einrichtungen und zur Besichtigung der Grenzanlagen der DDR zu führen. Polizeidirektor Casel, Grenzschutzabteilungskommandeur, hatte Ende Juli zwei Gruppen der Wikingjugend, die teils uniformiert waren, die BGS-Unterkunft in Bad Hersfeld und den Grenzverlauf vorführen lassen. Die von der Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Bundesgrenzschutz Hessen, geforderte Ablösung Casels lehnte das Grenzschutzkommando Mitte in Kassel ab. Solche Grenzfürungen seien normal. Die Mitglieder der Wikingjugend, erkennbar an dunklen Pullovern mit roten Emblemen, hätten sich nicht poli-

tisch geäußert. Überhaupt sei fraglich, ob man ihnen eine Grenzfürung verwehren dürfe, da die Organisation nicht ausdrücklich verboten sei. Bei der Grenzschutzabteilung in Bad Hersfeld handelt es sich um dieselbe Einheit, die während der Streiks in der Druck- und Metallindustrie den Einsatz des Bundesgrenzschutzes gegen Arbeitskämpfe geprobt hat. – (anl)

BUNDESREGIERUNG DECKT C-WAFFEN-PRODUKTION

Westdeutsche Rüstungskapitalisten umgehen immer ungenierter Gesetze der BRD und völkerrechtliche Beschränkungen für die Rüstungsproduktion. Sie werden dabei von der Bundesregierung gedeckt. Die Bundesregierung lehnt "jede Verantwortung" für die Lieferung von 24 Hubschraubern vom Typ BO 105 an den Irak ab. MBB hatte die Hubschrauber nach Presseberichten in Spanien montieren und mit Feuer-

Nunmehr finden sich in der Presse erneut Spekulationen über eine Absage Honeckers. Anlaß sollen die schon erwähnten Artikel in der sowjetischen Presse sein. Diesmal soll der Eindruck erweckt werden, wenn der Staatsratsvorsitzende der DDR den Besuch absagt, ist angebliche Bevormundung der UdSSR die Ursache. Sagt er nicht ab, weil er z.B. von einem Empfang als Staatsgast eine Stärkung der Positionen in der BRD erhofft, die für die Anerkennung der DDR eintreten, so soll er in der westdeutschen Öffentlichkeit als "souveräner Deutscher", der sich "russische Bevormundung" nicht bieten läßt, vorgeführt werden.

Quellenhinweis: Politik und Kultur, Nr. 3/84; Pressemitteilungen des Bundespresseamtes v. 30.7.84 und des Außenministeriums v. 4.7.84; Jahresbericht 1983 des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen – (uld)

leitanlagen ausrüsten lassen. Auf eine Anfrage der GRÜNEN antwortete die Bundesregierung, daß sie auch nichts gegen die völkerrechtswidrige Produktion von C-Waffen im Ausland durch westdeutsche Kapitalisten unternehmen wolle, solange diese als "zivile" Produkte deklariert werden. Die Firma Karl Kolb hat mehrere Laboranlagen in den Irak geliefert, die nach Berichten der "New York Times" zur Herstellung von Senfgas benützt werden. – (uld)

WAFFENEXPORT IN ASEAN-LÄNDER

Die BRD will den Rüstungsexport in die ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) weiter forcieren. Das ist der Tenor der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN. Denn bei der Entscheidung über Rüstungsexporte "spielt das Interesse ... an der inneren

NATO-Herbstmanöver '84

UNVERHOHLENE ANGRIFFSDROHUNGEN

Die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten konzentrieren in den im August beginnenden Herbstmanövern an der Westgrenze des Warschauer Paktes Truppen in einem Ausmaß, welches das aller bisherigen Manöver bei weitem übersteigt. Am Herbstmanöver 1983 nahmen insgesamt 250000 Soldaten teil. 150000 Soldaten befanden sich in der Hauptmanöverzeit im September gleichzeitig im Manöver. Dieses Jahr nehmen schon an den 4 großen Korpsübungen in der BRD mehr Soldaten teil:

— Vom 13. — 20. September führt das II. Korps der Bundeswehr im Raum Regensburg das Manöver "Flinker Igel" durch. 55000 Soldaten nehmen daran teil.

— Vom 12. — 18. September veranstalten das VII US-Korps und westdeutsche Territorialheerverbände im Raum zwischen Nürnberg und München das Manöver "Certain Fury" (Sichere Jagd) mit 40000 Soldaten.

— Vom 15. — 28. September beteiligen sich am Manöver "Spearpoint" (Speerspitze) insgesamt 131000 Soldaten. Dieses Manöver des I. Britischen Korps ist Teil des Manövers "Lionheart" (Löwenherz), der größten Übung der britischen Streitkräfte seit 1948. Deutsche, niederländische und US-amerikanische Streitkräfte beteiligen sich daran. Der Schwerpunkt dieses Manövers liegt im Raum Hildesheim-Hannover.

— Vom 17. — 26. September übt das I. belgische Korps im Manöver "Roaring Lion" (Brüllender Löwe). Unter Beteiligung von Fallschirmjägern, einem westdeutschen Panzerabwehr-

hubschrauberbataillon und einer US-Brigade findet es zwischen Paderborn und Kassel statt. Etwa 21000 Soldaten werden dabei in Bewegung gesetzt.

— Mit diesen Haupt-Manövern ist die Übung Cold Fire (Kaltes Feuer) verbunden. Daran nehmen die Luftstreitkräfte Belgiens, Kanadas, der USA, der Niederlande, Großbritanniens und der Bundesrepublik teil. Geübt werden soll die Luftunterstützung der vier im Einsatz befindlichen Korps während deren Manöver.

— Im Manöver "REFORGER" (Rückkehr von Streitkräften nach Deutschland) soll die Verlegung von 15000 bis 20000 US-Soldaten auf dem Luft- und Seefahrtsweg in die BRD, die Übernahme von hier bereitstehenden Waffensystemen und die Beteiligung dieser Streitkräfte an den Manövern geprobt werden.

— In Nordnorwegen üben Land-, Wasser- und Luftstreitkräfte mehrerer NATO-Staaten vom 13. — 28. September im Manöver "Bar Frost".

— Vom 17. September bis 15. Oktober üben in einem kombinierten Land-, Wasser- und Luftmanöver "Display Determination" NATO-Streitkräfte im östlichen Mittelmeer und im Schwarzen Meer.

In der Auswertung der NATO-Herbstmanöver des letzten Jahres legten die Militärstrategen der BRD großen Wert darauf, festzustellen, wie schnell, reibungslos und wirksam möglichst große Kräfte für einen Vorstoß nach Osten mobilisiert werden können. Dafür wollen sie sich erstens vergewissern, daß ihre imperialistischen Verbündeten genügend Streitkräfte an die Front werfen können und daß deren Zusammenwirken mit den westdeutschen Kampftruppen und den Verbänden des Territorialheeres klappt.

Zweitens soll in den Herbstmanö-

vern 1984 die schnelle Auffüllung der Bundeswehr mit Reservisten gemäß der Heeresstruktur 4 weiter verbessert werden. Die "Österreichische Militärzeitung" stellte in einer Analyse der Herbstmanöver '83 fest, daß die Bundeswehr die Vorteile eines größeren Heeres mit "einem längeren zeitlichen Vorlauf zur Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft" erkaufte habe. Damit ist die Bundeswehrführung nicht zufrieden. Um dieses Problem zu lösen, muß sie aber den Einsatzenwillen auch der Reservisten verstärken. Daß ihr dies gelingt, kann durchaus verhindert werden. Aktionen gegen die Manöver, wie sie unter anderem im Raum Hildesheim geplant sind, können dazu beitragen.

Quellenhinweis: Autumn Forge Exercises 1984, Shape — (clm)

Justiz

SCHÄRFERE DEMONSTRATIONSSTRAFEN

In den letzten Monaten zeichnet sich eine deutliche Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ab. In Westberlin saßen fünf Angeklagte wegen Landfriedensbruchs fast zwei Jahre in Untersuchungshaft, was ungefähr 2/3 der letztendlich ausgesprochenen Strafen entspricht. Sie wurden wegen Steinwürfen bei der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6.82 zu drei Jahren verurteilt und müssen, wenn der BGH die Revision der Angeklagten verwirft, noch über ein Jahr absitzen.

Zu Freiheitsstrafen von ein bis zwei Jahren wurden verschiedene Demonstranten wegen Landfriedensbruchs bei der Krefelder Anti-NATO-Demonstration am 25.6.83 verurteilt. Diese Urteile hat der BGH bestätigt.

Stabilität und an der Verteidigungsfähigkeit der ASEAN-Staaten eine besondere Rolle", weil sie sich "zu bedeutenden Wirtschaftspartnern der Bundesrepublik Deutschland" entwickelt haben, die Region eine "große strategische Bedeutung für die Seewege zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean" hat und die Bundesregierung "die machtpolitischen Einwirkungen der Großmächte aus den Konflikten der Region" heraushalten will. Von 1975 bis 1983 hat die Bundesregierung Kriegswaffenexporte in ASEAN-Länder im Umfang von 460 Mio. DM genehmigt; 88% davon gingen nach Indonesien und Malaysia, hauptsächlich Schnellboote und U-Boote. Nicht erfaßt sind Lieferungen westdeutscher Rüstungskonzerne über Drittländer sowie als "Zivilgüter" deklarierte Exporte z.B. des MBB-Hubschraubers BO 105, der zur Bekämpfung der Guerilla auf den Philippinen eingesetzt wird. — (wom)



Unter großdeutschem Anspruch marschierte am 29.7. die westdeutsche Olympia-Mannschaft bei der Eröffnungsfeier in Los Angeles ein: Statt unter "F" wie "Federal Republic of Germany" rangierte die Mannschaft in der Reihe der alphabetisch einmarschierenden Mannschaften unter "G" wie "Germany". Genscher hatte einen solchen Einmarsch gefordert, und das Organisationskomitee der Olympiade, das auch ansonsten jede Provokation gegen die Sowjetunion und die Staaten des RGW duldete, gab dem Antrag der BRD sofort statt. — (rüf)

Soweit Teilnehmer der Krefelder Demonstration nach über einem halben Jahr Untersuchungshaft freigesprochen wurden, erhalten sie nach einer höchst richterlichen Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf keinerlei Haftentschädigung. Wegweisend die Entscheidung des 1. Strafsenats des OLG vom 14.6.84: Eine Demonstrantin war vom Landgericht Krefeld durch Urteil vom 6.2.84 freigesprochen worden. Gleichzeitig ordnete das Gericht an, daß ihr für die Zeit der unschuldig erlittenen Untersuchungshaft Entschädigung zu zahlen sei. Die Staatsanwaltschaft hatte mit ihrer Beschwerde dagegen vollen Erfolg. Der Senat zur Begründung: "Die wesentliche Ursache dafür, daß sie in dringendem Tatverdacht festgenommen worden ist sowie daß sie ... in Untersuchungshaft genommen worden ist, hat die Freigesprochene selbst gesetzt. Nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils hat sich die Freigesprochene einem nicht angemeldeten Aufzug angeschlossen, dessen Teilnehmer für jedermann schon äußerlich erkennbar unfriedliche Absichten verfolgten ... Wer sich so wie die Freigesprochene verhält, muß bei objektiver Betrachtungsweise damit rechnen, daß er, und sei es aufgrund einer Personenverwechslung bei polizeilichen Festnahmeversuchen, in den dringenden Verdacht gerät, sich an den Gewalttätigkeiten aktiv beteiligt zu haben, selbst wenn er sich lediglich passiv verhalten hat. Diese Gefahr und die sich daraus herleitenden Strafverfolgungsmaßnahmen hätten der Freigesprochenen selbst bei nur geringem Nachdenken nicht verborgen bleiben können."

Das Problem der Entschädigungspflicht kann aber auch dadurch zufriedenstellend gelöst werden, daß die bloße Teilnahme an einer "unfriedlichen Demonstration" bereits zu einer Verurteilung ausreicht. Dieses Ziel verfolgt die Revision des Generalbundesanwalts gegen ein weiteres freisprechendes Urteil des LG Krefeld; über die am 8.8. (nach Redaktionsschluß dieser Nr.) vor dem BGH die mündliche Verhandlung stattfindet. "Sie trug einen schwarzen Motorradhelm, eine schwarze Lederjacke und Jeans, also eine den 'Entschlossenen der Demo' entsprechende Kleidung. So vermittelte sie bereits durch ihr Äußeres den Eindruck, zum 'Kern' der Gruppe zu gehören und hinter dem Entschluß zu stehen, aus der Menge heraus gefährliche Gewalttaten gegen Menschen zu begehen." Weil sie damit dazu beigetragen habe, "Hemmschwellen vor und bei der Anwendung illegaler Gewalt abzubauen", soll sie verurteilt werden.

Quellenhinweis: Presseerklärung politischer Strafverteidiger vom 7.7.84 in Braunschweig (erhältl. bei RAin E. Lunnebach, Siemensstr. 15, 5 Köln 30) — (mim)

Hochschulgesetzgebung

STELLUNG DER PARTEIEN ZUR NOVELLIERUNG DES HOCHSCHULRAHMENGESETZES

Ende Juni hat die Bundesregierung der Ausarbeitung eines Referentenentwurfes zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes zugestimmt. Der Entwurf soll im Herbst fertiggestellt sein, mit der Billigung durch das Kabinett rechnet Bundesbildungsministerin Wilms noch in diesem Jahr. Eine parlamentarische Beratung des Entwurfes ist für 1985 ins Auge gefaßt. Der Entwurf soll auf Grundlage der Empfehlungen einer von Wilms eingesetzten Expertenkommission ausgearbeitet werden. Die Vorschläge der Kommission beinhalten weitreichende Änderungen der Hochschulverfassung (vgl. angegebene Quellen).

Welche umfassenden Gesetzesänderungen geplant sind, zeigt vielleicht am besten ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu den "Hochschulpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung" vom 27.6.84. In diesem Antrag verlangt die Fraktion einen Beschluß des Bundestages über die Inangriffnahme folgender Gesetzesänderungen:

1. Hochschulrahmenrecht. Hier soll den Vorschlägen der Expertenkommission im wesentlichen gefolgt werden.

2. Beamten- und Besoldungsrecht. Die unter 1. vorgesehene neue Personalstruktur muß beamtenrechtlich abgesichert werden. Lohnsenkungen für Hochschulabsolventen sollen festgeschrieben werden.

3. Arbeitsrecht. Die Möglichkeit der befristeten Anstellung von wissenschaftlichem Personal soll ausgeweitet werden. Schon jetzt sind Befristungen mit einer Gesamtdauer von fünf Jahren möglich. Nach den neuen Plänen kann diese Frist (nach ÖTV)

theoretisch auf 20 Jahre ausgedehnt werden. Mitbestimmungsrechte von Betriebsrat und Personalrat bei diesen Arbeitsverhältnissen sollen weiter eingeschränkt bzw. beseitigt werden.

4. Steuerrecht. Hier soll die steuerliche Begünstigung für Stiftungen verbessert werden.

5. Haushaltsrecht im Bereich der Hochschulen: "Abbau der bürokratischen Hindernisse für Drittmittelförderung".

6. Ausbildungsförderungsrecht. Ausbau der "Begabten"förderung und Förderung nach Leistung.

7. Sozialversicherungsrecht und Krankenhausfinanzierungsrecht. Weitere Kostendämpfung, privatwirtschaftliche Struktur der Krankenhäuser.

CDU, CSU, FDP, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, der Hochschulverband (Professorenvereinigung) und die Verbände der Kapitalisten stehen diesen von ihnen selbst initiierten Plänen selbstverständlich aufgeschlossen gegenüber. Auf den Begriff brachte Ministerin Wilms das gesamte Konzept im Bundestag am 29.6.84: "Mit diesen und anderen Programmen bekennt sich die Bundesregierung gleichzeitig zur Bildung wissenschaftlicher Leistungseliten ... die ideologische Behauptung, das Gebot der Chancengerechtigkeit verbiete Spitzenförderung, erkennt einfach anthropologische, menschliche Grundtatbestände. Selbstverwirklichung des Menschen vollzieht sich durch Leistung ... Wir brauchen den Wettbewerb in Forschung und Lehre zwischen den Hochschulen. Nur so können sich auch Elitehochschulen heranbilden ... Wer in diesem Zusammenhang die Gefahr beschwört, daß Hochschulen in Ab-



Bundesbildungsministerin Wilms im Bundestag am 29.6.84: "Selbstverwirklichung des Menschen vollzieht sich durch Leistung".

hängigkeit zur Wirtschaft geraten ... übersieht, daß die ganz selbstverständlichen gegenseitigen Verflechtungen von Wirtschaft und Wissenschaft seit eh und je bestehen. Meine Damen und Herren, die Zeit der ideologischen Berührungsängste sollte nun endgültig der Vergangenheit angehören".

Die FDP bringt wie immer das Salz in die Suppe. In der Debatte hat die von der SPD so hoch geschätzte Hildegarde Hamm-Brücher ihren sozialdemokratischen Kollegen eine kalte Abfuhr erteilt: "Es ist eine Debatte zu führen ... über ein demokratisches und chancengleiches Bildungssystem, das allen hierfür qualifizierten ... offensteht, **zugleich** auch funktionsfähig ist, wissenschaftlich **Begabte** zu fördern und wissenschaftliche **Spitzenleistungen** hervorzubringen. ... Ob ... private Einrichtungen zur Erfüllung dieser doppelten Aufgabe beitragen ... ist dabei eine Frage ... Sie wird jedenfalls gemäß der liberalen Prinzipien von der FDP eindeutig bejaht – wie Wettbewerb und Konkurrenz immer das Geschäft und das Ergebnis fördern." (Hervorhebungen im Original!)

Das alles kann man unbedingt "Wende in der Hochschulpolitik" nennen, eine Wende, die mit beängstigender Geschwindigkeit vollstreckt wird. Sehr wichtig dabei scheint uns, daß neben den geplanten Gesetzesänderungen verschiedene noch verstümmelt vorhandene Kritikpunkte bzw. Schranken in der öffentlichen Meinung vom Tisch gefegt werden sollen und auch werden: "Elite" ist nichts Anrüchiges mehr ("Chancengerechtigkeit muß auch für Hochbegabte selbstverständlich sein"). Zum guten Ton gehört es, zum Wohl von Wirtschaft und Vaterland zu forschen. Das Ansehen des Forschers mißt sich an seinem Geldgeber.

Materielle und rechtliche Ansprüche von Studierenden und Hochschulpersonal, das Verlangen, ausgebildet zu werden, haben in einem solchen Wertgebäude keinen Platz mehr.

Man sollte daher eine Kritik an den Regierungsplänen auch und vielleicht vor allem daran messen, ob diese Wertvorstellungen angegriffen werden, oder ob sich die Kritik nur darauf erstreckt, die Untauglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung des gewünschten Zieles zu tadeln. In dieser Hinsicht sieht es schlecht aus.

Die SPD hat bisher die Novellierungspläne nicht ausdrücklich abgelehnt. Der SPD-Bildungsminister in NRW spricht von "erfreulichen Empfehlungen der Expertenkommission". Hauptangriffspunkte der SPD sind die geplanten Privathochschulen und das Wort "Elite-Universität". Die SPD ist aber der Meinung (vgl. BT-Drucksache 10/1337), daß sich "die Geltung eines Volkes als Kulturnation ... durch her-

TECHNOLOGIETRANSFER

Mit dem Begriff "Technologietransfer" wird der gegenwärtig stattfindende Ausbau der Hochschulen zu kostenlosen Forschungseinrichtungen der Kapitalisten umschrieben. Das an den Hochschulen vorhandene wissenschaftliche Potential, es geht hier vor allem um die ingenieurmäßig ausgerichteten Fachhochschulen, die direkt für die Produktion verwertbare Ergebnisse liefern, soll den einzelnen Firmen einen Teil der immer stärker ins Gewicht fallenden Kosten für Forschung und Entwicklung abnehmen. Das Neue an dieser "Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft" ist nicht, daß die Kapitalisten bestimmen, was geforscht wird, sondern daß die Zeitspanne zwischen dem Ergebnis der Forschung und der Produktion eines am Markt verkäuflichen Produkts gewaltig verkürzt wird:

"Das spezifisch deutsche Problem liegt dabei weniger in der technologischen Spitzenforschung als in ihrer schnellen Umsetzung in die Praxis, also in wirtschaftlich erfolgreiche Produkte und Leistungen." (BDI-Jahresbericht 1982-84). Der Ruf wurde erhört, jeder Politiker erklärt dies zu einem Schwerpunkt der Hochschulpolitik der 80er Jahre: "Dabei sei es eine der wichtigsten politischen Gestaltungsaufgaben in Baden-Württemberg, noch vorhandene Defizite bei der raschen Umsetzung von Erkenntnissen der Grundlagenforschung in anwendungsnahe und industrielle Entwicklungen abzubauen." (Ministerpräsident Späth bei der Eröffnung des Forschungszentrums Informatik Karlsruhe; Uni-Information Karlsruhe 5/84).

Zu diesem Zweck ernannte die baden-württembergische Landesregierung Ende 1982 einen "Regierungsbeauftragten für Technologietransfer": "... erwartet sich die Landesregierung neben der einzelbetrieblichen Unterstützung vor allem auch

eine 'Motivations- und Impulswirkung' in die Fachhochschulen des Landes hinein ..." Mittlerweile hat jede Universität und Fachhochschule des Landes eine "Beratungsstelle für den Technologietransfer". Der Bogen der angebotenen Dienstleistungen ist weit gespannt. Als Beispiel das Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe, welches im Februar 1984 eröffnet wurde:

"Schwerpunkt der Arbeiten des neuen Forschungszentrums ist die Entwicklung von Methoden, Techniken und Werkzeugen der Informatik für die Anwendung im Produktions- und Dienstleistungsbereich, deren Bereitstellung für Gewerbe und Industrie und die Beratung bei deren Einsatz." (Uni-Information Karlsruhe 5/84). Alle an der Uni Karlsruhe in diesem Bereich arbeitenden Wissenschaftler (jetzt 50, später 100) wurden unter einem Dach zusammengefasst. Zwar müssen die Firmen für die Inanspruchnahme des Zentrums Geld bezahlen, doch allein die Ansammlung von so vielen Professoren ist für keinen Kapitalisten bezahlbar, geschweige denn der ganze Aufwand bis zur Fertigstellung eines serienreifen Produkts.



Ministerpräsident Späth bei der Ernennung des Regierungsbeauftragten für Technologietransfer.

ausragende Forschungsleistungen bestimmt". Sie würdigt ihre eigenen Vorbereitungen für die jetzigen Maßnahmen damit, daß jetzt "der mühsam erreichte Stand gesellschaftlicher Überschaubarkeit und demokratischer Mitwirkung in Forschung und Lehre rückgängig gemacht werde" (a.a.O.).

Die Grünen lehnen die CDU-Pläne ab, haben sich aber wenig und schon gar nicht zu Details geäußert. Ihr Abgeordneter Janssen kritisierte am 29.6.: "Das soziale System, das auf Hierarchien aufgebaut ist und Hierarchien transportiert, wird zu einem Grundmuster menschlicher Existenz gemacht. Und das kann nun wirklich nicht als eine wissenschaftliche Einsicht verkauft werden", um zwei Sät-

ze später seine eigene Einsicht hinzuzufügen: "Ich meine, daß Unterschiede zwischen Menschen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten, die durchaus vorhanden sein können und müssen, nicht gleich zu sozialen Hierarchien führen müssen". Ausformulierte hochschulpolitische Äußerungen der Grünen sind uns nicht bekannt.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/1337, 10/1675, 10/1718, 10/1753; Stenographischer Bericht der 78. Sitzung des Bundestages, Seite 5740-5760; Politische Berichte 7/84 S. 13-17; "Nachrichten-Analysen-Protokolle", herausgegeben von der "Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik" vom 11.2., 28.5. und 14.7.84. – (thh,tob)

Tariffbewegung im öffentlichen Dienst

EINE GROSSE KOALITION GEGEN DIE ANSPRÜCHE DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN

Der ranghöchste Gewerkschafter der CDU, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach, hat die Vorbereitung der Tariffbewegung im öffentlichen Dienst unter Beschuß genommen. Während nach den Abschlüssen in der Metall- und Druckindustrie viele Betriebsgruppen und Kreisverwaltungen beraten, wie zu verhindern ist, daß die Arbeitszeitverkürzungskampagne mit unerträglichen Einkommensverlusten und dem Einreißen letzter Schranken für die Begrenzung der Normalarbeitszeit endet, fördert Fehrenbach den Aufbau einer Großen Koalition, die den öffentlich Bediensteten zumutet, sich mit "gemäßigten" Einkommenserhöhungen zufriedenzugeben. Nach einem Besuch von Innenminister Zimmermann beim DGB am 17. Juli erklärte Fehrenbach in der nachfolgenden Pressekonferenz, eine solche "gemäßigte" Einkommenserhöhung sei "ein zumutbares Solidaritätsoffer der Arbeitsplatzbesitzer für die, die keine Arbeit haben". Den Deutschen Beamtenbund (DBB) kritisiert Fehrenbach nicht, weil dieser weiterhin am Streikverbot für Beamte festhält und den Beamtenstreik ablehnt, sondern ausgerechnet wegen dessen Erklärung, daß es den Beamten in erster Linie um Einkommensverbesserungen gehe, "die bei gleichzeitiger Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht zu bekommen seien". "Mit dieser Forderung hat sich der Deutsche Beamtenbund ins Abseits gestellt und aus der politischen Verantwortung geschlichen. Wenn dies das letzte Wort sein sollte, ist es darüber hinaus im höchsten Maße un-solidarisch, wenn diejenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben, nicht erkennen, daß auch sie für die Arbeitslo-

sen Verantwortung mitzutragen haben."

Seit langem zählt es zu einer der Unverschämtheiten des Dienstherrn, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Opfer abzuverlangen unter Hinweis auf die angebliche Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Die Verbeamtung auf Lebenszeit hat nicht die Sicherheit des einzelnen Beamten zum Ziel, sondern die Sicherstellung der Staatstätigkeit. Die Verbeamtung auf Lebenszeit ist nur die Kehrseite des Tatbestandes, daß der Beamte seine konkrete Arbeitskraft nicht frei, sondern nur dem Staat verkaufen kann. Warum sollte dies ein Grund für den Opfergang sein?

Die Monopolstellung des Staates als Aufkäufer für bestimmte Arbeitskraft ist gleichzeitig eine der objektiven Grundlagen für das besondere Gewaltverhältnis, dem die verbeamtete Arbeitskraft unterworfen ist. Dieses Gewaltverhältnis beraubt die verbeamtete Arbeitskraft des Tariffrechts. Der Preis, der für die verbeamtete Arbeitskraft bezahlt wird, ist der Willkür des Gesetzgebers ausgesetzt. Ergebnis dieses besonderen Gewaltverhältnisses ist, daß die Beamten des einfachen Dienstes (z.B. vom Schaffner bis zum Reservelokomotivführer) die am schlechtesten bezahlten Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst sind. Lebenslange Verbeamtung bringt zwar die Sicherheit, ein Leben lang für den Dienstherrn schuften zu müssen, mit Sicherheit im einfachen und mittleren Dienst aber auch die lebenslange Sorge, ob die Besoldung, die der Gesetzgeber zubilligt, zum Leben reicht.

Was die "Sicherheit der Arbeitsplätze" der Angestellten und erst recht

die der Arbeiter im öffentlichen Dienst anbelangt, dafür mag der Hinweis reichen, daß die Gewerkschaft ÖTV im Februar diesen Jahres die Tarifverhandlungen über Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit abgebrochen hat, weil der Dienstherr die Forderungen der ÖTV in keinem Punkte erfüllen und sogar bestehende tarifliche Bestimmungen (Übergangsgeld) verschlechtern wollte. Auf keinen Fall will der Dienstherr auf die Möglichkeit verzichten, bei Umsetzungen von Arbeitern abzugruppieren. Ist es diese "Sicherheit", jederzeit umbe-setzt und abgruppiert werden zu können, für das die Arbeiter im öffentlichen Dienst das Opfer "gemäßigter" Einkommenserhöhungen erbringen sollen?

Wenn Fehrenbach als stellvertretender DGB-Vorsitzender trotz intimster Kenntnisse dieser Sachverhalte mit dem Hinweis auf die "Sicherheit des Arbeitsplatzes" Opfer von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlangt, muß er sich schon einer saten Unterstützung seiner Position, den Einkommensstandard drastisch zu senken, innerhalb und außerhalb des DGB sicher sein. Tatsächlich findet diese Position Unterstützung von einer Großen Koalition, die von der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition über die SPD bis zu den Grünen sich erstreckt.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel hat sich auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag so gegen Einkommenserhöhungen ausgesprochen: "Warum sollen sich denn die Tarifparteien nicht darüber verständigen, den Verteilungsspielraum in erster Linie zur Verkürzung der Arbeitszeit zu verwenden?" Seine niedersächsischen Parteigenossen stacheln bereits in einer Kleinen Anfrage die niedersächsische Landesregierung an, endlich den freiwilligen Stundenverzicht bei entsprechendem Gehaltsabschlag – zu dem sich 2364 Lehrer, Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter in Niedersachsen be-



Schrankenwärter und Rangierer: Im einfachen Dienst oft ein Leben am Rande des Existenzminimums

reit erklärt haben – rechtlich zu ermöglichen. Keine Einkommenserhöhungen, dafür Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, ein wahrhaft sozialdemokratischer Vorschlag!

Die Grünen, die ihre parlamentarische Position erfreulicherweise verschiedenenorts dazu genutzt haben, Gemeinderäte zu veranlassen, aus der Front der öffentlichen Arbeitgeber auszuscheren, die die ÖTV wegen der Warnstreiks in der Tarifbewegung 1983 verklagen, ergreifen keine Initiative, wenn es um die Verteidigung des Einkommensstandards im öffentlichen Dienst geht. Leider suchen aber auch die Einheiten der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht die Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Kräften, die zur Unterstützung für Einkommenserhöhungen zu gewinnen wären.

Gegenüber dieser Großen Koalition bieten die Beschlüsse des Gewerkschaftstages keine Gewähr für erfolgreichen Kampf. Die Forderung der verabschiedeten Tarifpolitischen Entschließung nach Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen interpretierte die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies in ihrem mündlichen Geschäftsbericht gleich folgendermaßen: "Einkommensverbesserung, das heißt, Durchbrechung der bereits von der Bundesregierung beschlossenen Nullrunde und Arbeitszeitverkürzung". Bekanntlich reichten in der letzten Tarifbewegung 0,5% Einkommenserhöhung für Arbeiter und Angestellte und 0% für Beamte, um den geschäftsführenden Hauptvorstand zu veranlassen, von einem "Durchbrechen der Nullrunde" zu sprechen.

Keineswegs wird sich der Dienstherr aber mit Einkommens Kürzungen zufriedengeben. Sein Ziel ist Einkommensenkung und Beseitigung letzter tariflicher Bestimmungen, die eine Normalarbeitszeit regeln. Das hat Blüm auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag unüberhörbar angekündigt: "Wenn die Arbeitszeiten gemischer werden, wenn betriebliche und individuelle Arbeitszeiten auseinandergehen, dann wird ... das Wochenarbeitszeitquantum immer weniger eine regelfähige Arbeitszeitkategorie sein. Dann brauchen wir größere Arbeitszeiträume als Maß der tariflichen Regelung."

Beschlußfassungen von Einheiten der ÖTV, die nur Forderungen benennen und nicht dazu Stellung nehmen, welche Position bezüglich des Einkommens und der Normalarbeitszeit auf keinen Fall aufgegeben werden darf und welche Propagandalüge man sich auf alle Fälle verbittet, entsprechen nicht mehr der gefährlichen Lage.

Quellenhinweis: Bild-Zeitung v. 22.7.84; Nachrichtendienst der Bundespressestelle des DGB vom 17.7.84; Drucksache 10/2951 des Niedersächsischen Landtages; Protokolle des 10. ÖTV-Gewerkschaftstages – (kar)

Mitterrand

NACH ENTFERNUNG DER KPF AUS DER REGIERUNG HOLT DIE REAKTION IN EUROPA LUFT

Befriedigung äußerten allerorten die Reaktionäre über das Geschick des französischen Sozialistenführers und Staatspräsidenten Mitterrand, die Kommunisten aus der Regierung zu entfernen. Die Köpfe der neogaullistischen RPR schätzten die Schwächung der gesamten Regierung gegenüber der Reaktion und den Kapitalisten. Sie stießen sogleich vor mit der These, die Regierung repräsentiere jetzt nur noch ein Fünftel der Franzosen. Es werde Zeit, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen zu veranstalten. Dennoch trauen sich die rechten Parteien noch keinen Wahlsieg über die bisher in dem Linksbündnis

tenswert hält. Schon behauptet sie, der Schlag gegen die "einzige Volksfrontregierung in Europa" bewiese allgemein deren Unmöglichkeit. Angriffe auf einzelne Minister, zuletzt gegen Fiterman anlässlich des Streiks der LKW-Fahrer, haben schon gezeigt, daß die Bourgeoisie hier frecher wird. Umso stärker wird die Wirkung der Zerstörung des Linksbündnisses in der EG und NATO sein. Ein für die Imperialisten nicht zu kalkulierendes Hindernis für die Vereinigung ihrer Schlagkraft gegen die UdSSR ist gefallen.

Unterdrückt hat die westdeutsche Bourgeoisie die Unterrichtung darü-



Mitglieder der Gewerkschaft CGT für nationale Produkte

vereinten Kräfte zu. Die CDU, kreischend vor Freude, ließ ihren Fraktionssprecher Klein verlauten, sie weine den kommunistischen Ministern keine Träne nach. Sie hätten ernste Schwierigkeiten bei der Stabilitätspolitik bereitet. Die neue Regierung könne jetzt ohne "Reibungsverluste" handeln.

Die Erleichterung der Imperialisten in der EG ist allgemein. Nicht daß sie, wie die bürgerliche Presse vorgibt, überrascht waren, haben sie doch seit Beginn der Regierungskoalition von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich im Juni 1981 keine Gelegenheit ausgelassen, über die Untragbarkeit von Kommunisten in Regierungsverantwortung zu hetzen. Nicht nur die Aussicht, ihre Konkurrenzposition gegenüber Frankreich zu verbessern, stimmt die Bourgeoisie in der BRD froh, sondern auch die erhoffte Wirkung auf Beitrittsländer zur EG, Griechenland, Spanien, Portugal, in denen sie eine ähnliche Regierungszusammensetzung wie in den letzten drei Jahren in Frankreich für fürch-

ber, was an sozialen Reformen durch die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung erreicht worden ist. Trotz der unablässigen Bemühungen der französischen Kapitalistenklasse, ihrer Parteien und Organe, fortschrittliche Reformen und Verbesserungen des Lebensstandards der ärmsten Teile der Bevölkerung zu verhindern, steht noch eine Reihe von Erregungsschritten, die nicht ohne größere Kämpfe zu beseitigen wären, gegen die die Kapitalisten jedoch zum Sturm ansetzen.

Bedeutend war, zumindest zu Beginn des Bündnisses, die Erhöhung der Mindestlöhne, so daß sie März 1982 insgesamt um 38% höher lagen als noch 1981. In der Steuerpolitik war der Ansatz, die vermögenden Klassen zur Bestreitung der öffentlichen Aufgaben empfindlicher heranzuziehen und die Ärmsten zu schonen, ebenfalls anfangs spürbar. Das Parlament beschloß 1981/82 eine Sondersteuer von 25% auf die Steuerbeträge von Jahreseinkommen über 100000 Francs, Sondersteuern auf allgemeine Geschäfts-

Dokumentiert:**ERKLÄRUNG DER PCF ZUM AUSTRITT
AUS DER REGIERUNGSKOALITION**

Folgende Erklärung wurde vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) in seiner Sitzung in der Nacht vom 18. zum 19.7.84 verabschiedet:

"Frankreich erlebt schwere Stunden. Nachdem die Regierung seit 1981 eine nennenswerte Zahl wichtiger Fortschritte erreicht hat, hat sie ihre Politik geändert, was verschärfte Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation, das Sinken der Kaufkraft der Löhne und der bäuerlichen Einkommen ebenso wie andere schädliche Konsequenzen zur Folge hat, besonders für das Schulwesen. Zur selben Zeit hat das Großkapital lebensfähige Betriebe geschlossen, Massenentlassungen durchgeführt, die Effektivlöhne gedrückt, die Regionen verkümmern lassen, wichtige soziale Leistungen und Rechte und Freiheiten angegriffen. Viele Franzosen haben bei den Europawahlen ihre Unzufriedenheit und Unruhe ausgedrückt.

In dieser Situation sind wir nach wie vor überzeugt, daß die wesentlichen Ziele, für die die Franzosen 1981 gestimmt haben, den einzigen Ausweg und die einzige Lösung für die gestellten Probleme darstellen. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß der einzige Weg zur Erreichung dieser Ziele in dem demokratischen Zusammenschluß der Mehrheit der Franzosen, in der Union der Linken besteht.

Wir meinen, daß in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Änderungen mit folgenden Zielen notwendig sind: die Modernisierung unserer Wirtschaft, gestützt auf die Förderung von Forschung und Ausbildung, von Produktion und sinnvoller Beschäftigung im Land, sowie auf eine straffe Kontrolle zur Beseitigung kapitalistischer Verschwendung; Stopp des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und erhebliche Senkung der Ar-

beitslosigkeit; Sicherung und Verbesserung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Diese Ziele erfordern einen Haushalt 1985, der verstärkte öffentliche Investitionen vorsieht, Arbeitsplätze schafft und die Steuergerechtigkeit fördert.

Dies sind die wesentlichen Vorschläge, die wir dem neuen Ministerpräsidenten Laurent Fabius unterbreitet haben, sowohl in den beiden Gesprächen, die unsere Vertreter mit ihm geführt haben, als auch in dem offiziellen Schreiben, das wir in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli an ihn gerichtet haben.

Wir sind leider gezwungen festzustellen, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten keine positive Antwort auf die gestellten Fragen enthalten. Daraus geht hervor, daß er entschlossen ist, die Politik der "Opfer" fortzusetzen, die den Druck der Arbeitslosigkeit weiter verstärkt und die Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Renten weiter ebenso wie die Zukunftsaussichten der Kinder und Jugendlichen verschlechtert, ohne den Weg der Erholung für die Volkswirtschaft zu ebnen.

In der Tat hat der Ministerpräsident mit beruhigenden Sätzen nicht gespart: zum Beispiel über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit als der zentralen Aufgabe der Regierungspolitik. Aber ehrlicherweise müssen wir feststellen, daß wir dieselben Worte seit 1982 immer wieder gehört haben, aus dem Munde des Präsidenten der Republik ebenso wie aus dem Munde des Ministerpräsidenten. Den zahlreichen Erklärungen sind keine Taten gefolgt.

Was heute nottut, sind nicht schöne Worte, sondern die klare Bestimmung einer neuen Politik und entschiedene Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung. Das haben wir nicht bekommen. Von daher stellt die Betrauung kommunistischer Minister mit gleich welchem Ressort – bei übrigens schlecht defi-

nierten Kompetenzen – nicht schon von selbst eine Garantie dar. Müssen wir noch daran erinnern, daß wir nicht Ministersessel besetzen wollen, sondern an der Verwirklichung einer Politik, die für Frankreich gut ist, mitwirken wollen?

Unter diesen Umständen fühlen wir uns moralisch nicht berechtigt dazu, Millionen Frauen, Männer und Jugendliche, die getäuscht und beunruhigt sind, in dem Glauben zu lassen, wir könnten in der gegenwärtigen Regierung ihren Erwartungen entsprechen. Wir weigern uns, sie zu täuschen, ebenso wie wir uns weigern, uns selbst zu täuschen.

Die Rechte und die Kräfte des Kapitals sollen sich keine Illusionen machen! Wir sind immer bereit und werden immer bereit sein, sie zu bekämpfen und die Französinen und Franzosen gegen ihre Vorstöße und Pläne zu einen, einen Damm gegen ihre Rückkehr an die Macht zu errichten.

Konstruktiv, realistisch und ohne Demagogie, im Geist der Offenheit und der großen Einheit werden wir unverzüglich alle unsere Kräfte einsetzen zur Realisierung konkreter Fortschritte auf allen möglichen Gebieten. Es versteht sich von selbst, daß wir jederzeit bereit sind, jede Maßnahme zu fördern und zu unterstützen, die dem Geist der von uns eingegangenen Verpflichtungen entspricht. Und warum sollten wir nicht, unter neuen Bedingungen, unseren Platz in der Regierung wieder einnehmen, zum Besten unserer Nation, der Arbeitswelt und der Einheit der Linken selbst?

Wir wünschen aus tiefstem Herzen, daß die Haltung, von der wir uns haben leiten lassen, für jeden nachvollziehbar ist. Wir sagen es allen: Die Fortsetzung oder gar Verschärfung der gegenwärtigen Politik kann 1986 nur zur Niederlage führen. Das wollen wir nicht, und darauf können wir uns auch nicht verpflichten. Es ist noch Zeit, diesen Kurs zu stoppen.

Deswegen wenden wir uns in dieser schweren Stunde feierlich an alle: Kommunisten, Sozialisten, Frauen und Männer aller Richtungen der Linken und des Fortschritts. Wenn wir uns zusammenschließen, können wir eine große einheitliche Kraft bilden, um die Lösung der Probleme des Landes zu fördern und den großen Elan der Einheit wiederherzustellen, durch den es gelang, 1981 die Rechte zu schlagen, und der heute die Linke vor der Niederlage retten kann. Dabei kommt es auf die Initiative, die Aktionen und die Einheit der Arbeiter und der Französinen und Franzosen selbst an.

Quellenhinweis: Le Monde, 20.7.84



Die vier kommunistischen Minister der Regierung Mauroy

kosten, auf Sichteinlagen bei Banken und auf die Gewinne der Erdölgesellschaften im Inland. Die Regierung nahm den Luxushotels höhere Mehrwertsteuern und den Teilzeitarbeitsvermittlern eine einmalige Gewinnsteuer von 10% ab. Erstmals gab es eine Vermögenssteuer, progressiv auf Vermögen ab 1,27 Millionen DM, wenn auch bedauerlicherweise das Produktionsvermögen verschont blieb. Die Regierung ging gegen Steuerhinterziehung und den Drang der Kapitalisten vor, ihren erheblichen Goldbesitz ins Ausland zu schaffen. Diese Maßnahmen waren jedoch nicht nur insgesamt zu schwach. Sie trennten auch nicht wirklich zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen. Steuererhöhungen und Sonderabgaben trafen weitgehend auch Bezieher mäßiger Einkommen und die zahlreiche Kleinbourgeoisie sowie die neuen Mittelklassen. Dies öffnete sie gerade dem

von vorläufigen Festnahmen wurde von 72 auf 48 Stunden verkürzt, Personenkontrollen ohne Richterbeschluss verboten.

Das Dezentralisierungsgesetz, mit dem die Nationalversammlung den Regionen und Kommunen größere Selbstverwaltungsrechte gibt, trat in Kraft, jedoch konnte die reaktionäre Opposition mit Hilfe des Verfassungsrates erreichen, daß die sowieso schon geringfügige Sonderregelung für Korsika gestrichen werden mußte wegen "Unteilbarkeit der Republik".

Einige Reformen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind durchgesetzt, jedoch zu Bedingungen, die den Nutzen schmälern. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wurde von 50 auf 48 Stunden die Woche gesenkt, der gesetzliche Urlaub auf 5 Wochen erhöht. Zu den Erfolgen rechnet die KPF auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden, bei den staatlichen Eisenbahnen auf 35 Stunden, aber erkaufte um den Preis der Wochenendarbeit.

Die große Kraftanstrengung, mit der die Verstaatlichung von elf Konzernen betrieben wurde, wurde teuer bezahlt. Die schon vorgesehene Entschädigung wurde vom Verfassungsrat von 12 Mrd. DM auf fast das Doppelte getrieben, eine große Summe Geld, die die Möglichkeiten der Regierung einschränkte, den Kapitalisten jedoch Mittel zu deren Bekämpfung zuführte. Ohnehin ist die Wirkung der staatlichen Betriebe in ihrer Sozialpolitik alles andere als vorbildlich. Gerade die Automobilkonzerne, staatliche wie private, steigerten den Grad der Monopolbildung. Ihre Rationalisierungsmaßnahmen gingen auf Kosten der Arbeiter durch Entlassungen und Stilllegungen. Nach der von der EG, hauptsächlich der westdeutschen Bourgeoisie erzwungenen Franc-Abwertung im Frühjahr 1983 und den der Regierung Mauroy im Juni 1983 zusammen mit der Vergabe eines EG-Kredits von 4 Mrd. ECU (ca. 9 Mrd. DM) diktierten Forderungen nach Beschneidung der Sozialleistungen, Abbau von Subventionen und Steigerung der Arbeitsintensität fühlten sich die industriellen Kapitalisten zum Angriff auf die Sozialleistungen ermutigt. Im Herbst 1983 erzwangen sie nach Weigerung der Gewerkschaften, Abstriche bei der Arbeitslosenversicherung hinzunehmen, die Unterstellung der Versicherung unter Staatsaufsicht. Obwohl in der Folge Kürzungen durchgedrückt wurden, blieben dennoch zwei gegenüber den Zuständen in der BRD deutlich bessere Regelungen. Noch wird das Arbeitslosengeld für zwei Jahre gezahlt, und immerhin erhalten Jugendliche und Frauen, die noch keinen Ausbeuter gefunden haben, 40% des Mindestlohns als Arbeitslosengeld, ca. 480 DM im Monat. Die Einheit der Gewerkschaften reichte nicht aus, um den gleich

darauf folgenden Angriff der Kapitalisten abzuwehren. Diese weigerten sich, die schon ausgehandelten Lohnerhöhungen für die folgenden Monate zu zahlen, was für große Teile der Lohnabhängigen Lohneinbußen von mehreren Prozent bedeutete.

Vielleicht eine Niederlage mit langandauernder Wirkung erlitt die Regierung in der heftigen Auseinandersetzung um ihren Gesetzentwurf, mit dem sie die privaten Konfessionsschulen abschaffen wollte. Gegen die gesamte Front der Reaktionäre und der von der katholischen Kirche befangenen gehaltenen kleinbürgerlichen Schichten unter persönlichem Einsatz des Papstes mußte sie nachgeben.

Daß die KPF gegenüber der vereinten Macht der Kapitalistenklasse, die auch das Aufkommen einer faschistischen Bewegung pöppelt, eine Niederlage erlitten hat, kann nicht ausschließlich aus den Kräfteverhältnissen der Klassen erklärt werden. Zwar ist wahr, daß die Bedingungen, unter denen sie in die Regierung eintrat, sehr schwierig waren. Sie selber war nicht stark, die Gewerkschaftsbewegung gespalten, dazu die Position in der Regierung untergeordnet unter die große Mehrheit der sozialistischen Minister bei geringen Kompetenzen der KPF-Minister. Man muß ihr jedoch schon selber zurechnen, daß sie mit einem Konzept in die Regierung gegangen war, das zwar darauf ausgerichtet war, die Interessen der Arbeiterklasse zu fördern, aber von falschen Vorstellungen beeinträchtigt war, durch Mobilisierung der Mittelklassen für die Größe Frankreichs diese Schichten an die Arbeiterklasse heranzuführen. Bei der Entsendung von Polizei und Soldaten in den Tschad hat man von keiner Aktion der KPF dagegen gehört. Dieses Stillhalten gegenüber der kolonialen Gegenwart und Vergangenheit der französischen Imperialisten mußte die auch in großen Teilen der Mittelklasse vorhandene Verabscheuung von Chauvinismus und Kolonialismus entmutigen, statt sie zu stärken und aufzuklären. Hierzu kommt die fatale Wirkung der Steuerpolitik auf diese Schichten. Sie hat es den Kapitalisten erleichtert, sich als den wahren Meister des nationalen Aufschwungs darzustellen und Teile dieser Schichten an sich zu ziehen. Zwar ist eine Schranke nach unten gegen die Verelendung errichtet worden, aber dies reicht nicht zur Verbesserung der materiellen Lage der ganzen Arbeiterklasse und der Volksschichten, die keine Ausbeuter sind. Soviel kann man sehen: Der Versuch, die Mittelklassen über "nationale" Ziele zu gewinnen, führt in die Niederlage.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, 1983; FAZ vom 18. – 21.7. 1984; UZ vom 20.7. 1984; Handelsblatt vom 19. – 23.7. 1984; Europa-Archiv Dokumente 1981/82 – (anl, wom)



KPF-Vorsitzender Marchais gibt den Austritt aus der Regierung bekannt.

Einfluß chauvinistischer und sogar rechtsradikaler Propaganda.

Auf dem Gebiet des Rechts war der Nutzen dieser Regierung für die arbeitenden Klassen von Belang. Sie schaffte den 1963 eingerichteten Sondergerichtshof, der es in 21 Jahren auf 2500 Verurteilungen wegen "radikaler und autonomistischer" Bestrebungen gebracht hatte, ab. Sie schaffte die Todesstrafe ab. Von einer Amnestie 1981 von 4000 zu Haftstrafen bis zu sechs Monaten Verurteilten nahm sie nur verabscheuungswürdige und typisch kapitalistische Verbrechen aus: Zuhälterei, Kindesmißhandlung, Wechsel- und Steuervergehen, vorsätzlichen Bankrott, Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Die längste Dauer

Türkei

IMPERIALISTEN FORDERN FORTSETZUNG DER LOHNSENKUNGEN – ÖZAL BEMÜHT SICH

Die Özal-Regierung hat inzwischen fast alle Beschränkungen für Kapitalimporte aus dem Ausland aufgehoben. Die Kapitalisten aus den imperialistischen Ländern weiten ihre direkte Ausbeutertätigkeit in der Türkei aus. Die westdeutschen Imperialisten haben im März den Vertretern der türkischen Regierung in gemeinsamen Seminaren ihre Forderungen vorgelegt. Und sie stacheln die Regierung an, keinen Fuß breit nachzugeben gegenüber Forderungen der Arbeiter. Das "Handelsblatt" bemängelte am 2. August:

"Dem mutigen Wirtschaftsprogramm des türkischen Ministerpräsidenten Özal ist bis jetzt der durchschlagende Erfolg versagt geblieben" und führte an, daß wohl auf der einen Seite das Handelsdefizit im ersten Quartal dieses Jahres schrumpfte und die "Reaktion der ausländischen Investoren auf die neue Investitionspolitik ... durchaus positiv" sei: "Laut den in Ankara veröffentlichten Zahlen schnellten die investierten Fremdgelder im zweiten Quartal auf 288 Mio. \$ nach den enttäuschenden 16 Mio. \$ im ersten Quartal in die Höhe." Auf der

anderen Seite aber kritisiert es: "Die Teuerung, die Anfang 1983 vorübergehend auf 30% gesunken war, wächst wieder ... Sie betrug im April schon 44% ... In der Bevölkerung ... wächst die Unruhe. Der Ministerpräsident meint zwar, die Preissteigerung sei nur eine Anpassung an die erhöhten Löhne, diese Erklärung genügt dem Normalverbraucher jedoch nicht, der den Gürtel immer enger schnallen muß."

Die Sorge des "Handelsblatts" gilt Umständen, die selbst den reaktionären Türk-Is-Verband und einige kleinere Gewerkschaften zum Widerstand gegen die Regierung herausfordern. Die BRD-Imperialisten sind besorgt, daß die Arbeiter unter dem Druck der steigenden Inflation den Kampf um höhere Löhne aufnehmen und die Regierung Özal zu Zugeständnissen zwingen können. So kritisieren sie alle Maßnahmen, die auch nur nach Zugeständnissen riechen.

Die BRD hat in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Vorsitz im Gläubigerausschuß für die Türkei. Die OECD kritisierte in ihrem im Mai vor-

gelegten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei, daß der jetzt gültige Staatshaushalt um 27%, das sind 795 Mrd. Türkische Lira bzw. 6,4 Mrd. DM, höher sein wird als im Vorjahr. Die OECD griff an, daß ca. 1,8 Mrd. DM der Erhöhung für höhere Personalausgaben vorgesehen sind. Die türkische Regierung sah sich gezwungen, die Gehälter der Beamten um 25% anzuheben. Das entspricht der von Özal für 1984 angekündigten, aber längst höheren Inflationsrate. Die Staatsbediensteten hatten allein durch die Inflation, die seit dem Putsch im September 1980 knapp 200% beträgt, beträchtliche Gehalts-einbußen hinnehmen müssen.

Eine Lockerung in der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist dennoch nicht in Sicht. Die Özal-Regierung hat die Verfolgung des seit dem Putsch verbotenen Disk-Gewerkschaftsbundes ausgeweitet. Anfang Juli wurde der Prozeß gegen elf Angehörige einer Mitgliedsgewerkschaft des Disk in das Hauptverfahren eingegliedert. Das Militärgericht in Istanbul verhandelt im Hauptverfahren nunmehr gegen 474 Angeklagte wegen ihrer Tätigkeit für die Disk, gegen 75 Angeklagte ist mittlerweile die Todesstrafe beantragt.

Dennoch sind in den letzten vier Monaten die ersten Kämpfe von Arbeitern seit dem Militärputsch bekannt geworden, obwohl die Gewerk-

NEUE UND GRÖßERE KAPITALINVESTITIONEN

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) veröffentlichte kürzlich das Protokoll des "deutsch-türkischen Investitionsseminars", das er Ende Februar dieses Jahres zusammen mit über 100 türkischen Vertretern von Kapital, Regierung und Militär veranstaltete. Das Protokoll vermerkt die politische Stimmung der Kapitalisten für neuen und weiteren Kapitalexport in die Türkei wie folgt: "Die lebhafteste Beteiligung von deutscher Seite an dem Investitionsseminar zeigte, daß für eine solche Begegnung der richtige Zeitpunkt gewählt worden war, um dem Informationsbedürfnis der deutschen Wirtschaft gerecht zu werden. Infolge politischer und wirtschaftlicher Instabilitäten in der Türkei sahen sich Unternehmen in den 70er Jahren zu großer Vorsicht im Handel mit der Türkei veranlaßt."

1981, dem Jahr nach dem Militärputsch, den die BRD maßgeblich mit herbeiführte, stiegen der Warenexport und die Investitionen in die Türkei. Seitdem konnte sich die Militärregierung stabilisieren und führte inzwischen zwei Wahlen durch, die den bürgerlichen Medien und der westdeutschen Bourgeoisie die parlamen-

tarische Legitimität bewiesen, trotz Folter und Terror. Seitdem ist für das westdeutsche Kapital die Türkei ein sicherer Stützpunkt für Kapitalanlagen. "Gute Investitionsmöglichkeiten" in der Agroindustrie, Bergbau, verarbeitenden Industrie und im Tourismus boten die türkischen Vertreter dem westdeutschen Kapital auf dem Investitionsseminar an. Die westdeutschen Kapitalisten trugen auf dem Seminar ihre Bedingungen vor:

Chemie: "Einzelaspekte der chemischen Industrie in der Türkei (wurden) erörtert, Erstellung von Anlagen, Rohstoffsituation, Transport von Chemiekalien. Es wurde betont, daß die türkische Regierung bereit sei, in schwierigen Fragen weiterzuhelfen."

Verarbeitende Industrie: "In dieser Arbeitsgruppe wurden verschiedene wirtschaftspolitische Fragen erörtert und auch die Aktivitäten der türkischen Gewerkschaften diskutiert. Die Gefahr eines langen Streiks wurde dabei weitgehend ausgeschlossen."

Bergbau: "So ist die Frage, ob das Gesetz 2171 weiterhin Gültigkeit hat, nach dem Bergwerke verstaatlicht werden können. Dieses Gesetz – so die türkische Seite – sei abgeschafft. Weiter wurde die Frage nach der Möglichkeit von joint ventures (gemeinsame Kapital- und Betriebsführung) in der Phase der Exploration gestellt."

Die Frage konnte eindeutig bejaht werden."

Agroindustrie: "Informiert wurde die Arbeitsgruppe über den deutsch-türkischen Lenkungsausschuß, ein Bindeglied zwischen dem deutschen und türkischen Landwirtschaftsministerium."

Die Wirtschaftspolitik des deutschen Imperialismus hat Tradition. Dazu bemerkt das Protokoll: "Firma Siemens hob zusammenfassend die guten Erfahrungen hervor, die in einer über 100-jährigen Beziehung gewonnen werden konnten."



37 westdeutsche Firmen haben schon in der Türkei investiert.



Versammlung von Türk-Is-Gewerkschaftern in Istanbul gegen die niedrige Erhöhung der Mindestlöhne (Bild links). – Die Lohnsenkungen erzwingen Kinderarbeit (Bild rechts).

schaftsgesetze und das in 54 von 86 Provinzen immer noch geltende Kriegerrecht solche Aktionen unter Strafe stellen. 189 Arbeiter einer Keksfabrik in Levent führten zwischen dem 14. und 20. Juni eine mehrtägige "Arbeitspause" vor dem Betrieb durch, weil der Kapitalist seit mehreren Monaten keine Löhne ausgezahlt hatte. In Istanbul, wo immer noch Kriegerrecht gilt, führten Arbeiter aus der Türk-Is-Gewerkschaft im April eine Kundgebung gegen das Vorhaben der Regierung durch, den gesetzlichen Mindestlohn nur geringfügig anzuheben. Die Textilarbeitergewerkschaft Teksif, eine neugegründete Gewerkschaft, die nicht dem Türk-Is angehört, konnte gegenüber den Textilkapitalisten in Bursa einen Tarifvertrag durchsetzen, der eine Erhöhung der Löhne und Zuschläge um 185% in den nächsten zwei Jahren vorsieht, nachdem die Gewerkschaft die Verweigerung aller Überstunden angekündigt hatte.

Die vorsichtig und unter schwierigen Bedingungen geführten Kämpfe der Arbeiter gefährden die Lohnsenkungspläne, die die Özal-Regierung gegenüber den Lohnabhängigen durchsetzen will. Özal hat dabei bereits einiges erreicht.

Das staatliche statistische Amt meldete Anfang Mai ein deutliches Sinken der Lohnstückkosten zwischen 1979 und 1983.

Für die 500000 Arbeiter, die über keine von der Regierung anerkannte Gewerkschaft verfügen, hat die staatliche Lohnkommission eine Lohnerhöhung von lediglich 25% beschlossen.

Kurz vor den Kommunalwahlen im März hat die Özal-Regierung den gesetzlichen Mindestlohn neu festgesetzt: Er wurde um 51% von 16200 TL (ca. 130 DM) auf 24525 TL (knapp 200 DM) brutto für Arbeiter über 16 Jahre angehoben und für Arbeiter unter 16 Jahre von 8100 TL (ca. 65 DM) auf 16875 TL (etwa 135 DM) erhöht. Der

Mindestlohn war seit drei Jahren nicht erhöht worden. Angesichts der Inflation ergibt die jetzige Erhöhung nicht einmal einen Ausgleich für die Lohninbußen der Arbeiter. Nach Abzug von Steuern und Versicherungsbeiträgen, die etwa 34% ausmachen, bleiben knapp 16200 TL (130 DM) für über 16-jährige und 11140 (90 DM) für Jugendliche unter 16 Jahren.

Die Regierung ist bei ihrer Berechnung für den Mindestlohn davon ausgegangen, daß der Arbeiter nicht verheiratet ist, keine Kinder hat und knapp die Hälfte seines Einkommens für Essen, die andere Hälfte für Miete, Kleidung und sonstiges ausgibt. Die Lohnarbeit der ganzen Familie ist also Voraussetzung fürs Überleben. Im März dieses Jahres betrugen nach Angaben der Istanbul Handelskammer die Kosten, die eine vierköpfige Familie allein für eine halbwegs ausgewogene Ernährung aufbringen mußte, schon über 40000 TL (320 DM). Seither sind die Preise für Grundnahrungsmittel wie Tee, Zucker, Mehl, Pflanzenöl durch Beseitigung der staatlichen Preisgrenzen um weitere 30 bis 40 Prozent gestiegen.

Selbst der reaktionäre Gewerkschaftsverband Türk-Is, der seine grundsätzliche Unterstützung für die Wirtschaftspolitik der Regierung erklärt hat, kritisierte, daß die Annahmen der Regierung über die Haushaltsausgaben falsch sind: Allein die staatliche Pacht für die von den Arbeiterfamilien selbst gebauten Hütten in den Elendsvierteln betrage in Istanbul und Ankara mindestens 8000 TL im Monat. Wohnungen oder feste Häuser sind für die Arbeiter, die nach dem Mindestlohn bezahlt werden, unerschwinglich. Außerdem kontrolliert die Regierung die Einhaltung des Mindestlohns allenfalls in den staatlichen Betrieben. Privatbetriebe sind seit drei Jahren nicht mehr überprüft worden. Frauen, Kinder und Jugendliche müssen ihre Arbeitskraft meist für

weit weniger als den Mindestlohn verkaufen.

Die wenigen bekannten Kämpfe der Arbeiter reichen für die westdeutschen Imperialisten hin, von der Özal-Regierung Maßnahmen zu verlangen, um ihnen auf jeden Fall ruhigen Geschäftsgang zu garantieren. Um so wichtiger ist die Unterstützung der Arbeiterbewegung in der Türkei, die Unterstützung für den Kampf um die Einstellung der Prozesse gegen Gewerkschafter der Disk und Angehörige revolutionärer Organisationen und der Kampf gegen die Umtriebe der BRD-Imperialisten durch die Arbeiterbewegung in der BRD.

Quellenhinweis: Türkei-Infodienst, hrsg. Alternative Türkeihilfe, M. Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford, Nr. 78 bis 87; Tatsachen aus der Türkei, hrsg. DIDF, Ausgaben Januar–Mai 1984; OECD-Bericht Türkei, Paris, Mai 1984; Handelsblatt v. 27.6.84 u. 2.8.84; Versicherungswirtschaft 13/84; BDI, Türkei – Deutsch-türkisches Investitionssseminar 28. Februar 1984, zu beziehen über die Abteilung Außenhandel des BDI – (uld, jöd)

Befreites Kurdistan

UNTERSTÜTZUNG FÜR SCHULBUCHPROJEKT!

Der Verein der Werktätigen Kurdistans KOMALA ruft auf zur Unterstützung eines Projekts, das von seiner Schulkommission initiiert wurde. Die Schulkommission wurde nach dem Aufstand in Kurdistan 1980 gegründet und arbeitet gegenwärtig als Schulbehörde in den befreiten Gebieten des iranischen Kurdistans. In dem Aufruf, der u.a. von der ESG Westberlin unterstützt wird, heißt es:

"Die revolutionäre Bewegung in Kurdistan, die schon kurz nach dem Februaraufstand (1979, der das Schah-Regime stürzte – d.Red.) den wildsten Angriffen und Bombardierungen des Khomeiniregimes ausgesetzt war, hat trotz des schwersten und inhumansten militärischen und wirtschaftlichen Druckes in den letzten Jahren weite Teile Kurdistans von den Unterdrückungsorganen des Khomeini-Regimes befreien können. Heute regelt und verwaltet die Bevölkerung in den befreiten Gebieten ihre Angelegenheiten selbst durch ihre Räte, Kooperativen und andere demokratische Institutionen. Heute ist das befreite Kurdistan eine Basis für Aktivitäten im gesamten Iran.

Heute kämpft das Volk in Kurdistan nicht nur mit Gewehren, sondern es packt Umwälzungen im ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben an ... Bei der Sicherung des Bedarfs an Medikamenten und medizinischem Gerät ist die Hilfe

von humanitären und fortschrittlichen Institutionen und Persönlichkeiten notwendig und wertvoll. Dazu gehört auch die Entsendung von medizinischen Teams in die befreiten Gebiete.

In den befreiten Gebieten werden Schulen betrieben, in denen im Gegensatz zu denen in den anderen Gebieten Irans, wo den Schülern islamische Verdummung eingetrichtert wird, den Schülern fortschrittliche Erziehung und Bildung zuteil wird. Entsprechend werden eigene Schulbücher in kurdischer Sprache erstellt. Auch die Mittel und Möglichkeiten hierzu sind natürlich unter den bestehenden schweren Bedingungen sehr begrenzt. Daher rufen wir alle freiheitsliebenden Menschen und Organisationen auf, den kurdischen Kindern auf diesem Gebiet mit jeder ihnen möglichen Hilfe beizustehen.

Wir haben zur Zeit ausgearbeitete Vorlagen für 10 Schulbücher in der Hand, die von der Schulkommission KOMALA entworfen worden sind. Von jedem Buch wird eine Auflage von mindestens 2000 Exemplaren benötigt. Die Gesamtkosten belaufen sich schätzungsweise auf 50 000 DM.

In Kurdistan fehlt es an materiellen Möglichkeiten, diese Schulbücher für 7-12jährige Kinder in entsprechender Qualität und Auflage zu drucken ...

Spenden zur Unterstützung des Projekts werden erbeten auf das Konto der ESG, A.J.C.-Veerkamp "Sonderkonto", Postscheckamt Berlin-West 328609-106, "Schulbuchprojekt" - (wom)

Israel

GROSSE KOALITION GEGEN PALÄSTINENSER

Einen Namen hat sie schon - "Regierung der Nationalen Einheit" - die zu erwartende große Koalition in Israel aus der Maarach (Arbeiterparteiblock) mit 34,9% und dem Likudblock mit 31,9%. Noch ist das Wer-mit-Wem-Rechnen, das Feilschen um die Regierungspfründe voll im Gange. Klar ist, daß Peres (Arbeiterpartei) aber auch Schamir (Likud) bestenfalls jeweils mit hauchdünnen Regierungsmehrheiten rechnen könnten. Schamir hat schon in der Wahlnacht die große Koalition gefordert. In der Arbeiterpartei gibt es noch Widerstand aus dem linken Flügel.

Auf dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise haben beide große Parteien ihre Wahlaussagen blaß gelassen, keine konkreten Aussagen, außer Beschwörungen der "zionistischen Erbschaft", "Durchhaltewillen", "religiöse Traditionen", "keine Experimente", "neue Schwerpunkte". Aber in Fragen der Wirtschaftspolitik ist jede israelische Regierung abhängig von den Kreditgebern in USA und Westeu-

ropa, und denen kommt eine große Koalition sicher nicht ungelegen.

Über die Zukunft der besetzten Gebiete sind sich Likud und Arbeiterpartei im wesentlichen einig: kein Rückzug aus dem Westjordanland und Gazastreifen, kein Siedlungsstopp. Die regierende Likud hat kurz vor den Wahlen noch acht neue Siedlungen zugelassen. Peres (Arbeiterpartei) ist für den Bau weiterer Siedlungen im Jordantal. Die gemäßigt erscheinende Wahlaussage der Arbeiterpartei "keine neuen Siedlungen in dicht bevölkerten arabischen Gebieten" widerspricht dem nicht. Es gibt nämlich kaum eine arabische Stadt mehr, die nicht schon von zionistischen Siedlungen belagert wäre. Die ersten Siedlungen wurden im übrigen unter Arbeiterpartei-Regierungen errichtet, die dies strategisch begründeten, aber auch religiösen Eiferern die Siedlungen zuließen. Der einzige Unterschied zu Likud ist wohl, daß die Arbeiterpartei langsamer und leiser vorgehen will vor allem, weil das Geld fehlt.

Einig sind sich Peres und Schamir auch darin, daß Verhandlungen mit der PLO nicht in Frage kommen, ein Palästinenserstaat im Westjordanland schon gar nicht. Peres ist für die Einbeziehung Jordaniens in eine "friedliche Lösung"; für Schamir ist Jorda-



Unter der Ministerpräsidentin Golda Meir, Mitglied der Arbeiterpartei, führte Israel den Sechs-Tage-Krieg gegen die arabischen Staaten.

nien bereits der Palästinenserstaat, dorthin sollten die Palästinenser "zurückkehren".

In bezug auf den Libanon könnten sich beide Parteien leicht einigen auf die weitere Besetzung und wirtschaftliche Nutzung des Südlibanon bei möglichst geringer Verlustrate. Doch gerade das liegt nicht in der Entscheidung einer israelischen Regierung.

Beide Parteien sehen in einer großen Koalition auch die einmalige Gelegenheit, das israelische Wahlsystem endlich so zu ändern, daß nicht mehr so viele Splitterparteien in der Knesset vertreten sind; Pläne, die beide Parteien aus Rücksicht auf die kleineren Koalitionspartner niemals durchsetzen konnten. - (bar)

Großbritannien

GEWERKSCHAFTSGELDER BESCHLAGNAHMT

Zum ersten Mal nach 20 Streikwochen setzte die britische Regierung in den letzten Wochen ihre Antigewerkschaftsgesetze gegen die Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers ein. Der NUM-Bezirk Südwaales wurde zu einer Strafe von 50 000 Pfund (190 000 DM) verurteilt. Zwei Transportfirmen, die u.a. für die staatliche Kohlebehörde fahren, hatten eine Gerichtsverfügung erwirkt, in der das Gericht der Gewerkschaft verbot, mit Streikposten Kohle-LKWs vor Stahlwerken und anderen Betrieben "zu behindern". Weil die NUM weiter Streikposten aufstellte, verurteilte der High Court sie wegen "Mißachtung des Gerichtes".

Die NUM weigert sich zu zahlen. Das Gericht beauftragte die Unternehmensberatung Price Waterhouse, das gesamte Vermögen des Gewerkschaftsbezirks zu beschlagnehmen. Da die Gewerkschaft große Teile ihres Geldes rechtzeitig auf Privatkonten transferiert hatte, nahmen die Manager der Unternehmensberatung zunächst die 300 000 Pfund (1,14 Mio. DM), die für Lebensmittel- und Kleidungshilfe für streikende Bergarbeiter auf Konten lagen.

Die Kohlebehörde legte am 3. August ein neues "letztes Angebot" vor. Von Lohnerhöhungen ist darin nicht die Rede. Stattdessen bietet NCB-Vorsitzender McGregor an, die geplanten Bergwerksschließungen zu verschieben und über fünf Zechenstilllegungen "neu nachzudenken", wenn die Gewerkschaft zustimmt, solche Zechen zu schließen, die nicht "vorteilhaft entwickelt" werden können.

NUM-Vorsitzender Scargill hat das Angebot abgelehnt. Die Gewerkschaft führt am 10. August einen Sondergewerkschaftstag durch, um über den Fortgang des Streiks zu beraten. Dort wird das Angebot diskutiert werden. Außerdem geht es um den Beschluß des letzten Gewerkschaftstages, die Ausschlussmöglichkeiten gegen Mitglieder zu verschärfen, die sich Streikbeschlüssen widersetzen. Auf Grund eines Antrags nichtstreikender Bergleute in Nottingham verbot der High Court der Gewerkschaft, diesen Paragraphen anzuwenden.

Für die künftige Einheit der Gewerkschaft hängt viel davon ab, ob die Delegierten aus den nichtstreikenden Gebieten, vor allem aus Nottinghamshire, an der Konferenz teilnehmen. NCB-Chef McGregor deutete vor zwei Wochen an, er werde auch separat mit ihnen verhandeln und abschließen. Allerdings erlitten die Hoffnungen von Regierung und NCB, Arbeiter in Streikgebieten zum Streikbruch zu

bewegen, einen schweren Dämpfer. Weder zog das systematische Aushungern der Streikenden, verbunden mit drohend-schmeichelnden Briefen des NCB, noch das Angebot, für entlassene Bergarbeiter Umschulungsmaßnahmen zu finanzieren. Die vorhergesagte massenhafte "Rückkehr zur Arbeit" fand nicht statt. Selbsternannte "Führer der schweigenden Mehrheit", die von BILD-ähnlichen Zeitungen wie der SUN als Kronzeugen gegen die Gewerkschaftsführung aufgebaut wurden, mußten kleinlaut zugeben, daß ihre Kollegen mehrheitlich weiterstreiken. NCB-McGregor beeilte sich daraufhin in dieser Woche zu versichern, nur Verhandlungen mit dem NUM-Vorstand könnten eine Lösung bringen.

Quellenhinweis: Financial Times, Socialist Worker, The Economist, verschiedene Ausgaben. — (hef)

USA: GM/Toyota

ANGRIFF AUF ARBEITSBEDINGUNGEN

Am 23. Juli begannen die Tarifverhandlungen in der US-Automobilindustrie. Die Kapitalisten von General Motors haben vor dem Beginn der Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit der Auslagerung der Kleinwagenproduktion nach Übersee gedroht. Sie wollen, wie auch die anderen Automobilkapitalisten, grundlegend schlechtere Arbeitsbedingungen und weitere Lohnsenkungen durchsetzen. Die GM-Kapitalisten planen, ab 1987 mit einer um ein Drittel reduzierten Anzahl der Arbeiter (jetzt 350000) eine höhere Produktion durchzuführen.

Als beispielhaft für die Senkung des jetzigen Standards der Arbeitsbedingungen sehen die gesamten US-Automobilkapitalisten die Regelungen an, die die Kapitalisten für ein gemeinsames Montagewerk von GM und Toyota, in dem Ende des Jahres die Produktion aufgenommen werden soll, gegen die Gewerkschaft durchsetzen konnten.

Nach der Stilllegung des GM-Montagewerkes Fremont (California) vor zwei Jahren soll das Werk jetzt von GM und Toyota gemeinsam betrieben werden. Für ein vergleichbares Werk hätten die GM-Kapitalisten 3000 Arbeiter einstellen müssen. In dem neuen Werk werden aber nur 2500 Arbeiter diese Arbeit verrichten, also 17% weniger. Die Kapitalisten konnten erreichen, daß der bisherige Tarifvertrag mit GM nicht mehr weiter gilt. In dem neuen Vertrag haben die Kapitalisten festschreiben können, daß die Qualifikationsbestimmungen der Arbeitsplätze weitgehend abgeschafft sind, so daß die Arbeiter an sehr viel mehr Arbeitsplätzen eingesetzt werden können, ohne daß die Kapitalisten

mehr Lohn zahlen müssen. In dem Vertrag sind nur noch vier Kategorien von Facharbeitern vorgesehen, was auf Lohnsenkung für die Facharbeiter und Abqualifizierung hinausläuft.

Die GM-Kapitalisten schwärmen von der "japanischen Art" zu arbeiten. In mehreren US-Werken konnten japanische Auto-Konzerne bisher verhindern, daß die Belegschaften durch die Gewerkschaft vertreten werden. Dort ist es z.B. üblich, daß ein großer Teil der Arbeiter morgens schon 45 Minuten vor Arbeitsbeginn kommt und die Werkstücke neben der Montagelinie bereitstellt. Damit solche Zustände von der Belegschaft auch in Fremont hingenommen werden, führt die Leitung des GM-Toyota-Unternehmens mit einem Teil der künftigen Belegschaft besondere Trainingsmaßnahmen durch. Die Arbeiter sollen mit "starker Arbeitsethik erfüllt" werden.

Die GM-Kapitalisten zielen jetzt darauf, in den laufenden bundesweiten Tarifverhandlungen und in den anschließenden Verhandlungen auf Werksebene eine Verschlechterung des Standards der Arbeitsbedingungen festzuschreiben, wie sie ihn bei GM-Toyota schon erreichen konnten.

Die Arbeiter haben allen Grund, vor dem Druck der Kapitalisten nicht zurückzuweichen. Seit den Zugeständnissen von 1982 haben die Kapitalisten zwischen 4500 und 6200 Dollar je Arbeiter an Lohn und Versicherungsbeiträgen im Verhältnis zu dem bis dahin



Auf einer Delegiertenkonferenz der UAW wurde gefordert: "Den alten Stand und darüber hinaus '84 mehr erreichen".

geltenden Tarifvertrag einbehalten. Die GM-Kapitalisten rechnen in diesem Jahr mit einem Rekordprofit von über 6 Mrd. Dollar (1983 3,73 Mrd. Dollar). Statt einer Lohnerhöhung haben die Kapitalisten eine Ausweitung der Gewinnbeteiligung angeboten. Die UAW hat das zurückgewiesen. Da die Kapitalisten in diesem Jahr kaum auf Lager arbeiten lassen konnten, um sich so gegen einen Streik zu rüsten, ist ihre Position geschwächt. Am 14.9. laufen die Verträge der UAW mit GM und Ford aus.

Quellenhinweis: National Journal 3-3. 1984; Newsweek 30.7.84; Wall Street Journal 23., 24.7.84 — (gba)

USA

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER REGENBOGEN- KOALITION: REAGAN BESIEGEN

In einem der ersten Vorgeplänkel des Präsidentschaftswahlkampfes hat Vizepräsident Bush das Demokratische Gespann Mondale/Ferraro als "viel zu links" bezeichnet — kein Spaß. Mondale soll sich noch entschiedener nach "links" abgrenzen, d.h. gegen das Programm Jacksons und der Regenbogenkoalition. Wenn die Demokratische Partei nicht die Afro-Amerikaner und andere Minderheiten in Massen zur Stimmabgabe bewegen kann, wird Reagan gewinnen.

Dem Schein nach hat die Regenbogenkoalition auf dem Parteitag der Demokraten nichts erreicht. Jedoch, die Auswahl einer Frau als Kandidatin für die Vizepräsidentin ist als ein Gegenzug Mondales gegen den Erfolg Jacksons und der Regenbogenkoalition in den Primärwahlen zu werten. Frauen werden hier zu den Minderheiten gerechnet hinsichtlich Diskriminierung. Mit der Auswahl von Geraldine Ferraro konnte Mondale einen Angehörigen einer Minderheit vorzeigen — und sich nach rechts bewegen.

Wenn auch der Gewerkschaftsdachverband ALF-CIO Ferraro als auf der Seite der Arbeiterbewegung stehend preist, die bürgerliche Presse wertete die Auswahl Ferraros als "Bewegung Mondales zur politischen Mitte". Dennoch, Mondale hätte sicherlich lieber einen anglo-amerikanischen, männlichen Südstaaten-Politiker ausgewählt, um den Anhang der Demokratischen Partei im Süden, die konservativ-reaktionäre grundbesitzende Bourgeoisie, bei der Stange zu halten.

So einfach wird aber die Demokratische Partei die Forderungen der Minderheiten nicht mehr los. Viele schwarze Delegierte auf dem Parteitag, egal ob Jackson- oder Mondale-Anhänger, fühlen sich brüskiert durch die Art, wie Jackson vom Mondale-Lager ignoriert wird. Sie verlangten, daß etwas Sichtbares für die Schwarzen bei dem Parteitag herauskommt: Schwarze Politiker in Schlüsselpositionen der Partei oder Aufnahme von Minderheitspositionen der Regenbo-



Mitte Juli haben die belgischen Gewerkschaftsverbände ABVV und ACV ihre Verhandlungen mit den Kapitalisten über ein neues Rahmenabkommen über Löhne und Arbeitszeiten beendet. Die Kapitalisten streben ein Abkommen nach dem Vorbild des westdeutschen Metallabschlusses an. Sie verlangen von den Gewerkschaften, einer weiteren Aufhebung von gesetzlichen Arbeitszeitschranken zuzustimmen. Als "Gegenleistung" bieten sie an, zwei Jahre lang je 1,5% der Lohnsumme "für Neueinstellungen zu verwenden". Soll heißen: Für die gleiche Lohnsumme 1,5% mehr Lohnabhängige auszubeuten. Der Gewerkschaftsbund ABVV will auf einem Sonderkongreß am 14. September entscheiden, ob er dem Abkommen zustimmt. Bild: Demonstration gegen die Lohnsenkungen durch die Kapitalisten, Antwerpen, April 1984. — (rül)

"ARABERFREIES GROSS-ISRAEL"

Der Faschist Kahane benutzt jetzt seine Immunität als israelischer Parlamentarier zu Pogromankündigungen und Verfolgungsaktionen gegen Palästinenser in Israel. In der Altstadt von Jerusalem überfiel er mit seinen Anhängern arabische Gemüsehändler, deren Waren von der grölenden Menge geplündert wurden. Als er das größte arabische Dorf in Israel Um-el-Fachm "besuchen" wollte, erwarteten ihn viele Juden und Araber, um ihn an seinen Ausschreitungen zu hindern. Linke und liberale Gruppen fordern ein Gesetz gegen rassistische Hetze, während der Kommentator der israelischen Tageszeitung Haaretz, Kaha-

nes, Vertreibungsparolen abwandelt: Die Jugend verlange klare Entscheidungen, "entweder weniger Araber oder weniger Gebiete". — (bar)

STREIK AUF GRIECHISCHEN US-BASEN FORTGESETZT

1800 Arbeiter auf vier US-Militärstützpunkten in Griechenland beschlossen am 30. Juli, ihren bereits seit mehr als 4 Wochen andauernden Streik um weitere zehn Tage zu verlängern, um die US-Behörden zu zwingen, die Lohnindexierung beizubehalten und die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Beschluß kam zustande, obwohl die griechische Regierung nach US-Angaben sich zuvor mit der US-Armee über den Status der Arbeiter auf den Basen geeinigt hatte. — (alk)

ÖSTERREICH: VIZEKANZLER FÜR EG-BEITRITT

Vizekanzler Steger, Mitglied der FPÖ, die nach 1945 mehrheitlich von Nazis gegründet wurde und heute Koalitionspartner der SPÖ ist, hat sich für eine Mitgliedschaft in der EG ausgesprochen. Dies sei für Österreich "bei voller Aufrechterhaltung seiner Neutralität ein sinnvolles Ziel". Stegers Absicht wäre ein Verstoß gegen den Staatsvertrag von 1955 mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges. Darin hatte die Sowjetunion allen Anschluß-



Vizekanzler Steger

und Bündnisplänen mit den westdeutschen Imperialisten einen Riegel vorgeschoben. In Art. 4 heißt es: "Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland verboten ist ... Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern ...". — (rua)

genkoalition in die Wahlplattform. Es ist nichts Vorzeigbares herausgekommen. Drei der vier Minderheitspositionen des Jackson-Lagers sind niedergestimmt worden: (1) der Verzicht auf Ersteinsatz von Nuklearwaffen, (2) wesentliche Kürzungen der Militärausgaben und (3) Beseitigung der Stichwahlen bei den Primärwahlen. Die vierte Forderung, die Festsetzung von Quoten für die Einstellung von Minoritäten in öffentlichen Diensten oder in mit öffentlichen Mitteln geförderten Betrieben, wurde in verwässerter Kompromißform aufgenommen.

Wie kommt Jackson dazu, von einem Erfolg zu sprechen? Für eine Debatte über eine Minderheitsposition müssen 25% der Mitglieder des Plattform-Komitees zustimmen. Die Forderungen der Regenbogenkoalition haben also weit über die Zahl ihrer Delegierten hinaus Anerkennung gefunden. Der Ärger der schwarzen De-

legierten wurde deutlich bei der Debatte über die Stichwahlen. Stichwahlen verhindern, daß Minderheiten selbst da, wo sie örtlich konzentriert sind, eigene Kandidaten durchbringen. Trotz relativer Mehrheit im ersten Wahlgang verlieren sie gegen die vereinigte weiße Mehrheit in der Stichwahl. Als Andrew Young, schwarzer OB von Atlanta, Georgia, und Mondale-Anhänger, für die Beibehaltung der Stichwahl sprach, wurde er ausgebuht. Von 19 Mio. wahlberechtigten Schwarzen sind 11 Mio. als Wähler registriert. Zwei, drei, vier Millionen mehr schwarze Wähler können den Ausschlag geben, um Reagan zu besiegen.

Jackson hat in seiner Rede auf dem Parteitag den Boykottaufruf der Landarbeitergewerkschaft FLOC gegen Campbell Soup Co. unterstützt. Seit sechs Jahren versuchen die in der FLOC organisierten Landarbeiter, zum großen Teil aus Mexiko, Puerto

Rico und Haiti, durch den Boykott-Aufruf Campbell zum Abschluß eines Tarifvertrags zu zwingen. Während der Rede entfalteten Delegierte und FLOC-Mitglieder unter den Zuschauern Transparente und Fähnchen mit dem Boykott-Aufruf. Ein Vertreter der FLOC sagte später, daß sie durch diese Aktion in ihrem Kampf sehr ermutigt worden seien.

Ein weiterer Erfolg der Regenbogenkoalition ist, daß das Einwanderungsgesetz auf der Kippe steht. Jackson hat nicht nur in seinem Programm und in seinen Reden dieses Gesetz abgelehnt, sondern er hat kurz vor dem Parteitag eine Demonstration von 2000 Leuten über die mexikanische Grenze angeführt als Protest gegen dieses Gesetz. Die Delegierten der Latino-Minderheiten (US-Bürger lateinamerikanischer Abstammung oder aus der Karibik sowie Einwanderer und Flüchtlinge aus dieser Region) haben, obwohl überwiegend Mondale-

BOLIVIEN: NEUE STREIKS GEGEN IWF-FORDERUNGEN

Seit dem 30. Juli streiken in Bolivien u.a. die Beschäftigten des Gesundheitswesens, der Telefonvermittlung und der Gerichte. Sie verlangen Lohnerhöhungen von mindestens 100%, um die Lohnverluste durch die Inflation zu decken. Seit Anfang des Jahres hat die bolivianische Regierung den Inflationsausgleich auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds nicht mehr gezahlt. Im Juli hat die Regierung die IWF-Maßnahmen aufgehoben. — (uld)

KRANKENHAUSBESCHÄFTIGTE GEGEN "PRIVATISIERUNG"

Seit neun Wochen streiken Teile der Belegschaft des Krankenhauses Hammersmith in London. Die Putz- und Küchenbeschäftigten und die Krankenträger wehren sich gegen die Privatisierungspläne der Krankenhausleitung. Mindestens hundert Beschäftigte sollen darüber entlassen werden, die Löhne der anderen gekürzt. Ein Angebot der Gewerkschaft, selbst diese Dienstleistungen zu übernehmen und 26 Arbeiter weniger zu beschäftigen, lehnte das Management ab. Am 18. Juli führten die Gewerkschaften COHSE und NUPE, in denen die meisten Lohnabhängigen im Gesundheitswesen organisiert sind, einen Solidaritätstag mit den Hammersmith-Arbeitern durch. In vielen Krankenhäusern streikten Beschäftigte, z.B. 800 im Universitätskrankenhaus von Cardiff. In fast allen Krankenhäusern hat die britische Regierung inzwischen Privatisierungsmaßnahmen durchgesetzt oder begonnen, meistens gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften. Im Krankenhaus Barking streiken 80 Putzfrauen, Mitglieder der Gewerkschaft NUPE, seit 23

Wochen gegen die Privatisierung. — Solidaritätsadressen für Hammersmith Hospital: Lydia Fraser, National Union Of Public Employees (NUPE), The Vale, Acton, London W3, England. — (hef)

ZERSTÖRER WEITER BESETZT

130 Arbeiter halten seit Ende Juni auf der Schiffswerft Cammell Laird in Großbritannien den neuen Zerstörer "Edinburgh" und eine Offshore-Wohnplattform besetzt. Die Arbeiter — die meisten von ihnen sind Gerüst-

bauer und Mitglieder der Gewerkschaft GMBATU — protestieren gegen die geplante Entlassung von weiteren 800 Arbeitern, nachdem in den letzten Monaten die Belegschaft bereits auf 1700 halbiert wurde. Die Firmenleitung entließ 38 Arbeiter wegen Teilnahme an der Besetzung. Die fast fertige Plattform und der bereits fertiggestellte Zerstörer sind die beiden einzigen Aufträge, an denen die Werft zur Zeit arbeitet. Die Mehrzahl der Beschäftigten ist auf Kurzarbeit, und die anderen Gewerkschaften unterstützen die Aktion nicht.



Länger arbeiten für weniger Rente — das ist die erste Frucht der "Überprüfung", mit der sich die italienische Regierungskoalition unter Craxi noch einmal mühselig zusammengerauft hat. Nach einem bereits "grundsätzlich" vom Kabinett gebilligten Gesetzentwurf soll das Rentenalter — jetzt 55 für Frauen und 60 für Männer — in den nächsten 20 Jahren schrittweise auf 65 für alle erhöht werden. Frauen müssen schon ab nächstes Jahr länger arbeiten. Die Renten (2% pro Versicherungsjahr, maximal 80%) sollen künftig auf den Durchschnittsverdienst der letzten zehn Beitragsjahre berechnet werden. Bisher waren es in der Privatwirtschaft die letzten fünf, im öffentlichen Dienst das letzte Jahr. Bei der starken Inflation bedeutet das drastische Rentenkürzung. Die Maximalrente eines Industriearbeiters würde z.B. bei 15% jährlicher Teuerung von 61,7% auf 46,1% des letzten Lohns gesenkt; eine Frau würde trotz zehn Versicherungsjahren mehr mit 65 auf die gleiche Rente kommen wie jetzt mit 55. Die Gewerkschaften haben gegen den Gesetzentwurf heftig protestiert, ihre Rentnerverbände haben Aktionen angekündigt. Unser Bild zeigt eine Demonstration gegen frühere Rentenkürzungen Anfang 1983 in Rom. — (ulg)

Anhänger, mit Boykott des ersten Wahlgangs bei der Nominierung gedroht. Als "Zugeständnis" erklärte Mondale, er werde dem Kongreß seine Ablehnung "übermitteln".

Was für eine Heuchelei. Seit Jahren hat die Demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus (kurz: Haus) gerade wegen des Widerstands der Latino-Minderheiten verhindert, daß ein neues Einwanderungsgesetz zur Abstimmung kommt. Im Senat gab es mehrere Vorstöße und Anfang dieses Jahres eine verabschiedete Vorlage. Dann zum Schluß der Legislaturperiode bringt die Führung der Demokraten die Vorlage noch schnell im Haus ein. Alle drei zu diesem Zeitpunkt noch kandidierenden Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hatten sich öffentlich gegen die Gesetzesvorlage von Senat und Haus ausgesprochen. Zu diesem Zeitpunkt glaubte die Führung der Demokratischen Partei wohl noch, mit diesem Betrug durchzukommen.

19% der Stimmen in der Primärwahl für die Regenbogenkoalition hat das Gewicht der Minderheiten wesentlich erhöht. Der Senat will sich jetzt der Haus-Version anschließen, damit über die Gesetzesvorlage nicht noch einmal im Haus abgestimmt werden muß. Sie würde das Haus heute, einen Monat später, nicht mehr passieren. Die Mehrheit damals betrug fünf Stimmen. Reagan hat angekündigt, daß er das Gesetz in der Haus-Version nicht unterzeichnen werde, d.h. es muß noch einmal vor das Haus, und die Demokraten müssen Farbe bekennen.

Am 29. Juni hat in Chicago ein Treffen von 400 Delegierten der Regenbogenkoalition stattgefunden. Die Regenbogenkoalition wird sich nicht auflösen, erklärte Jackson, sie ist eine moralische Sache, nicht nur eine politische Kampagne. Und in einem Interview auf die Frage: "Was ist der nächste Schritt der progressiven Koalition?" die Antwort: "Politisch müssen

wir mit aller Kraft gegen das unterdrückerische Reagan-Regime kämpfen und zugleich die Demokratische Partei erweitern ... Man kann Reagan nicht schlagen, man kann nicht die Partei um neue schwarze Wähler und Mitglieder der Regenbogenkoalition erweitert ... So müssen wir Reagan bekämpfen, um unseren Anteil an staatlicher Unterstützung zu bekommen, aber wir müssen die Demokratische Partei bekämpfen, um unseren Anteil an kommunalen, staatlichen und bundesstaatlichen (Wahl)ämtern zu bekommen. Man sieht, wir bekämpfen immer noch ein Tier mit zwei Köpfen."

Die nächste Versammlung aller Delegierten der Regenbogenkoalition mit Beschlüssen über die zukünftige Arbeit ist Anfang September geplant. Quellenhinweis: New York Times, 30.3.84; Philadelphia Inquirer, 17.7., 18.7., 25.7.84; The Guardian, 25.7.84; Ebony 8/84 — (ger, her)

Personalvertretung/Bayern

KEINE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER
UND ANGESTELLTEN IM PERSONALRAT

München. Die Innenpolitik des bayerischen Freistaates ist gegenüber den ausländischen Arbeitern und Angestellten besonders reaktionär ausgestaltet. Sofern diese in den Dienststellen des Freistaates, bei den Kommunen und den sonstigen unter das Bayerische Personalvertretungsgesetz fallenden Körperschaften beschäftigt werden, dürfen sie keine eigenen Landsleute oder Arbeiter und Angestellte anderer ausländischer Nationalität als ihre Vertreter in den Personalrat wählen. Im Bayerischen Personalvertretungsgesetz heißt es in Art. 14: "Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag ... das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag besitzen." Der Freistaat Bayern konserviert damit für den bayerischen öffentlichen Dienst eine Politik, die vor 1972 noch generell für alle Arbeiter und Angestellten ausländischer Nationalität gegolten hat. Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes erhielten auch sie das passive Wahlrecht, und für den öffentlichen Dienst wurde mit der Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes eine Angleichung erreicht. Nur in Bayern stemmte sich die Staatsregierung gegen eine Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes und billigte den Arbeitern und Angestellten ausländischer Nationalität kein passives Wahlrecht zu. Diese reaktionäre Politik wurde mit dem "besonderen Sicherheitsbedürfnis" weiter Bereiche des öffentlichen Dienstes begründet. Durch einen "Vertrauensmann" soll ihnen jedoch angeblich doch eine "sichere Interessenvertretung" geboten werden.

Welchen Charakter hat nun diese "eigene Vertretung"? Die Arbeiter und Angestellten ausländischer Natio-

nalität haben das Recht, sich einen "Vertrauensmann" zu wählen. Der hat "Anregungen", "Anträge", "Beschwerden" der ausländischen Arbeiter und Angestellten entgegenzunehmen und diese gegenüber dem Dienststellenleiter und dem Personalrat zu vertreten. Nur dann hat dieser Vertrauensmann das Recht, an Sitzungen des Personalrats teilzunehmen, wenn Angelegenheiten behandelt werden, die überwiegend ausländische Arbeiter und Angestellte betreffen. Verschärfte Antreibereien, Rationalisierungen und miserable Arbeitsbedingungen sind gerade dort oft anzutreffen, wo ausländische Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden. Mit diesem Rassismus in Gestalt des Artikel 14 im Bayerischen Personalvertretungsgesetz versucht die Reaktion, eine besondere Verfügung über diese Arbeitskräfte zu erreichen und deren Gegenwehr zu erschweren. Dies drückt sich vor allem darin aus, daß der "Vertrauensmann" durch nichts gegen Dienstherrenmaß-

nahmen geschützt ist. Er hat keinen Kündigungsschutz und ist auch nicht gegen Versetzung geschützt. Bei einer ungünstigen Zusammensetzung des Personalrates sind also die ausländischen Arbeiter und Angestellten auch noch schwarz-rot-goldenen Personalräten ausgesetzt, die nichts Nützliches für sie tun.

1972 hat der DGB gegen die Verabschiedung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes protestiert und eine Änderung des Gesetzes gefordert. Der bayerische Landtag hat jedoch mit großer Mehrheit dieses Gesetz beschlossen. Noch in diesem Jahr will der DGB mit einem Novellierungsentwurf zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz wieder – nach 12-jähriger Pause – an diesen Protest anknüpfen und für die Beseitigung dieser Diskriminierung eintreten. Der politische Kampf gegen diese Gestalt des Rassismus in Bayern erfordert eine Kampagne, deren Zielsetzung von westdeutschen wie auch von ausländischen Arbeitern und Angestellten als Nutzen ersichtlich wird.

Quellenhinweis: Bayerisches Personalvertretungsgesetz, "wir" Informationen für Münchner Gewerkschafter 3/84 – (dil)



In Bayern haben ausländische Arbeiter im öffentlichen Dienst kein passives Wahlrecht zum Personalrat.

1000 DEMONSTRIERTEN
GEGEN DVU-KUNDGEBUNG

Passau. Am 4. August konnte die Deutsche Volksunion (DVU) zum wiederholten Male Hunderte von Faschisten und Deutschnationalen aus der BRD, Österreich und Italien (Südtirol) unter der Losung "Einheit für Deutschland, Freiheit für Europa" nach Passau mobilisieren. Neben dem DVU-Vorsitzenden Frey traten als Redner der britische Historiker Irving auf, der die Rehabilitation des Nazi-führers Heß propagierte, sowie der ehemalige österreichische Nationalratsabgeordnete Scrinzi ("Wiedervereinigung Tirols im Vaterland Österreich" dem "Herz Deutschlands"). Die

"Passauer Neue Presse", welche die Hetzveranstaltung der DVU breit ankündigte und würdigte, legte besonderen Wert auf die Feststellung Freys, daß "die DVU niemals die Freiheit angegriffen habe und auch in Zukunft die Rechtsordnung hüten und verteidigen werde".

Die Aktionseinheit gegen die faschistische und deutschnationale Propaganda hat gegenüber den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht (siehe auch Politische Berichte 15/84). Der Angriff auf die Ziele der DVU spielte eine große Rolle. Insbesondere die DKP, die VVN und oberösterreichische antifaschistische Gruppen trugen dazu bei. Die Unterstützung der Protestmaßnahmen durch den

SPD-Unterbezirk, sowie den DGB wird dazu geführt haben, daß der Passauer Stadtrat auf Initiative der Grünen mit den Stimmen der CSU anders als im vergangenen Jahr die DVU-Kundgebung "mißbilligte".

Für das kommende Jahr droht allerdings ein "Zusammengehen aller demokratischen Kräfte" gegen "den linken und rechten Totalitarismus". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerstl konnte derartiges auf der Abschlußkundgebung verbreiten, die Junge Union griff in der Lokalpresse die "Aktionsgemeinschaft mit der DKP" an, und der DGB-Kreisvorstand fürchtet um die Einheitsgewerkschaft, soweit die Rolle der CSU benannt wird. – (ola)

TÜRKEIDEMONSTRATION IM SEPTEMBER

Anläßlich des Jahrestages des Militärputsches der Junta in der Türkei, am 11. September, werden zahlreiche revolutionäre, sozialistische und demokratische türkische Organisationen in der BRD demonstrieren.

Folgender Stand hat sich bis Redaktionsschluß ergeben: Die türkischen Organisationen haben sich um zwei Aufrufe gruppiert, die in weiten Passagen gleichlautend sind. Bezüglich der Politik gegen die Bundesregierung heißt es in beiden Aufrufen sinngemäß: "Gegen Arbeitslosigkeit; gegen Beschneidung der demokratischen und sozialen Rechte; gegen die gefährlich werdende Ausländerfeindlichkeit; gegen das neue Ausländergesetz; gegen die Beseitigung des Asylrechts; gegen die Angriffe von Neonazis- und reaktionären Kräften; für gleiche Rechte der Ausländer." Die Aufrufe fordern "kommunales Wahlrecht".

Ob eine Demonstration mit zwei Aufrufen stattfindet oder zwei Demonstrationen, wird in den nächsten Tagen von den türkischen Organisationen entschieden. In dem Zusammenhang werden auch Entscheidungen über Termin(e) und Ort(e) getroffen. Der BWK unterstützt die Aktionen anläßlich des Jahrestages des Militärputsches der Junta in der Türkei und wird sich beteiligen. — (jöd)

ANGRIFFE AUF AN- ARCHISTISCHE ZEITSCHRIFT

München. Seit Anfang dieses Jahres erscheint in München der "Freiraum", eine Zeitschrift der "Anarchistischen Föderation Südbayern". Bisher sind fünf Nummern (0–4) erschienen, von denen die Ausgaben Nr. 2, 3 und 4 beschlagnahmt und verboten wurden. Insgesamt fanden sechs Hausdurchsuchungen statt, zweimal wurden Radfahrer auf der Straße angehalten, ihr Gepäck durchsucht und beschlagnahmt, dabei wurde eine Person festgenommen wegen "Verbreitens verfassungsfeindlicher Schriften". Die Gründe für Beschlagnahme und Verbot: In der Nr. 2 ein Aufsatz "Zur Gewaltfrage in der Friedensbewegung und zur Revolution" (öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB), in der Nr. 3 der Abdruck eines Strafbefehls (Eingriff in ein laufendes Verfahren §353d StGB) sowie die Veröffentlichung eines Einsatzplanes der Münchner Kripo (Verstoß gegen das Urheberrecht), in der Nr. 4 ein Aufruf zu einem Antifaschistischen Treffen am 4.8. in Hannover (§111) sowie ein "Aufruf zur Kampagne gegen NATO-Herbstmanöver" (§111 StGB). Der "Freiraum" ist nicht die einzige Münchner Zeitung, gegen die in diesem Jahr Verfahren angestrengt wurden, gegen die beiden Stadtzeitungen "Blatt" und "Spion" laufen Anklagen nach §129a StGB. — (ror)



Die Aktion der Bauern findet heuchlerische Anteilnahme vom bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann. In seinem Agrarbericht 1984 wird die Bauernvernichtungspolitik als "Beitrag der Bauern zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität" bezeichnet und die "Vorteile der Verbraucher" hierdurch ausgiebig beschrieben. Aussichten: noch mehr Stabilität. — (dil)

V-MANN BEGNADIGT

Hannover. Zwei Tage vor Ende seiner Amtszeit hat Carstens auf Betreiben des niedersächsischen Innenministeriums den Faschisten und V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Lepzien, begnadigt. Lepzien war 1981 wegen Teilnahme an Bombenanschlägen der faschistischen Otto-Gruppe, die eng mit der VSBD/PDA zusammenarbeitete, zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Von Anfang an war die CDU-Landesregierung bemüht, eine Verurteilung Lepziens zu verhindern. Gegen das Urteil betrieb das Innenministerium die nicht erfolgreiche Revision und auf ihr Betreiben hin verkürzte der Bundesgerichtshof die Strafe auf zweieinhalb Jahre. Bis Februar 1983 konnte die Landesregierung auch noch den Haftantritt verzögern. Mit dem erfolgreichen Gnadengesuch zum 29.7.84 und der Beschaffung einer Arbeit hat die Landesregierung "nur ihre Fürsorgepflicht wahrgenommen", so das Innenministerium. Die Antwort auf eine mündliche Anfrage der F.D.P. steht noch aus. — (gec)

NICARAGUA-AKTION DER FRIEDENSBEWEGUNG

Die Friedensbewegung ruft zu einer Großaktion "Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika – gegen Intervention, Hunger, Folter und Mord" am 3. November in Bonn auf. Die Demonstration soll sich gegen die "US-amerikanische Kriegspolitik" richten, die Friedensbewegung will damit "ihre Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas ... demonstrieren". In dem Aufruf nennt die Friedensbewegung als Forderungen: "Den Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika – Die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua – Die Einstellung der kriegerischen Aktionen gegen die Be-

völkerung El Salvadors und Guatemala – Die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras – Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung." — (alk)

ZUSAMMENARBEIT ZUM ANTIKRIEGSTAG

Bremen. Zwischen DGB, Friedensforum, Kirche und Senat findet erstmalig zum Antikriegstag 1984 eine Zusammenarbeit statt. Kunstsensator Franke: "Bremen soll zur Friedenshauptstadt werden." Das Motto der Friedenstag: "Leben und arbeiten in Frieden – Nie wieder Krieg!" Der DGB fordert Abbau von Pershing II und Cruise missiles, atomwaffenfreie Zone, Einschränkung der Waffenexporte. Mit der Forderung nach Abbau der SS-20 gibt er revanchistischen Kräften nach. Am 1.9. findet eine Demonstration des DGB statt. — (gef)

**LEHRER KRITISIEREN
RASSISTISCHES BGH-URTEIL**
Stuttgart. Unter der Überschrift "'Juden raus' ist Volksverhetzung, nicht jedoch die Aufforderung 'Türken raus'" geißeln am 19.7. 104 Lehrer in einer Anzeige in den Stuttgarter Zeitungen das BGH-Urteil, welches Parolen wie "Türken raus" billigt: "Wir Lehrer sind bestürzt über dies Urteil des Bundesgerichtshofes (AZ:3 Str.36/84). Wir meinen, daß die faschistoide Parole ebenso wie die bei uns leider sehr aktuell gewordene Ausländerhetze aus derselben Wurzel kommen. Aus beiden spricht eine tiefe menschenverachtende Gesinnung, die – so hat die Geschichte gelehrt – bereit ist, Gedanken in die Tat umzusetzen, wenn dies die Verhältnisse erlauben." Die Lehrer fordern die Ahndung ausländerfeindlicher Parolen. — (zem)

Bauern/Vorsteuerpauschale

DIE MASSE DER BAUERN HAT
NICHTS VON DER STEUERSENKUNG

Kiel. Die Lage ist für die Masse der Bauern ohnehin nicht einfach: Senkung der Brüsseler Interventionspreise bei fast allen Produkten, die von der EG durch Eingriffe in den Markt reguliert werden. Einführung der Milchkontingentierung, was für viele kleine Bauern das endgültige "Aus" bedeutet. Schweinepreise, die unter den Kosten lagen, für die die meisten Bauern ein Schwein erzeugen können, und das eineinhalb Jahre lang. In dieser Situation kam im Frühjahr aus Brüssel der Beschluß, daß zum 1.1.85 der westdeutsche Grenzausgleich um fünf Prozentpunkte abgebaut werden soll.

Verkauft ein Händler z.B. Weizen nach Frankreich und bekommt ihn in Franc bezahlt, dann hat er nach Umtausch der Franc ebensoviel DM in der Hand, als hätte er den Weizen hier in der BRD verkauft. Nun kann es natürlich vorkommen, daß ein Land zwischenzeitlich auf- oder abwertet. Als Beispiel – wie ja geschehen – wird die DM aufgewertet. Der Händler bekommt für seinen Weizen wieder die gleiche Menge Franc, hat aber wegen der inzwischen erfolgten Aufwertung nach dem Umtausch weniger DM als beim letzten Handel. Er wird deshalb den Preis, den er an die Bauern für Getreide zahlt, senken.

Um die Preise, die der Landhandel an die Bauern zahlt, nicht allzu plump sinken zu lassen, zahlt die EG dem Händler beim Export einen Ausgleichsbetrag, beim Import muß er den Betrag an die EG-Kasse abführen. Das nennt man dann einen positiven Grenzausgleich. Bei abwertenden

Ländern funktioniert das Ganze umgekehrt.

Genau das ist bei den letzten EG-Agrarpreisverhandlungen passiert. Der Landhandel wird die Agrarpreise jetzt um etwa diesen Betrag senken bzw. tut es jetzt schon. Diese Entwicklung hat bei jeder Aufwertung der DM aufs Neue den Protest der Bauern hervorgerufen. Des öfteren hat es daher schon Ausgleichsmaßnahmen in Form von Anhebung der Vorsteuerpauschale gegeben. Nur sind die nach einiger Zeit wieder abgebaut worden. Das Absinken der Agrarpreise ist also nie abgefangen, sondern nur zeitlich gestreckt worden. Genauso wird es auch dieses Mal sein. Die Anhebung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozentpunkte ist zunächst für drei Jahre beschlossen worden. Die Bundesregierung hat also die DM-Aufwertungen jedesmal dazu benutzt, um die Agrarpreise zu senken.

Wie steht es nun überhaupt mit dem Ausgleich durch die Erhöhung der Vorsteuerpauschale? Bei gewerblichen Unternehmen ist es so, daß eingenommene und gezahlte Mehrwertsteuer gesondert in der Buchführung ausgewiesen und am Jahresende mit dem Finanzamt verrechnet werden. Das ist in der Landwirtschaft anders, weil viele Bauern bislang keine Buchführung hatten. Die von der Landwirtschaft gezahlte Mehrwertsteuer wird pauschal auf alle von der Landwirtschaft verkauften Produkte verteilt, und so kommt es, daß die Bauern, ohne mit dem Finanzamt abrechnen zu müssen, pauschal auf alle verkauften Produkte 8% Mehrwertsteuer (= Vor-

steuerpauschale) berechnen können. Nach den massiven Protesten der Bauern im ganzen Bundesgebiet ist es jetzt gelungen, eine Erhöhung der Vorsteuerpauschale um 5 Prozentpunkte auf 13% durchzusetzen. Der Bauer bekommt vom Landhandel für seine Produkte also 5% mehr, dieser holt sich das bei der Verrechnung seiner Mehrwertsteuer vom Finanzamt wieder.

So scheint es zunächst, als sei der Einkommensrückgang der Bauern durch die Erhöhung der Vorsteuerpauschale ausgeglichen. Nur: Durch Kontingentierung usw. sind für die Milchbauern Einkommensrückgänge um 20% zu erwarten. Und außerdem schneiden die kleinen Bauern wieder einmal am schlechtesten ab, wie Dr. Schnieders, Generalsekretär des Bauernverbandes, bei einer Anhörung vor dem Bundestag ausführte: "Unter Zugrundelegung der im Agrarbericht vorgenommenen Einteilung würden sich die Gewinne nach Wirkung der Brüsseler und Bonner Beschlüsse bei kleinen Betrieben um 6%, bei mittleren um 5% und bei größeren um 3% verringern."

Und was noch dazu kommt: Die 5% kann man nur beim Handel mit gewerblichen Unternehmern geltend machen. Der Handel zwischen den Bauern und der Verkauf direkt an den Verbraucher wird erschwert. – (hei)

Asylpolitik

SONDERAUSWEISE FÜR
ASYLBEWERBER

Westberlin. Immer mehr Organisationen und Einzelpersonen haben sich in den letzten Monaten und Wochen der Umtauschaktion von Wertgutscheinen angeschlossen. Zahlreiche Kirchengemeinden beteiligen sich an dieser Solidaritätsaktion zur Unterstützung ausländischer Flüchtlinge. Auch die Gewerkschaften ÖTV, GEW und HBV unterstützen den Umtausch von Wertgutscheinen. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz im Mai 1984 hatte die Gewerkschaft HBV folgenden Beschluß gefaßt:

"1. Der Landesbezirksvorstand wird aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit dem DGB, Landesbezirk Berlin, beim Senat und den im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien für eine Abschaffung der Wertgutscheine für Asylbewerber einzusetzen. 2. Die Landesbezirkskonferenz begrüßt in diesem Zusammenhang die von verschiedenen kirchlichen und politischen Initiativen durchgeführten Umtauschaktionen von Wertgutscheinen für Asylbewerber und bittet alle Teilnehmer der Konferenz, Wertgutscheine anzukaufen. 3. Der Landesbezirksvorstand wird aufgefordert, die



"Vereintes Europa der Industrie – den Bauern nutzte es noch nie!" Demonstration der Landjugend Schleswig-Holsteins am 17.3.84 in Kiel.

HBV-Mitglieder in geeigneter Weise über diese Umtauschaktion zu informieren ... Wir tauschen die Wertgutscheine in Bargeld um und gehen selbst damit einkaufen. Unser Ziel ist die Abschaffung der Wertgutscheine ..."

Um die große Popularität, die diese Umtauschaktionen inzwischen gewonnen haben, zu schwächen, und nachdem alle Drohungen des Westberliner Senats, solche Aktionen seien "illegal", nicht gezeichnet haben, wird eine neuerliche Diskriminierung ins Werk gesetzt. Zusätzlich zu den Wertgutscheinen erhalten die Asylsuchenden Lichtbildausweise, die sie beim Einkauf an der Kasse vorzeigen müssen und ohne die die "Wertgutscheine" wertlos sind – jedenfalls nach Senator Finks Anordnungen. Durch Wertgutscheine diskriminiert, werden sie jetzt auch noch durch Sonderausweise gebrandmarkt.

Selbstverständlich sind davon nicht alle Asylbewerber gleich betroffen. Asylbewerber aus Polen z.B., die eher großzügig mit Arbeitserlaubnis ausgestattet werden, oder sog. "Kontingentflüchtlinge" (z.B. Flüchtlinge aus Vietnam) haben Möglichkeiten, diesen Maßnahmen zu entgehen. Flüchtlinge aus dem Libanon und der Türkei dagegen, nach Lummer "Scheinasylanten", werden getroffen. Der Senat versucht, Kassiererinnen und Kassierer zu zwingen, als Hilfspolizisten diese Politik durchzusetzen.

Die Gewerkschaft HBV hat in einer Sonderinformation die Beschäftigten des Westberliner Einzelhandels aufgerufen, sich nicht zu Hilfspolizisten machen zu lassen, und weist darauf hin, daß die Entgegennahme von Asyl-Wertgutscheinen ohne "Gesichtskontrolle" nicht strafbar ist; daß jede Form zusätzlicher Kundenkontrolle oder gar die Kontrolle von Sonderausweisen von dem Kassenpersonal – unterstützt durch die Betriebsräte – abgelehnt werden sollte und daß sie rechtliche Unterstützung bei der Abwehr arbeitsrechtlicher Arbeitgeber-Maßnahmen zugesagt. – (mam)

Nazitreffen

POLIZEISCHUTZ FÜR NAZIS

Hannover. Am 28.7. wurde die Gründung eines Landesverbandes der "Freiwilligen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) der Mitglieder der verbotenen neofaschistischen ANS/NA verhindert. Die Staatsmacht hätte die Gründung gebilligt. Im Vorfeld äußerte sich aufgrund eines Verbotsantrages der Pressesprecher des niedersächsischen Innenministers vage: "Sollte die Partei ähnliche Ziele wie Kühnens Gruppe vertreten, wer-

den wir sie verbieten lassen." Die Polizei erklärte Schutz für das Gründungstreffen. Die Kundgebungen des antifaschistischen Aktionsbündnisses verhinderten dies an zwei geplanten Gründungsversammlungen. Nach Abschluß der Kundgebung ergriff die Polizei, nach einem kleinen Zwischenfall zwischen Faschisten und Antifaschisten die Gelegenheit zu wilden Verfolgungsjagden und Festnahmen von Antifaschisten.

Bei den Chaos-Tagen der Punker am



Polizei provoziert, um Kundgebung aufzulösen

4.8. die gleiche Taktik. Rechtsradikale Skinheads, "Fußballfans" und neonazistische Gruppen – wie die ANS – hatten aufgerufen, "die Punk-Schweine zu zerschlagen und zu verjagen". Die Kundgebung des Aktionsbündnisses, dem sich die Punker anschlossen, verhinderte diese Absicht. Die Polizei ermöglichte es größeren Trupps der Faschisten, sich frei in der Stadt zu bewegen, während sie durch Provokationen auf dem Kundgebungsplatz Gründe für die Auflösung schaffen wollte. Bis zum Abschluß der geschlossenen Demonstration zum Jugendzentrum Glocksee, vom Aktionsbündnis vorgeschlagen und von ca. 1500 Punks unterstützt, fand die Polizei keinen größeren Vorwand einzugreifen. Um diesen Erfolg abzuwerten und ähnliche Treffen für die Zukunft zu unterbinden, griff die Polizei in den Abendstunden das Jugendzentrum – wo ein Konzert stattfinden sollte – im bürgerkriegsmäßigen Einsatz an. Sie stürmte mit Tränengasbomben und Wasserwerfern das Jugendzentrum und drang mit Tränengasgewehren in das Jugendzentrum ein, das sie ab Mitternacht zum Gefängnis erklärte. Erst am Morgen ließ sie die Punker in Gruppen – unter der Auflage, die Innenstadt nicht mehr zu betreten – frei. Das Aktionsbündnis plant gegen das Vorgehen der Polizei und ihre Absichten breite Öffentlichkeitsarbeit. – (edb)

Klinik/Rationalisierung

MIT PERSONALABBAU 2,9 MIO. ROHGEWINN

Braunschweig. Die Verwaltung des Städtischen Klinikums Braunschweig rühmt sich in der örtlichen Presse, durch Rationalisierung und vor allem durch Personalabbau 1983 2,9 Mio. DM "Rohgewinn" gemacht zu haben, eine Summe, die ca. 69 Planstellen im Pflegebereich entspricht. 1982 noch hatten die Kliniken mit 2,08 Mio. DM Verlust abgeschlossen. Weitere Angriffe auf die Belegschaft sind sicher. Die Verwaltungsleitung hat erklärt, daß sie den 1983 auf dem Rücken der Belegschaft erreichten "Erfolg" in Zukunft sichern will, um "die regionale Volkswirtschaft zu stützen".

Laut Selbstkostenblatt waren 1983 im Jahresdurchschnitt 40 oder 4,4% weniger Vollkräfte im Pflegedienst beschäftigt als 1982 (1982:909; 1983:869,5). Der Rohgewinn von 2,9 Mio. DM wurde also überwiegend durch Verschärfung der Arbeitshetze aus den Schwestern und Pflegern herausgepreßt. Die Verwaltungsleitung hat durchgesetzt, daß so gut wie keine Aushilfskräfte – auch nicht in der Urlaubszeit – eingesetzt werden. Die Folge ist, daß z.B. bei Krankheit in der Urlaubszeit Schwestern aus dem Freizum Dienst zitiert werden und Überstunden machen müssen, was immer wieder vorkommt.

Die Verwaltungsleitung behauptet, der "Rohgewinn" sei auch durch Abbau der Überstunden erreicht worden. Richtig ist, daß Überstunden schon seit Jahren nur noch in Ausnahmefällen bezahlt werden. Vor allem aber hat sie erzwungen, daß Überstunden intern durch dünnere Schichtbesetzungen abgebummelt werden, was dazu führt, daß die Dienstpläne flexibilisiert werden, der Arbeitstag verdichtet wird und daß der Personalrat keine Kenntnis von diesen Überstunden bekommt.

Kürzlich wurde in der Frauenklinik eine ganze Station geschlossen und das Personal auf fachfremde Stationen verteilt, um dort Überstunden abzubauen. Trotz dieser Sorte "Überstundenabbau" wurden im Chirurgischen OP Holwedestraße vom Pflegepersonal 1983 über 3000 Überstunden gearbeitet. Von 18 Planstellen waren im Schnitt 1,8 unbesetzt. Die genannten Überstunden wurden v.a. von ca. 10 Kollegen geleistet, weil nicht alle voll einsetzbar sind, das macht im Durchschnitt etwa drei Überstunden täglich. Im Frühjahr wurden nach einer Anfrage des Personalrats im Gesundheitsausschuß vier zusätzliche Stellen durchgesetzt.

Quellenhinweis: Selbstkostenblatt 1982 und 1983; Braunschweiger Zeitung v. 30.7.84; – (smi)

Lehrerausbildung

STAATLICHES SCHULAMT PROBT
DIENSTVERPFLICHTUNG BEI LEHRERN

Freiburg. Vom 12. bis 24. März 1984 führte das staatliche Schulamt (SSA) Freiburg im Modellversuch ein Betriebspraktikum für Hauptschullehrer der Klassen sieben bis neun in den Fächern Gemeinschaftskunde / Wirtschaftslehre, bzw. mit Einsatz im Fächerverbund "Arbeit, Wirtschaft, Technik" (AWT) in Freiburg und im Elztal durch. Dabei waren die großen Industriebetriebe wie Hellige, Rhodia, Zahoransky und das Freiburger Colombi-Hotel. Vorausgegangen war ein ähnliches "Pilotprojekt" in Heidenheim im November 1980.

In den Betrieben mußte in "Anlernsituation" in der Produktion gearbeitet werden. So berichtet ein Lehrer über seine Tätigkeit bei Edelmann (Heidenheim), Faltschachtelhersteller: "Der gesamte Arbeitsablauf von der Satzherstellung und Reprographie, über Lithographie, Montage bis hin zur Druckplattenkopie wurde von uns unter sachkundiger Anleitung bestritten." Der Arbeitsplan einer Lehrerin am Colombi-Hotel in Freiburg umfaßte jeweils einen Tag die Bereiche Küche und hauseigene Konditorei, Etage, Empfang, Magazin, Buchhaltung und Bankettservice. Die Arbeitszeit betrug die branchenüblichen zehn Stunden pro Tag, erledigt werden mußten Arbeiten von Auszubildenden zum Koch oder Hotelfachfrau, wie Betten neu beziehen, Naßzellen gründlich reinigen, aufräumen, Papierkörbe leeren, Handtücher wechseln.

Was hier vom DGB als "Schnupperlehre" begrüßt, vom SSA als "Kennenlernen der zukünftigen Arbeitsbedingungen der Schüler" und "Sammeln von Informationen aus der Arbeitswelt" propagiert wird, stellt sich bei näherer Betrachtung als Dienstverpflichtung von Lehrern bei Kapitalisten unter Bedingungen heraus, wie sie derzeit den Jugendlichen selbst noch nicht zugemutet werden. Bei ihrer generellen Einführung eröffnen sich dem Dienstherrn ungeahnte Möglichkeiten des flexiblen Einsatzes von Beamten bei Kapitalisten, was bisher nur innerhalb des öffentlichen Dienstes während Streiks möglich war.

Die Lehrer sind während des Praktikums unter Fortzahlung des Gehalts von der Schulbehörde freigestellt. Weil diese aber weiterhin Dienstherr bleibt, werden sie innerhalb des Betriebs von allen dort geltenden Tarif- und Koalitionsrechten ausgeschlossen. Der für sie zuständige Personalrat an der Schule hat auf ihr Arbeitsverhältnis im Betrieb keinen Einfluß, ebensowenig der dortige Betriebsrat. Ablauf und konkrete Zielsetzung des

Praktikums legt die Betriebsleitung nach Absprache mit dem SSA fest. Bezahlte werden die Lehrer für ihre Arbeit nicht. Durchgesetzt ist dies bereits bei den Berufsschullehrern in Baden-Württemberg, die während der Ausbildung ein vierwöchiges Betriebspraktikum bei Kapitalisten unbezahlt ableisten müssen. Für die Hauptschullehrer ist bei der Regeleinführung die Ferienzeit "im Gespräch", wie bereits 1979 vom CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Erwin Teufel, angekündigt: "Weiter wird die Landesregierung aufgefordert, auch die Schulferien in die Lehrerfortbildung mit einzubeziehen." Erklärtes Ziel des Dienstherren ist, die Urlaubszeit auf 30 Tage zu beschränken. So müssen bereits jetzt die Dienstanfänger der



Lehrerfortbildung als Dienstverpflichtung: "branchenüblicher Zehnstunden-Tag"

Gymnasiallehrer in der dritten Ferienwoche zur Lehrerfortbildung antreten. Gegenüber dieser Art von Lehrerfortbildung bedeutet die Verweigerung ein Dienstvergehen, das beamtenrechtliche Konsequenzen vom Eintrag in die Personalakte bis hin zur Entfernung aus dem Dienst zur Folge haben kann.

Für die Kapitalisten stellen die Betriebspraktika neben der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft der Lehrer eine Möglichkeit der direkten Einflußnahme und Kontrolle auf den AWT- und Gemeinschaftskundeunterricht der Lehrer dar, wie sie sie bisher nicht besaßen. Kein normaler Lehrer läßt einen Kapitalisten als "Fachmann aus der Praxis" in seinen Unterricht ein. Über die Praktika ist jetzt die direkte und persönliche Ausrichtung der Lehrer derjenigen Schüler möglich, aus denen zukünftiges Arbeitsvieh re-

krutiert werden soll. Aus der Stellungnahme eines beteiligten Kapitalisten: "Die Ziele des AWT-Unterrichts bezwecken eine qualifizierte Ausbildung der Schüler, d.h. des Nachwuchses auch für die Wirtschaft. Insofern muß es auch ein Anliegen der Wirtschaft sein, dazu beizutragen, Lehrer, die diesen Unterricht erteilen, in den Sachgebieten fortzubilden, die von der Praxis der Wirtschaft am besten zu erfüllen sind. Diese Art der Lehrerfortbildung durch Mitarbeit in der Praxis der Wirtschaft, Erfahrungen und Kenntnisse sich anzueignen, ist für die Wirtschaft die beste Gelegenheit, sich bekannt zu machen und Verständnis für wirtschaftliche / unternehmerische Zusammenhänge herbeizuführen."

Die Berufsschullehrer müssen während des Praktikums Wochenberichte erstellen, die vom Betrieb abzuzeichnen und dem für das betreffende Ausbildungsfach zuständigen Fachleiter am Studienseminar zur Genehmigung vorgelegt werden.

Auf der Landeskonferenz der Wirtschaftsjunioren im Juli 1984 in Freiburg wurde eine "verstärkte, praxisnahe Vermittlung wirtschaftlicher und technischer Probleme in der schulischen Grundausbildung" gefordert. Dazu sollen bei den Oberschulämtern Referenten als "Kontaktstellen zur Wirtschaft" bereitgestellt werden. Dem Ziel der Landeskonferenz, in den Betrieben das "Wir-Gefühl der 50er Jahre zu wecken", kommt die inhaltliche Bestimmung des Betriebspraktikums nach, die ausschließlich die "wirtschaftlichen und organisatorischen Probleme von Betrieben", d.h. der Kapitalisten umfassen. Themenbereiche der überbetrieblichen Schulung der Lehrer sind u.a. "Absatzmärkte und ihre Verflechtung, Investitionen, Finanz- und Rechnungswesen, Angebot und Nachfrage, Grundlagen der Kalkulation". In der überbetrieblichen Schulung in Freiburg bei Hellige wurden mit den Lehrern Rentabilitätsrechnungen erstellt, ab welcher Stückzahl pro Jahr für Hellige der Kauf einer CNC-gestützten Schneidpresse interessant wird.

DGB und GWE kritisieren mit der höchst zweifelhaften Begründung des "Kennenlernens der Betriebswirklichkeit" die Praktika nicht grundsätzlich, sondern nur ihre "Einseitigkeit" und fordern die Beteiligung der Betriebsräte an den überbetrieblichen Schulungen.

Quellenhinweis: Staatliches Schulamt Freiburg; Betriebspraktikum für Lehrer (Vorinformationen), ohne Datum; Erfahrungsberichte beteiligter Lehrer; Bad. Zeit.: 9.7., 11.7.84 - (chb)

CDU-Köln**ZWANGSARBEIT, WENIGER SOZIALWOHNUNGEN**

Köln. Daß die CDU die Förderung "mittelständischer Interessen" in den Mittelpunkt ihres Kommunalwahlprogramms stellt und die "Wirtschaftsförderung" dort an der ersten Stelle steht, ist nichts Neues.

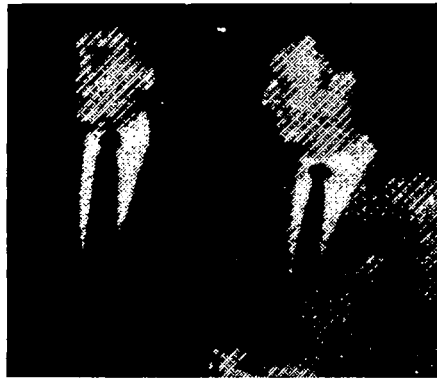
Neu ist jedoch, daß den Banken institutionell beherrschender Einfluß auf die städtische Wirtschaftspolitik eingeräumt werden soll. Die CDU beabsichtigt, Technologiezentren zu errichten, die bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben z.B. im Rahmen der Stadtsanierung konsultiert werden. Dort sollen die Banken "das erforderliche Risikokapital, die kaufmännischen Berater und die nötigen kaufmännischen Hilfen" bereitstellen.

Leitlinie der Gewerbeansiedlung ist hinein in die Stadtteile, ganz gleich ob umweltbelastend oder nicht! Heran an die billige Arbeitskraft von Rentnern und Hausfrauen, die im Stadtteil gleich um die Ecke wohnen und derzeit nicht optimal verfügbar sind zum Druck auf den Lohn.

Die verstärkte Wirtschaftsförderung will die CDU vor allem durch Kürzungen im Sozialhaushalt und im öffentlichen Dienst finanzieren. So sollen die städtischen Aufwendungen für Einrichtungen der Altenhilfe, der Unterstützung von Behinderten usw. verringert werden und diese zu Hause, "in ihrer vertrauten Wohnung" betreut werden. Betreuen sollen sie dort "Freiwillige" aus dem Stadtteil, entweder ohne Entgelt oder nur gegen eine "geringe Aufwandsentschädigung". Ferner sollen Sozialhilfeempfänger zur Zwangsarbeit in diesem Bereich verpflichtet werden. "Die CDU fordert ..., daß nach dem Vorbild der Stadt Berlin geeignete, insbesondere jüngere Sozialhilfeempfänger ... herangezogen werden."

Zugleich strebt die CDU die Senkung der Mindeststandards im Wohnungswesen an: "Das System der Gewährleistungswohnungen ist zu reformieren, ... mit dem Ziel, denjenigen ... Mietern, die aus eigenem Verschulden keine Miete zahlen, die Verantwortung für ihr Verhalten zurückzuübertragen. Um in diesen Fällen Obdachlosigkeit zu vermeiden, sind von der Stadt genügend Wohnungen geringer Ausstattung bereitzuhalten. Zu diesem Zweck ist auf die Modernisierung eines Teils des städtischen Althausbesitzes zu verzichten". Die Zuschüsse der Stadt zum sozialen Wohnungsbau sollen gleich ganz gestrichen werden.

Den Beschäftigten im öffentlichen Dienst will die CDU mit einer neuzuschaffenden "Rationalisierungsstelle" zu Leibe rücken, die im Verwaltungs-



CDU-Oberbürgermeisterkandidat Heibert Blens (rechts)

aufbau an hoher Stelle angesiedelt sein soll. Um die Arbeit auch mit weniger Personal zu schaffen, soll eine "Delegation der Entscheidungszuständigkeit nach unten", also eine höhere Belastung der Sachbearbeiter, stattfinden, wobei bei Fehlleistungen zugleich "die Möglichkeiten des Disziplinarrechts und des Haftungsrechts" anzuwenden sind.

Alles in allem also ein Programm, das verglichen mit seinen Vorgängern frecher reaktionär ist und vor allem auf die Beseitigung von Mindeststandards der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zielt. — (sch)

Kommunalwahlen Stuttgart ZUM WAHLPROGRAMM DER MLPD

Stuttgart. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands — MLPD kandidiert zum ersten Mal zu Wahlen, und zwar in Gelsenkirchen und Stuttgart. Es handelt sich um Kommunalwahlen. In Stuttgart interessiert sich eine Anzahl verschiedener linker Kräfte für die Entwicklung kommunaler Politik. Der bisherige Name "Betriebslich-alternatives Bündnis" (BAL) (das noch nicht am 28.10. kandidieren wird) soll ausdrücken, daß eine Politik im Interesse der werktätigen Menschen sichtbar werden muß und zusammen mit den örtlichen Gewerkschaften die bisherige Kommunalpolitik im Interesse der Konzerne angegriffen werden soll. Die MLPD lehnte ab: "Nicht 'Politik für die arbeitende Bevölkerung', sondern die Arbeiterklasse muß selber Politik machen, nicht bessere Stellvertreter im Gemeinderat, sondern Erzieher der Arbeiterklasse zur Selbstbefreiung — das ist das Ziel der Kandidatur der MLPD zu den Gemeinderatswahlen ..." ("Rote Fahne" v. 12.5.84). Der Sozialismus als Perspektive würde bei den Forderungen der BAL fehlen.

Sowohl bei dieser unfruchtbaren Kritik als auch im Kommunalwahlprogramm der MLPD zeigt sich, daß sie keinerlei Unterschied sieht in den

Aufgaben der Bundes- und Landesparlamente, die sich mit den Gesetzen und Staatssicherheitsmaßnahmen zu beschäftigen haben und denen der Kommunalparlamente, die die örtliche Leistungsverwaltung beobachten sollen. Das Hauptmotto der MLPD lautet: "Für Arbeit, Frieden und Schutz der natürlichen Umwelt. Vorwärts zum Sozialismus". Eine Kritik an den reaktionären Zielen und entsprechender Praxis leistet die MLPD nicht. In sechs Abschnitten werden acht bis zehn Forderungsböcke aufgelistet, die vor allem bessere Gesetze oder Tarifverträge verlangen.

Welche Programmpunkte sind örtlich interessant?

Die Erpressung der Stadt durch die Konzerne Daimler und Bosch, die Standortpolitik des CDU-Bürgermeisters Rommel, die Kürzung der sozialen Leistungen für die werktätige Bevölkerung einerseits zur Subventionierung der Konzerne andererseits werden von der MLPD wie von anderen fortschrittlichen Kräften angegriffen. Über den Umfang dieser Zusammenarbeit Stadt-Konzerne und die Möglichkeiten, erfolgreich dagegen vorzugehen, gibt es unterschiedliche Vorstellungen, die diskutierbar sind.

"Gegen die Kriegsvorbereitung und die fortschreitende Militarisierung im öffentlichen Leben, in den Schulen, im Gesundheitswesen" ist eine Forderung der MLPD. Es wäre wirklich Zeit, gemeinsam gegen die Einbeziehung der Gemeinden und öffentlichen Dienstbetriebe incl. der Schulen in die Kriegsvorbereitungen vorzugehen.

Zu wenig ist, was die MLPD gegenüber der ausländerfeindlichen Politik vorhat. Sie fordert "eine menschenrechtliche Behandlung und das uneingeschränkte Asylrecht", kostenlose Sprachkurse für Ausländer und "die Entfernung aller ausländerfeindlichen und faschistischen Schmierereien auf Kosten der Stadt". Es wäre aber nötig, tatsächliche Erleichterungen für Ausländer durch Einwirken auf die Ausländerbehörde sowie das Sozial- und Wohnungsamt der Stadt durchzusetzen. Kräfte, die hier tätig sind und mehr erreichen wollen, gibt es. — (baf)



Reaktionärer Politik Rommels ist nur mit Forderungen nicht beizukommen.

Sozialhilfebezug

LEBEN VOM BETTELPFENNIG DES SOZIALAMTS – "UNTERHALB DER NIEDRIGSTEN LÖHNE"

Oberhausen. Im Juni 1984 erhöhte die Nordrhein-Westfälische Landesregierung die Regelsätze für Sozialhilfe für Haushaltsvorstände um 11 DM. In ihrer Begründung erklärte die Landesregierung, daß eine "notwendige größere Erhöhung" der Regelsätze auf Grund des Bundesrahmengesetzes nicht möglich sei.

In Oberhausen werden bisher für Haushaltsvorstände Regelsätze zwischen 276 DM (für Personen über 21 Jahre) und 380 DM (bis 20 Jahre) ausgezahlt. Angehörige erhalten zwischen 155 DM und 311 DM, nach Alter gegliedert. Die Regelsätze sollen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) für die täglichen und allgemeinen Bedürfnisse wie Essen, Betrieb von elektrischen Geräten und kleinere Instandsetzungen von Hausrat des Sozialhilfeempfängers reichen. Regelsätze werden nach Ermessen bzw. Überprüfung ausgezahlt.

Nach § 22 BSHG, Durchführungsverordnung § 4, ist "... bei der Festsetzung der Regelsätze darauf Bedacht zu nehmen, daß sie zusammen mit den Durchschnittsbeträgen für die Kosten der Unterkunft (Wohngeld) unter dem erzielten durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelt unterer Lohngruppen zuzüglich Kindergeld bleiben, soweit nicht Verpflichtungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts dem – insbesondere bei größeren Haushaltsgemeinschaften – entgegenstehen." Gleichzeitig soll die Bemessung der Regelsätze "dem Sozialhilfeempfänger die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht" (§ 1, Abs. 2 Satz 1 BSHG).



Das Bild ist aus einer Ausstellung über die Wohnsituation ausländischer Arbeiter in Bochum. Wohnraum: 40 qm; Miete: 380 DM für zwei Erwachsene und fünf Kinder.

Mit der Durchsetzung der Kürzungen der Arbeitslosenversicherungsleistungen durch die alte SPD/FDP-Bundesregierung und die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung sind zahlreiche Arbeitslose durch Verlust oder erhebliche Verringerung von Versicherungsleistungen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Krankenversicherungskostendämpfungsbeschlüsse sowie die Plünderung der Rentenkassen ab Mitte der siebziger Jahre erzielten dieselbe Wirkung bei Rentnern und Pflegebedürftigen. Allein von 1981 auf 1982 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen, die von Sozialhilfe abhängig sind, um 128%. In Essen leben heute 13 bis 14% der Arbeitslosen vom Bettelpfennig des Sozialamts.

Die Bewilligung von Sozialhilfe ist zugleich von der "Arbeitswilligkeit" der Antragsteller abhängig. Dies brachte in zahlreichen Kommunen variierende Formen von Zwangsarbeit hervor. Eine Variante, die auch in Oberhausen probiert werden soll, ist eine halbjährliche oder jährliche versicherungspflichtige Beschäftigung, um die Arbeitslosenversicherung wieder zuständig zu machen. Der Charakter der Zwangsarbeit unter niedrigsten Löhnen bleibt dabei erhalten. Der alltägliche Betrug an Versicherungsleistungen wird dabei kaschiert.

Wir haben zur Erörterung des "menschenwürdigen Lebens" unterhalb der niedrigsten Löhne Sozialhilfeempfänger befragt, wie sie ihr Leben unter diesen Bedingungen fristen. Dabei muß man berücksichtigen, daß türkische Sozialhilfeempfänger wie Frau Y. zusätzlich zu den "normalen" Schikanen des Sozialamtes noch dem Ausländerrecht unterliegen. Die Ausländergesetze sehen die Möglichkeit der Ausweisung bei Bezug von Sozialhilfe vor.

Frau Y., seit wann und wieviel Sozialhilfe bekommen sie für wieviele Personen?

Frau Y.: "Ich habe vor einem halben Jahr Sozialhilfe beantragt. Ich hatte mich von meinem Mann getrennt und habe mit meinen beiden Kindern zuerst fünf Monate in einem Frauenheim gewohnt. Das Sozialamt weigerte sich dann aber, Beiträge für das Frauenheim zu zahlen. Die waren angeblich zu hoch. Danach sollte ich mir eine billige Wohnung suchen. Neben der Wohnungsmiete erhalte ich für meine beiden Kinder und mich 650 DM im Monat."

Hat das Sozialamt ihnen eine Wohnung besorgt?

Frau Y.: "Nein, ein türkischer Sozialarbeiter hat mir dabei geholfen. Ohne ihn hätte ich wahrscheinlich keinen Pfennig vom Sozialamt bekommen."

Hat das Sozialamt ihnen Geld für die Möbel zur Verfügung gestellt oder selbst welche besorgt, außerhalb des Regelbetrages (Individualisierungsgrundsatz – vom monatlich abweichenden Bedarf – § 3 Abs. 1 BSHG)? Und wie wohnen sie mit ihren beiden Kindern in der Wohnung?

Frau Y.: "Die Möbel für die Zweizimmer-Wohnung hat das Sozialamt gestellt. Für das Schlafzimmer, das ich mit meinen beiden Kindern teilen muß, eine Klappliege für mich und ein Etagenbett für die Kinder; im Wohnzimmer ein alter Schrank, ein Sessel und ein Tisch. In der Küche habe ich noch einen Herd und einen Hängeschrank. Einen Teppich habe ich nicht vom Sozialamt gestattet bekommen, weil in der Wohnung Holzboden ist. Ohne Teppich hört man dann jeden Schritt. Die Wohnung ist gerade für meine Kinder durch die wenigen Möbel kalt und unfreundlich."

Gehen ihre beiden Kinder zur Schule und wird dies gefördert bzw. bekommen sie dafür extra Geld (Kindergeld wird vom Sozialamt einbehalten)?

Frau Y.: "Sie gehen beide zur Schule. Die Schulhefte, Bücher und alles müssen von den 650 DM bezahlt werden. An der Schule kann ich nicht sparen. Ich kann selber nicht Lesen oder Schreiben und habe damit oft Schwierigkeiten bei den Ämtern."

Wo sparen sie denn dann, oder können sie mit den 650 DM auskommen? Das sind ja lediglich ca. 7 DM pro Tag und Person.

Frau Y.: "Bei einem Regelbesuch im Ausländeramt – wegen meiner Auf-

NUR 24 TAGE IM MONAT MITTAGESSEN

Die Regelsätze der Sozialhilfe sollen die laufenden Ausgaben des Sozialhilfeempfängers für "Ernährung, Kochfeuerung, Beschaffung von Wäsche mit geringem Anschaffungswert, Instandhaltung von Kleidung, Wäsche und Schuhen in kleinerem Umfang, Körperpflege, Beschaffung von Hausrat von geringem Anschaffungswert, kleinere Instandsetzungen von Hausrat, Beleuchtung, Betrieb elektrischer Geräte, Reinigung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens" decken (§ 1 der Regelsatzverordnung). Den Berechnungen für die Höhe des Regelsatzes liegt ein Warenkorb zugrunde, der den oben umrissenen Bedarf in kleinlich genauen Mengen und Stückzahlen festschreibt.

Unterschiedlich sind die Warenkörbe für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Einem Erwachsenen werden pro Monat z.B. 2385 g Schwarzbrot, 85 g Nudeln, 6 Fahrkarten (Straßenbahn/Bus) und 1/2 Kinokarte zugestanden. Von den Statistischen Landesämtern wird der Geldwert des Warenkorbes aufgrund von Durchschnittspreisen errechnet. Es besteht allerdings keine Verpflichtung, die Regelsätze entsprechend dieser Berechnungen festzusetzen oder regelmäßig anzupassen. Die Steigerungsraten blieben in den letzten Jahren unter der Preissteigerungsrate.

Mit ca. 58% stellt die Bedarfsgruppe Ernährung den größten Anteil an den Regelsätzen. "Die Waren-Mengenliste berücksichtigt den wissenschaftlich exakt festgestellten Mindestbedarf für Ernährung," behauptet der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der den Warenkorb zusammengestellt hat. Dies wird durch die tägliche Erfahrung von Sozialhilfeempfängern widerlegt.

Aber auch mit der Wissenschaftlichkeit ist es nicht weit her, wie aus der Studie "Ein Leben aus dem Warenkorb" der Frankfurter Fachhochschule für Sozialarbeit aus dem Jahre 1982 hervorgeht. So zeigt bereits der

Einm. Beihilfen für Mädchen von 8–15 J. (nach BSHG)

| Bezeichnung | Anzahl | Tragezeit |
|-------------------|--------|-----------|
| W.-Mantel/Parka | 1 | 3 J. |
| Anorak/Regenm. | 1 | 2 J. |
| Kleid | 1 | 1 J. |
| Rock/Hose | 4 | 2 J. |
| Pullover/Strickj. | 3 | 2 J. |
| Bluse | 2 | 1 J. |
| Schuhe | 2 | 2 J. |
| Gummistiefel | 1 | 2 J. |
| Sandalen | 1 | 1 J. |
| Turnschuhe | 1 | 1 J. |
| Hausschuhe | 1 | 2 J. |
| Unterhemd | 3 | 1 J. |
| Schlüpfer | 7 | 2 J. |
| Wollstrumpfhose | 2 | 2 J. |
| Nachthemd | 2 | 3 J. |
| Turnhose | 1 | 2 J. |

Vergleich der Nährstoffmengen des Warenkorbes mit den Empfehlungen für die Nährstoffzufuhr der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, daß der zugrundegelegte Bedarf von 2500 Kalorien täglich pro Erwachsenen zwar insgesamt ausreichend ist, aber die Zusammensetzung der Nährstoffe zu einer Unterversorgung mit Mineralstoffen (bei Eisen für Frauen um ca. 30%) und Vitaminen (bei Vitamin B1 und B2 um jeweils ca. 25%) führt.

In der gleichen Untersuchung wurden die Lebensmittelmengen zu Mahlzeiten geordnet. Ergebnis: Es gibt jeden Tag vier Scheiben Brot, allerdings ist nur für 23 Tage (äußerste Sparsamkeit vorausgesetzt) Brotbelag vorhanden, für die übrigen Tage bleibt die Margarinestulle. Dazu gibt es zwei Tassen Kaffee am Tag sowie einen Viertelliter Milch. An 24 Tagen kann man ein Mittagessen bereiten, davon zwölfmal mit Fleisch als Hauptgericht, dann bleiben noch Kartoffeln zum Sattwerden.

Größere Anschaffungen sind im Regelsatz nicht enthalten, für diese einmaligen Hilfen ist jeweils ein besonderer Bettelgang erforderlich. Für einen Wintermantel gibt es 200 DM alle fünf Jahre, für vier Unterhemden 20 DM alle zwei Jahre. Selbst auf diese völlig unzureichenden Leistungen besteht kein einklagbarer Rechtsanspruch, sie werden nach Prüfung des Einzelfalles "gewährt" oder auch nicht.

enthaltserlaubnis – wurde mir schon gedroht, wenn ich geschieden bin, würde ich ausgewiesen. Mein Mann ist selbst arbeitslos und kann für unsere Familie nicht sorgen. Dann muß ich in die Türkei zurück. Dort habe ich als alleinstehende Frau noch weniger zu erwarten als hier. Meine Kinder können auch selbst noch nicht einmal richtig türkisch sprechen."

Frau A., wie ist es ihnen auf dem Sozialamt ergangen, welche Erfahrungen haben sie mit dem Sozialamt gemacht und wieviel Geld bekommen sie?

"Ich bin mit meinem Freund zusammengezogen und habe, da ich als Schülerin über kein eigenes Einkommen verfüge – ich habe keinen BAföG-Anspruch –, Sozialhilfe beantragt. Ich hatte den Antrag vor meinem Einzug in die Wohnung gestellt, um überhaupt sicherzustellen, daß ich Sozialhilfe bekomme. Beim Sozialamt wurde mir dann gesagt, daß ich erst einmal einziehen soll und dann den Antrag stel-

len soll, der mir dann bestimmt gewährt würde.

Nachdem ich das gemacht hatte, wurde der Betrag, den ich nach den Worten des Sachbearbeiters erhalten sollte, immer kleiner. Nach dem dritten Besuch – ich hatte immer noch kein Geld bekommen und das Sozialamt hatte schon die Wohnung untersucht – wurde mir erklärt, daß ich gar keine Sozialhilfe bekommen würde und ich von meinem Freund leben könnte. Der ist arbeitslos und bekommt 760 DM Arbeitslosenhilfe. Nach dem Besuch eines Sozialamtsmitarbeiters waren wir ein eheähnliches Verhältnis. Wir mußten dann beweisen – mit persönlichen Erklärungen –, daß wir kein eheähnliches Verhältnis hätten. Nach Abzug der Miete hatten wir dann nur 360 DM zum Leben. Wohngeld war zu dem Zeitpunkt auch noch nicht bewilligt.

Jetzt bekomme ich 310 DM und 200 DM Wohnungsbefreiung. Das war aber erst nach Drohungen mit einem Widerspruch und mit Beteiligung eines

Sozialarbeiters möglich. Ich muß mich heute noch um jede Mark mit dem Sachbearbeiter streiten. Langfristig wäre das ständige Sparen am Essen auch nicht auszuhalten. Schließlich kann ich nach einer längeren Zeit einseitiger Ernährung nur unter erschwerten Bedingungen eine Arbeit aufnehmen."

Sozialhilfeempfänger sind den entsprechenden Richtlinien des Bundes, der Länder und der Kommunen hilflos ausgeliefert. Dies wird zur Senkung der Lebensverhältnisse genutzt. Eine Wiedereinbeziehung in die Sozialversicherung, die ja immerhin noch Selbstverwaltungsorgane besitzt – so ausgehöhlt sie auch sind –, wäre bei gleichzeitiger Sicherung von Mindestbedingungen eine Möglichkeit gegen diese Verhältnisse.

Quellenhinweis: Bundessozialhilfegesetz (BSHG); "Ein Leben aus dem Warenkorb", Fachhochschule Frankfurt/Main, 1982 – (sma, ceb, gag)

TARIFABSCHLUSS IM EINZELHANDEL NRW

Für die rund 330000 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Einzelhandel wurde am 18.7. ein neuer Tarifvertrag vereinbart. HBV und DAG hatten 29 Warnstreiks organisiert und das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt. In der Schlichtung mußten die Handelskapitalisten eine rückwirkende Tarifierhöhung von 3,5% ab 1.4.84 für alle und zusätzlich die Anhebung des Gehalts des 1. Berufsjahres der untersten Tarifgruppe I (Verkäuferinnen) um 3,9%, des 2. Berufsjahres um 3,8% und ab 1.3.85 des 6. Berufsjahres um 40 DM akzeptieren. —(sch)

TARIFABSCHLUSS KAUTSCHUK

Hannover. Zum 1.7. werden die Tariflöhne, -gehälter und Ausbildungsvergütungen in der Kautschukindustrie um 3,3% erhöht, Laufzeit 12 Monate. Der Manteltarifvertrag wird zum 1.1.85 mit dreijähriger Laufzeit wie folgt geändert: Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr haben ab da eine 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr und in Dreischicht haben ab dem 1.1.86 eine 36-Stunden-Woche bei

Die Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen hat zu einer Kampagne aufgerufen, "die Mißstände, die an den Schulen herrschen ... an die Öffentlichkeit zu bringen". Die Kampagne richtet sich gegen die Einschränkung von Mitbestimmungsrechten der Schülervertretungen, die Kürzungen an den Schulen, die BAföG-Streichungen, gegen die Elitebildung und die Jugendarbeitslosigkeit. In NRW haben derzeit 30000 Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz. Bild: Demonstration 1982. — (gba)

vollem Lohnausgleich. In einem Flugblatt weist H. Mettke, Tarifexperte der IG Chemie, Verlängerungen der Laufzeit für Lohn- und Gehaltstarifverträge und jegliche Aufweichung der 5-Tage-Woche entschieden zurück. In den Betrieben ist vor allem der geringe Lohn- und Gehaltsabschluß auf heftige Kritik gestoßen. Gefordert waren 6,5%. Bei der Conti, bei der durch den Wechsel des Arbeitgeberverbandes zum Jahresende die Arbeitszeitverkürzungen nicht zum Tragen kommen, haben z.B. in der Hauptverwaltung zehn Vertrauensleute gegen die Annahme gestimmt bei 14 Dafür-Stimmen und drei Enthaltungen. —(gea)



HEIMARBEIT: OFT NICHT MINDESTLOHN

Düsseldorf. Die Gewerbeaufsicht in NRW beanstandete 1983 gegenüber 183 Kapitalisten die Nichteinhaltung von Mindestlöhnen für Heimarbeiter. Insgesamt 2732 Heimarbeiter, mehr als 10% der 25000 Heimarbeiter in NRW, wurden fast 840000 DM vorenthalten. Die gesetzlichen Grundlöhne liegen zwischen 3,50 DM und 12 DM, für Elektro und Metall z.B. bei 6,69 DM. Da nur 6239 Überprüfungen stattfanden, kann man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Verstöße gegen andere Schutzrechte stellte die Gewerbeaufsicht in 2297 Fällen fest. —(wof)

"... EHRENWERTES AUSBILDUNGSZIEL"

Ravensburg. CDU MdB, Graf Waldburg Zeil, Großgrund- und Kurklinikenbesitzer, Herausgeber der "Schwäbischen Zeitung", Bundeselternbeiratsvorsitzender, will dem "Mädchen-Ausbildungsproblem" durch Schaffung von Lehrstellen im hauswirtschaftlichen Bereich begegnen. Der Zuschuß von 1000 DM pro Jahr soll erhöht werden, denn EG-gebeutelten Bauern könnten die monatlichen Kosten von 650 DM, abzüglich 378 für Kost und Logis, nicht zugemutet werden. Aber noch wichtiger ist dem Grafen die "Öffnung der Ausbildungsaufgabe" auch für Nicht-Meisterinnen. Jede wirkliche Hausfrau könne ausbilden. Diese Aufgabe dürfe auch Teilzeittätigen nicht verschlossen bleiben. Einem Mädchen

könne nach einem halben Jahr durchaus zugemutet werden, den Haushalt stundenweise selbständig zu führen. Es muß doch schließlich möglich sein, daß eine Geschäftsfrau billig zu einer Haushaltshilfe kommt! —(anh)

SOZIALPLAN BEI BOEHRINGER

Hamburg. Die Belegschaft des am 18.6.1984 geschlossenen Boehringer-Werkes, zur Zeit mit Auftragsarbeiten beschäftigt, fordert, daß medizinische Untersuchungen der gesamten Belegschaft Teil des Sozialplanes werden. Eine Durchsetzung der Forderung zeichnet sich ab. Die GAL kritisiert, daß nach der Anlage der Untersuchung die gesundheitlichen Schädigungen nicht erfaßt werden können. Die GAL erwägt Strafanzeige gegen den Werksarzt und Arbeitsmediziner der Behörde, die seit mind. 12 Jahren für die Arbeiter nachteilige Untersuchungsergebnisse unterdrückt haben. —(wal)

SCHULABGÄNGER OHNE AUSBILDUNG

München. In Bayern wurden 1983/84 11,4% der Schulabgänger ohne Ausbildungsplätze registriert. In München wurde jetzt eine CSU-Stadträtin bei der Ausbildungsplatzsuche fündig. Auszubildende sollen in einer Werkstatt Altmöbel auffrischen. Erstens sei nicht einzusehen, daß Sozialhilfeempfänger sich auf Kosten der Stadt mit neuen Möbeln eindecken. Zweitens wäre dies eine "sinnvolle" Beschäftigung für Jugendliche. —(dil)



Gegen die US-Fluggesellschaft Continental Airlines führen die Gewerkschaften der Piloten, der Flugbegleiter und der Mechaniker den Streik weiter, den sie letzten September begannen. Bild: Streikposten vor Büros der Fluggesellschaft. Die Kapitalisten hatten unter dem Schutz des US-Bankrottgesetzes die Tarife für ungültig erklärt, die Löhne und Gehälter bis um die Hälfte gekürzt und einen Großteil der Belegschaft entlassen. Sie halten mit Streikbrechern den Betrieb aufrecht. Die Gewerkschaften führen eine Kampagne, mit der sie die Flugunsicherheit der Continental Airlines aufdecken. Die staatliche Flugüberwachung mußte Untersuchungen aufnehmen. — (gba)

Vorruhestandstarifvertrag Metall

BLÜMS RENTENPLÄNEN WIRD DAMIT NICHTS ENTGEGENGESTELLT

Was bewog die IG Metall, auf Grundlage des "Gesetzes zur Erleichterung des Übergangs vom Altersleben in den Ruhestand" (VRG) einen Tarifvertrag abzuschließen, der gegenüber dem VRG nur kosmetische Verbesserungen enthält, in dessen zweifelhaften Genuß nach Angaben der IGM lediglich 2 bis 4 % der derzeit in der Metallindustrie Beschäftigten kommen werden und den sie selbst während der Tarifaueinandersetzung heftig kritisierte, er würde die Bezieher von Vorruhestandsgeld in die Arme des Sozialamtes treiben? Nach Aussagen von Mitgliedern der Verhandlungskommission habe man sich, wenn auch schweren Herzens, letztlich dazu entschlossen, um den Kapitalisten, den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zu beweisen, wie gering die "beschäftigungspolitische Wirkung" einer solchen Regelung sei. Somit hoffe man, auch neue Argumente für eine neuerliche Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung zu bekommen.

Die Beschränkung auf eine solche Bewertung verstellt den Blick auf wesentliche Punkte:

1. Der Tarifvertrag erleichtert den Kapitalisten die Ersetzung früh verschlissener Arbeitskräfte durch jüngere, die obendrein billiger sind. Sie wird auch dann vom Arbeitsamt gefördert, wenn der Kapitalist keinen Arbeitslosen für einen ausscheidenden Vorruheständler einstellt.
2. Der tarifliche Kündigungsschutz für ältere und länger beschäftigte Arbeiter wird unterhöhlt.
3. Die niedrigeren Beitragszahlungen in den Vorruhestandsjahren haben bei durchschnittlich Versicherten eine Rentenkürzung von ca. 40 DM zur Folge.
4. Die Beschränkung von VRG und Tarif auf Jahrgänge bis 1930, die von der Bundesregierung mit "Rücksicht auf die demographische Entwicklung" begründet wird, macht klar, daß die Altersgrenze, bis zu der ein Arbeiter seine Arbeitskraft anzubieten hat, keineswegs gesenkt werden soll, sondern ausschließlich vom Verwertungsbedürfnis des Kapitals abhängig gemacht wird.

Dokumentiert

§ 2 Allgemeine Voraussetzungen für den Eintritt in den Vorruhestand

- 2.1 Arbeitnehmer erhalten vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 3 Vorruhestandsgeld, wenn
 - 2.1.1 sie das 58. Lebensjahr vollendet haben und
 - 2.1.2 sie dem Unternehmen seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen angehört haben und
 - 2.1.3 ihr Arbeitsverhältnis aufgrund einer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber zum Zwecke der Inanspruchnahme von Vorruhestandsgeld (Vorruhestandsvereinbarung) beendet worden ist und
 - 2.1.4 sie ihre Erwerbstätigkeit beendet haben und
 - 2.1.5 sie vor Abschluß der Vorruhestandsvereinbarung dem Arbeitgeber alle Umstände mitgeteilt haben, aus denen sich die Berechtigung zum Bezug von Versorgungsleistungen ergibt, ...
 Diese Mitteilung ist durch entsprechende Nachweise, z.B. durch eine Rentenauskunft der Versorgungsträger zu belegen.
- 2.2 Das Vorruhestandsgeld kann beantragt werden im Jahre 1984 von Arbeitnehmern, die vor dem Jahr 1927 geboren sind ... im Jahre 1988 von Arbeitnehmern, die vor dem Jahr 1931 geboren sind.
- 2.3 Die Gewährung von Vorruhestandsgeld ist ausgeschlossen, wenn
 - 2.3.2 der Arbeitnehmer nicht i.S. des § 2 Abs.1 Nr.2 VRG innerhalb der letzten 5 Jahre vor Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mindestens 1080 Kalendertage

in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung i.S. des § 168 AFG gestanden hat,

2.3.3 der Arbeitgeber bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses berechtigt war, das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen.

§ 3 Höhe und Fälligkeit des Vorruhestandsgeldes

3.1 Das Vorruhestandsgeld beträgt bei einer ununterbrochenen Betriebs- oder Unternehmenszugehörigkeit von mindestens 5 Jahren 65 %, von mindestens 20 Jahren 70 % des letzten monatlichen Bruttoarbeitsentgelts (§ 3 Abs.2 VRG i.V.m. § 112 Abs.2 AFG).

Für Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis aufgrund einer Vorruhestandsvereinbarung vor dem 1. April 1985 endet und die mit tariflicher regelmäßiger Arbeitszeit beschäftigt sind, errechnet sich das Bruttoarbeitsentgelt aus dem 173-fachen Stundenverdienst ...

Für Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis aufgrund einer Vorruhestandsvereinbarung ab dem 1. April 1985 endet errechnet sich das Bruttoarbeitsentgelt aus folgender Formel: (Stundenverdienst i.S.v. § 112 Abs.2 AFG x individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit x 13) geteilt durch 3.

Für Angestellte entspricht das Bruttoarbeitsentgelt dem durchschnittlichen monatlichen Verdienst...

Abweichend vom § 3 Abs.2 VRG wird auch das die Beitragsbemessungsgrenze des § 175 Abs.1 Nr.1 AFG überschreitende Bruttoarbeitsentgelt bei der Berechnung des Vorruhestandsgeldes berücksichtigt.

3.2 Das Vorruhestandsgeld wird zum Monatsende gezahlt.

§ 4 Dynamisierung des Vorruhestandsgeldes.

Das Vorruhestandsgeld erhöht sich jeweils nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Zahlung um den Prozentsatz, um den die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zuletzt vor diesem Zeitpunkt nach dem jeweiligen Rentenanpassungsgesetz angepaßt worden sind.

§ 5 Beginn und Ende der Zahlung von Vorruhestandsgeld.

5.1 Die Zahlung von Vorruhestandsgeld beginnt nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Eintritt in den Vorruhestand gemäß § 2 Abs.1 dieses Tarifvertrages.

5.2 Die Zahlung des Vorruhestandsgeldes endet

- 5.2.2 mit Beginn des Monats, für den der ausgeschiedene Arbeitnehmer Altersruhegeld oder eine andere der in § 2 Abs.1 Buchst.e dieses Tarifvertrags genannten Leistungen beanspruchen kann; dabei kommt es nicht darauf an, ob der Arbeitnehmer den Anspruch auf die für ihn vorgesehene Altersversorgung geltend macht, ...

§ 7 Mitteilungs- und Mitwirkungspflicht des Arbeitnehmers

7.1 Der Arbeitnehmer hat alle Änderungen der ihn betreffenden Verhältnisse, die für seinen Anspruch auf Vorruhestandsgeld erheblich sind, dem Arbeitgeber unverzüglich mitzuteilen. Der Arbeitgeber kann das Vorruhestandsgeld zurückhalten, bis der ausgeschiedene Arbeitnehmer nach Vollendung des 60. Lebensjahres mitteilt und durch entsprechende Nachweise belegt, daß er Altersruhegeld oder andere ... Leistungen nicht beanspruchen kann.

7.3 Der ausgeschiedene Arbeitnehmer hat zu unrecht empfangenes Vorruhestandsgeld dem Arbeitgeber zurückzahlen ...

§ 10 Ergänzende Vereinbarungen.

Ergänzende Betriebsvereinbarungen sind zulässig, soweit sie den Anspruch des Arbeitgebers auf Zuschuß gemäß § 2 VRG nicht beeinträchtigen. ...

Quellenhinweis: Vorruhestandstarifvertrag Metall i.d.F.v. 28.6.84; Metall-Nachrichten NW/NB, div. Ausgaben; Politische Berichte - Extra, Juli 1984. - (has)

Arbeitsschutzgesetze**NACH DEN TARIFABSCHLÜSSEN
"FLEXIBILISIERUNG" GESETZLICH**

Der nebenstehend in Auszügen dokumentierte Entwurf eines "Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985" aus dem Ministerium Blüm soll am 22. August von der Regierung beschlossen und dann rasch in den Bundestag eingebracht werden. Blüm hat mit diesem überarbeiteten Gesetzentwurf – eine erste Fassung lag im März vor – auf die Tarifabschlüsse in der Metall- und der Druckindustrie reagiert: Die jetzt in den Manteltarifverträgen enthaltenen Möglichkeiten für die Kapitalisten, mittels "Flexibilisierung" die Arbeitsintensität zu steigern und gleichzeitig die Löhne zu senken, will Blüm durch gesetzliche Bestimmungen erweitern und ergänzen.

Formulierungen wie "Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall" (§ 6) machen die Absicht deutlich: Die vollständige Unterwerfung der Arbeitskraft unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals soll jetzt arbeitsrechtliche Vorschrift werden.

Auf einige Bestimmungen in den Abschnitten "befristete Arbeitsverträge" und "Teilzeitarbeit" sei besonders hingewiesen (im vorigen Heft der Politischen Berichte sind bereits die Bestimmungen zur Beseitigung von Sozialplänen dargestellt worden):

Aus der Begründung zur "erleichterten Zulassung befristeter Arbeitsverträge" geht hervor, daß eine Ausweitung des besonderen Kündigungsschutzes für Schwangere und Schwerbeschädigte beabsichtigt ist. Dem Kapitalisten wäre damit künftig z.B. erlaubt, eine Schwangere befristet bis zum Beginn des Mutterschaftsurlaub-

bes einzustellen, womit er sich dann auch der Zahlung zum Mutterschaftsgeld entledigt hätte.

Unter dem scheinheiligen Vorwand, Schutzrechte für Teilzeitbeschäftigte festzuschreiben, hat Blüm eine gesetzliche Absegnung der Teilzeitarbeit in allen widerwärtigen Formen vorgelegt, wie sie bislang z.B. in der Arbeitszeitordnung nicht enthalten waren.

Die Formulierung, daß "die Dauer und die Lage oder nur die Lage der Arbeitszeit des Arbeitnehmers an den Arbeitsanfall angepaßt werden" können, legt zumindest nahe, daß Sonntags- und Nacharbeit hierüber zur regulären Arbeitszeit werden und somit auch die dafür üblichen Lohnzuschläge entfallen könnten.

Daß das Ministerium Blüm mit dem Gesetz keineswegs die Arbeitskraft vor übermäßiger Anspannung und völliger Regellosigkeit und Willkür bei der Arbeitszeit bewahren will, geht schon aus der Begründung für § 6 hervor. Bei Arbeitsverhältnissen mit einer "kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit" soll der Kapitalist den Beschäftigten wenigstens vier Tage vor dem beabsichtigten Einsatz informieren, damit "der Arbeitnehmer die vom Arbeitgeber nicht in Anspruch genommene Zeit möglicherweise anderweitig zur Erwerbstätigkeit einsetzen kann".

Die Arbeitsverhältnisse, die Blüm mit diesem Gesetz ermöglichen will, bedeuteten für die davon betroffenen Arbeiter eine völlige Unsicherheit der Lebensumstände und, obwohl die Zeit

der tatsächlichen Beschäftigung relativ gering sein mag, sehr viel höheren Verschleiß der Arbeitskraft. Die Kapitalisten könnten gegenüber solchen rechtlosen in Teilzeit oder befristet Beschäftigten eine höhere Arbeitsintensität durchsetzen als etwa gegenüber einer Stammebelegschaft. Die Spaltung der Belegschaften in ständig wechselnde Teilzeitbeschäftigte und Stammebelegschaften wäre zudem ein Hemmnis für jede gewerkschaftliche Organisation und Gegenwehr.

Zugleich bekämen die Kapitalisten gesetzlich zugesichert, daß sie die Teilzeitbeschäftigten leichter kündigen und auch schlechter bezahlen dürfen: der Ausschluß von "betrieblichen Nebenleistungen" wird in der Begründung zu § 3 ausdrücklich gerechtfertigt; die Zahlung von Überstundenzuschlägen ist nur bei Beschäftigten mit mehr als zehn Stunden regelmäßiger wöchentlich Arbeitszeit vorgesehen.

Einen ganz wichtigen Punkt, den Blüm mit diesem Gesetz verfolgt, kritisieren die Gewerkschaften in den vorliegenden Stellungnahmen (s.a. unten) leider überhaupt nicht. Sowohl im § 2 als auch § 8 enthält der Entwurf die Möglichkeit, vom Gesetz abweichende Tarifverträge abzuschließen. Aus der Begründung geht hervor, daß Blüm damit den Kapitalisten auch die Durchsetzung von für die Beschäftigten schlechteren Vereinbarungen möglich machen will. Der von der Arbeiterbewegung verfolgte Zweck, durch gesetzliche Arbeitsschutzregelungen auch die Arbeiter in gewerkschaftlich kaum oder schwächer organisierten Branchen zu schützen, wäre damit zunichte gemacht.

Quellenhinweis: Bundesminister für Arbeit und Soziales, Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985, Stand 17. Juli 1984 – (alk)

STELLUNGNAHMEN:**DGB**

"Als weiteren Schritt zum Unternehmerstaat hat der Deutsche Gewerkschaftsbund ... die Änderungen im Arbeitsrecht bezeichnet, die der Bundesarbeitsminister in dem von ihm als 'Beschäftigungsförderungsgesetz' bezeichneten Gesetzentwurf beabsichtigt. Die Verwirklichung seiner Vorstellungen schafft im Gegensatz zu Blüms Erklärungen nicht einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz. Im Gegenteil: Bestehende Dauerarbeitsplätze würden weiter abgebaut und für die Arbeitnehmer soziale Schutzrechte beseitigt werden, die sich teilweise über Jahrzehnte als notwendig erwiesen und in der Praxis bewährt haben ...

So sollen beispielsweise die von der Rechtsprechung aus sozialstaatlichen Gründen entwickelten Grundsätze, die beim Abschluß befristeter

Arbeitsverträge zu beachten sind, für arbeitslose Stellenbewerber bis in das nächste Jahrzehnt hinein aufgehoben werden ...

Das Bestreben, Leiharbeit in noch größerem Umfang zuzulassen als bisher, führt zu einer weiteren Verminderung der Stammebelegschaften und zu einer Zweiteilung der Belegschaften in solche, die einen gesicherten Arbeitsplatz haben und andere, die ständig gefeuert werden können." (DGB, Nachrichtendienst, 2.8.84)

IG METALL

"Kaum ist die Arbeitszeitverkürzung gegen Kabinett und Kapital durchgesetzt, da bastelt Bundesarbeitsminister Blüm weiter daran, Arbeitnehmerrechte einzuschränken und abzubauen ...

Was flott als beschäftigungsfördernde 'Flexibilisierung des Arbeitsrechts' verkauft werden soll, ist unverblümter Sozialabbau. Um nur die

wichtigsten Punkte zu nennen:

- Aushebelung des Kündigungsschutzes durch extreme Ausweitung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge,
- Arbeit auf Abruf,
- variable Arbeitszeit,
- Teilzeitarbeit soll gesetzlich abgesegnet werden. Die Arbeitnehmer haben dann nach der Unternehmerpfeife zu tanzen.
- Leiharbeit – die moderne Form des Sklavenhandels – soll nicht eingeschränkt, sondern erleichtert werden ...

Man kann dieses 'Beschäftigungsförderungsgesetz' nur als unverschämten Angriff auf Arbeitnehmer- und Betriebsratsrechte und als Ermunterung für Unternehmer ansehen, noch rücksichtsloser als bisher Betriebe stillzulegen und Arbeitnehmer rauszuschmeißen. Die IG Metall lehnt eine solche Politik ab ..."

(Karl-Heinz Janzen, Metall 16/84)

Dokumentiert**ENTWURF EINES BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNGSGESETZES****Artikel 1****Gesetz über arbeitsrechtliche Vorschriften
zur Beschäftigungsförderung****Erster Abschnitt Befristeter Arbeitsvertrag**

§ 1 Erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge. (1) Vom 1. Januar 1985 bis zum 31. Dezember 1991 ist es zulässig, mit einem arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer die einmalige Befristung eines Arbeitsvertrages bis zur Dauer eines Jahres zu vereinbaren, ohne daß es eines rechtfertigenden Grundes für die Befristung und ihre Dauer bedarf. Satz 1 gilt auch dann, wenn der Arbeitnehmer im unmittelbaren Anschluß an die Berufsausbildung nur vorübergehend weiterbeschäftigt werden kann ...

§ 2 Vorrang des Tarifvertrages. (1) Von § 1 kann durch Tarifvertrag abgewichen werden.

Zweiter Abschnitt Teilzeitarbeit

§ 3 Verbot der unterschiedlichen Behandlung. (1) Der Arbeitgeber darf einen teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nicht wegen der Teilzeitarbeit gegenüber vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern unterschiedlich behandeln, es sei denn, daß sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.

(2) Teilzeitbeschäftigt sind die Arbeitnehmer, deren vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit kürzer ist als die betriebsübliche regelmäßige Wochenarbeitszeit. Ist eine regelmäßige Wochenarbeitszeit nicht vereinbart, so ist die regelmäßige Arbeitszeit maßgeblich, die im Jahresdurchschnitt auf eine Woche entfällt.

§ 4 Überstunden. Der Arbeitgeber hat die Arbeitszeit, die über die vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers hinausgeht, nach denselben Grundsätzen zu vergüten wie die Arbeitszeit, die vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer über ihre vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit hinaus erbringen. Satz 1 ist nicht anzuwenden, soweit ein Arbeitnehmer innerhalb einer Woche nicht mehr als 10 oder innerhalb eines Monats nicht mehr als 45 Stunden Arbeit einschließlich Überstunden leistet.

§ 6 Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall. (1) Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß die Dauer und die Lage oder nur die Lage der Arbeitszeit des Arbeitnehmers an den Arbeitsanfall angepaßt werden, so ist der Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung nur verpflichtet, wenn ihm der Arbeitgeber die Lage seiner Arbeitszeit jeweils mindestens vier Tage im voraus mitteilt.

(2) Ist in der Vereinbarung über die Anpassung an den Arbeitsanfall die tägliche Dauer der Arbeitszeit nicht festgelegt, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitnehmer jeweils für mindestens drei aufeinanderfolgende Stunden zur Arbeitsleistung in Anspruch zu nehmen.

§ 7 Arbeitsplatzteilung. (1) Vereinbart der Arbeitgeber mit zwei oder mehr Arbeitnehmern, daß diese sich die Arbeitszeit an einem Arbeitsplatz teilen,

1. so sind bei Ausfall eines Arbeitnehmers die anderen in die Arbeitsplatzteilung einbezogenen Arbeitnehmer zu seiner Vertretung nur auf Grund einer für den einzelnen Vertretungsfall geschlossenen Vereinbarung verpflichtet; die zur Vertretung erbrachte Arbeitszeit ist für die Anwendung von § 4 nur zu berücksichtigen, soweit dies vereinbart ist;

2. so ist die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber wegen des Ausscheidens eines anderen Arbeitnehmers aus der Arbeitsplatzteilung unwirksam; das Recht zur Änderungskündigung wegen des Ausscheidens eines anderen Arbeitnehmers aus der Arbeitsplatzteilung ... bleibt unberührt.

§ 8 Vorrang des Tarifvertrages (1) Von den §§ 3 bis 7 kann durch Tarifvertrag abgewichen werden.

Aus der Begründung

Zu § 1: Absatz 1 läßt zu, daß für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 1991 befristete Arbeitsverträge mit einer Dauer bis zu einem Jahr ohne weitere Voraussetzungen abgeschlossen werden können. Damit ist eine beschäftigungspolitische Schubwirkung beabsichtigt ... Der Verzicht auf die sachliche Rechtfertigung für die Befristung und ihre Dauer bedeutet u.a., daß dies auch für kündigungsrechtlich besonders geschützte Arbeitnehmergruppen (z.B. Schwangere, Schwerbehinderte, Wehrpflichtige) gilt ...

Zu § 3: Die Vorschrift untersagt die unterschiedliche Behandlung teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, um durch die arbeitsrechtliche Gleichstellung mit Vollzeitbeschäftigten die Attraktivität dieser Beschäftigungsform zu fördern.

Absatz 1 ... Eine unterschiedliche Behandlung bleibt jedoch zulässig, wenn sie nicht wegen der Teilzeitarbeit, sondern aus anderen Gründen erfolgt. Dazu zählen unter anderem Arbeitsleistung, Qualifikation, Berufserfahrung, soziale Lage oder unterschiedliche Arbeitsplatzanforderungen. Auch wegen der Teilzeitarbeit läßt Absatz 1 eine unterschiedliche Behandlung zu, wenn sachliche Gründe sie rechtfertigen. Dies kann zum Beispiel beim beruflichen Aufstieg, bei einer Versetzung und bei einer Kündigung der Fall sein ... Eine solche unterschiedliche Behandlung wegen der Teilzeitarbeit aus sachlichen Gründen kann auch bei betrieblichen Nebenleistungen gerechtfertigt sein ...

Absatz 2 definiert den Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers ... Die Definition erfaßt ... alle teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, gleichgültig, ob ihre Arbeitszeit nach Tagen, Wochen oder längeren Zeiträumen bestimmt ist und gleichgültig, ob es sich um bestimmte Sonderformen der Teilzeitbeschäftigung wie die Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall (variable Arbeitszeit) oder die Arbeitsplatzteilung (job-sharing) oder Turnus-Arbeit handelt ...

Zu § 6: Die Regelung trägt dem Bedürfnis Rechnung, bei langfristig nicht vorhersehbaren Schwankungen des Arbeitsanfalls Dauer und Lage oder nur die Lage der Arbeitszeit nicht im Arbeitsvertrag von vornherein festzulegen ... Absatz 1 schreibt vor, daß dem Arbeitnehmer seine Einsatzzeit jeweils mindestens vier Tage im voraus mitgeteilt werden muß. Diese Vorlaufzeit soll dem Arbeitnehmer hinreichend Zeit lassen, um seine persönliche Zeitplanung entsprechend einzurichten. Hierzu gehört auch, daß der Arbeitnehmer die vom Arbeitgeber nicht in Anspruch genommene Zeit möglicherweise anderweitig zur Erwerbstätigkeit einsetzen kann ... Absatz 2 ... Die Regelung schließt es nicht aus, daß sich der Arbeitnehmer von vornherein in der Vereinbarung mit dem Arbeitgeber durch Festlegung der täglichen Dauer einer ihrer Lage nach variablen Arbeitszeit auch zu kürzeren als dreistündigen Arbeitseinsätzen verpflichtet ...

Zu § 8: Absatz 1 stellt klar, daß die Tarifvertragsparteien von den §§ 3 bis 7 dieses Gesetzes zugunsten des Arbeitnehmers abweichen können und gestattet darüber hinaus den Tarifvertragsparteien auch eine Abweichung zum Nachteil teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer. Bei tarifvertraglichen Vereinbarungen über Teilzeitarbeit und deren Sonderformen kann davon ausgegangen werden, daß die Tarifvertragsparteien sachlich gerechtfertigte Ausnahmebestimmungen zu den gesetzlichen Regelungen, insbesondere branchenspezifische Regelungen, besser als der Gesetzgeber treffen können und dabei auch die Schutzinteressen der Arbeitnehmer ausreichend berücksichtigen. Abweichende Regelungen durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sind ausgeschlossen und können auch nicht durch Tarifvertrag zugelassen werden.

Taschenbücher

KRIEGSPROPAGANDA UND WIDERSTAND IM 1. UND 2. WELTKRIEG

"SO VIEL EDLES VERSPRITZTES BLUT"

"Es erfüllt uns mit Entrüstung, daß die Feinde Deutschlands ... angeblich zu unseren Gunsten einen Gegensatz ausmachen wollen zwischen dem Geiste der deutschen Wissenschaft und dem, was sie den preußischen Militarismus nennen." Auszug aus einer Erklärung von 3016 deutschen Professoren, mit der diese am 16. 10. 1914 ihre Unterstützung für den deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg und für das in Verfolgung dieser Ziele veranstaltete Gemetzel erklärten. Die Erklärung ist eine der vielen "Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg", in einem gleichnamigen Reclam-Bändchen 1975 veröffentlicht. Das Bändchen dokumentiert auch die frühe Sorge der Professoren vor einer Revolution und ihre Versuche, diese Revolution zu verhindern, sowie die dreisten Platteiten, mit denen sie die Grausamkeiten der Kapitalisten zu beschönigen versuchen: "Die Härte der Geldmacht", so hatte etwa einer der Professoren erkannt, komme von der "Grenzenlosigkeit der Zahl". Das Bändchen ist nützlich. Es dokumentiert Auffassungen, wie sie heute noch an den westdeutschen Hochschulen gelehrt werden, und Ziele, die der BRD-Imperialismus noch heute vertritt. (Reclam Universal-Bibliothek Nr. 9787, 6,90 DM – rül)

NÜTZLICHES BUCH ÜBER LANGEMARCK

"Langemarck, Gem. in der belg. Prov. Westflandern, 8 km nordnordöstlich von Ypern, mit (1967) 4800 Einwohnern ... Im ersten Weltkrieg war L. vielfach umkämpft, bes. vom 18.10. bis 30.11.1914 (Sturm auf L. der dt. Kriegsfreiwilligen-Regimenter); dt. Kriegerfriedhof mit 45000 Gräbern". So steht's im Brockhaus. Die 45000 Gräber sind untertrieben. 170 Soldatenfriedhöfe liegen rings um Lange-

marck. Hier, im "Ypernbogen", starben im ersten Weltkrieg 1 Million Menschen. H. Kopetzky hat Dokumente über diese furchterlichen Gemetzel (Oberbefehlshaber des Deutschen Reiches war der auch für die "Schlacht" bei Verdun verantwortliche General Erich von Falkenhayn) zusammengetragen: Interviews mit Überlebenden, Regimentstagebücher, Briefe von Soldaten, Zeitungsmeldungen und die von den Reaktionä-



NPD-Kranz und Schleife für die "Helden von Langemarck"

ren aller Schattierungen, vor allem den Faschisten gepflegten Legenden über die "Helden von Langemarck". Die Gemetzel von Langemarck waren Ergebnis der rücksichtslosen Kriegsführung des Deutschen Reiches und von Umwälzungen in der Kriegstechnik (Maschinengewehrstellungen, denen gegenüber unerfahrene Infanterie schwerste Verluste erlitt, Einsatz von Giftgas, Reiterei wird bedeutungslos). Die Konsequenz der Faschisten war: der "Mythos von Langemarck" und: Panzerbau. Zu diesem "Mythos" gehört auch, die deutschen Regimenter hätten Langemarck "Deutschland, Deutschland über alles" singend gestürmt. Kopetzky: die Soldaten hätten Angst gehabt, in dem unübersichtlichen Gelände von "eigenen Leuten" erschossen zu werden. (H. Kopetzky, In den Tod – hurra! Pahl-Rugenstein 228, Köln 1981, 12,80 DM – rül)

"MENSCHHEITSDÄMMERUNG"

Im Herbst 1919 erschien die erste Auflage der "Menschheitsdämmerung", die erste und bis heute umfangreichste Sammlung expressionistischer Gedichte. Der Expressionismus, eine Kunstströmung aus den Jahren 1910–1920, findet gegenwärtig wieder breite Beachtung, die "Menschheitsdämmerung" hat heute eine Auflage von weit über 100000. Faszinierend sind diese Gedichte als subjektive Bilder der Verödung, Entfremdung und der Fäulnis im imperialistischen Deutschland. Doch sie sind geschrieben vom Standpunkt des Geistes gegen den allgemeinen Ungeist, vom Standpunkt einer Elite, die gehindert ist, den Triumph des Geistes, der Vernunft und der Phantasie zu feiern. Die zahlreichen Kriegsgedichte sind so auch keine klaren Absagen an den Krieg oder gar den Expansionismus des deutschen Reiches, sondern der Krieg erscheint als Moloch oder gar als Aufbruch zu neuen Ufern. Mit dem Erstarken der Arbeiter- und Antikriegsbewegung in Deutschland werden auch die meisten expressionistischen Dichter zu Kriegsgegnern, um aber nach Kriegsende zu verstummen, als das erhoffte Utopia der Brüderlichkeit und Menschlichkeit ausbleibt. Auf den Scheiterhaufen der Faschisten tauchen ihre Werke wieder auf, weil ihre Gedichte eines scharf zeigten: die Entartetheit des Imperialismus. (Menschheitsdämmerung, ein Dokument des Expressionismus, neu herausgegeben von Kurt Pinthus, rororo Klassiker 55 – rub)

KOLONIALE OBSZÖNITÄTEN

Wenn man dem britischen Schriftsteller William Stevenson glauben will, ist das britische Kolonialreich in Afrika zerfallen, weil die britischen Imperialisten zu dumm waren, die Afrikaner richtig zu behandeln, und nicht etwa, weil die afrikanischen Arbeiter und Bauern für ihre sozialen und politischen Interessen gegen koloniale Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft haben. In dem Roman "Der Lö-

we von Afrika" berichtet Stevenson über den Krieg, den deutsche und britische Truppen während des ersten Weltkrieges in Ostafrika um das heutige Tansania geführt haben und in dem die britischen Truppen nicht gesiegt haben. Der deutsche General von Lettow-Vorbeck wird darin als ein Held vorgeführt, der für die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus kämpfte und nicht etwa um die Aufrechterhaltung der deutschen Kolonialherrschaft in Ostafrika, weshalb ihm die afrikanischen Soldaten treu folgten und nicht – wie in Wirklichkeit geschehen – zu Tausenden in die Kolonialtruppe gepreßt wurden, aus der sie desertierten, wann immer sie konnten. Daß dabei Frauen und Kinder als Geiseln mit requiriert wurden, erklärt Stevenson mit rassistischen Obszönitäten über den afrikanischen Geschlechtstrieb. (W. Stevenson, Der Löwe von Afrika, Goldmann-Taschenbuch Nr. 6719, 10,80 DM – uld)

GEGEN DIE REAKTION 1913 – 1933

Carl von Ossietzky griff mit seinen Artikeln die Reaktion und ihre Versuche, die Weimarer Republik zu beseitigen, an. Er wies nach, daß die Legende der Imperialisten, die deutschen Armeen seien 1918 durch einen "Dolchstoß" von Verrätern hinterrücks besiegt worden, die demagogische Lüge für die erneute Kriegsvorbereitung war. Er zog sich den besonderen Haß der Reaktionäre zu, als er in der Zeitschrift "Weltbühne", deren Herausgeber er seit 1927 mit Tucholsky war, enthüllte, daß die Reichswehr unter der Tarnung von Abteilungen der Deutschen Lufthansa eine neue Luftwaffe aufbaute. Die Reichsregierungen deckten diese Aufrüstungen, obwohl dem Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag eine Luftwaffe untersagt worden war. O. wurde deswegen 1931 vom Reichsgericht in geheimer Verhandlung wegen Landesverrats zu 18 Monaten Haft verurteilt. Schon früh hat O. in seinen Schriften zur politischen Einheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Republikanern ge-

gen die Gefahr der faschistischen Diktatur aufgerufen. Aber er sah nicht, daß seine Forderung, Deutschland rein zu halten und moralisch groß zu machen, kein politisches Mittel gegen die von der Finanzbourgeoisie angestrebte Terrorherrschaft war. Gerade auf "Deutschland" beriefen sich die Faschisten. Ossietzky wurde von den Nazis in Konzentrationslagern jahrelang gefoltert. Er starb 1938 in Gestapo-Haft. (C. von Ossietzky, Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913 – 1933. Fischer-TB Nr. 5188, 12,80 DM – gba)

KRIEGSFREIWILLIGER, DANN PAZIFIST
Im Schatten von "Im Westen nichts Neues ..." erschien 1930 Köppens "Heeresbericht". Nüchtern schildert er den Ablauf des I. Weltkriegs für den Studenten Reisiger, der sich als Freiwilliger bei der Artillerie an der Front befindet: Etappe, Grabenkrieg, Wirkung von Sperr- und Trommelfeuer, Feuerwalze, Gaskrieg, Panzerinsatz, Verletzung und Tod. Dazwischen einge-

den Einsatz im Jahr 1918 unterstützt er nicht. Auf dem Rückzug gerät er zwischen die Fronten, kommt doch durch, erklärt den Krieg zum Verbrechen. Er wird ins Irrenhaus eingeliefert. (Edlef Köppen, Heeresbericht, rororo 4318, Hamburg 1979 – dir)

REAKTIONÄRE IM WIDERSTAND

Der Titel der Dokumentation "Deutscher Widerstand 1938–1944" ist irreführend: Die von Bodo Scheurig 1969 erstmals herausgegebene und 1984 neu erschienene Sammlung enthält nur die gesellschafts- und außenpolitischen Vorstellungen jener Kreise von hohen Offizieren, Junkern und Pfaffen, die am 20. Juli 1944 an dem Attentat auf Hitler beteiligt waren. Die Dokumente zeigen, daß sie nicht wegen der imperialistischen Ziele der Faschisten und der brutalen Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Opposition zu Hitler standen. Die gewerkschaftliche Organisation sollte verboten bleiben und mit "Betriebsgewerkschaften", in denen Be-

"Ostdeutsche Volkskunde"

OSTEXPANSION – REVANCHISMUS KULTURELL VERBRÄMT

Die sogenannten Volksdeutschen, d.h. die deutschen Minderheiten vor allem in den östlichen Staaten waren bereits während des ganzen 20. Jahrhunderts Manövriermasse des deutschen Imperialismus für seine Expansionsabsichten. Als "Wahrer und Kunder des Erbes ostdeutscher Kultur" war und ist eine Vielzahl von "ost- und mitteldeutschen Kulturräten", Stiftungen und anderen Vereinen bemüht, an der Seite der Landsmannschaften die "Rechtmäßigkeit territorialer Ansprüche" kulturpolitisch zu begründen. Bedeutend ist hier die 1951 gegründete "Kommission für Volkskunde der Heimatvertriebenen", später umbenannt in "Kommission für ostdeutsche Volkskunde". Gründer waren großenteils Volkskunde-Professoren, die ihre Arbeit an ehemaligen "ostdeutschen Universitäten" aufgeben mußten. Bei Gründung der Kommission wurde die Errichtung eines "Zentralarchivs für die Volkskunde der Heimatvertriebenen" aus Bundesmitteln beschlossen. Sitz dieses Instituts (seit 1963 "Institut für ostdeutsche Volkskunde") ist Freiburg, ehemaliger Leiter war der 1982 verstorbene Johannes Künzig.

Künzig, der 1923 das "Badische Volksliedarchiv" gegründet hatte, 1936 mit "Entwicklungsgeschichte und Grundformen der deutschen Volkssage" habilitierte, avancierte in den darauffolgenden Jahren zum "Führer der auslandsdeutschen Volkskunde" (E. Riemann, 1). Mit Unterstützung des "Volksbundes für das Deutschtum im Auslande" führte er bis zum Ende des zweiten Weltkriegs mehrere "Feldforschungsfahrten" nach Südosteuropa durch, um "die Überlieferung des Oberrhein- und Schwarzwaldgebietes zurückzuverfolgen und in Kolonistendörfern mit überwiegend oberdeutscher Siedlerherkunft möglicherweise noch lebendige Traditionen ... aufzuspüren." (E. Riemann, 1). Ergebnis dieser Fahrten war u.a. die Herausgabe verschiedener Liedersammlungen. Künzig in der Einleitung zu "Deutsche Volkslieder aus dem rumänischen Banat", 1935:

"Möge dieses Liederbüchlein die Banater stolz darauf machen, daß sie noch soviel wertvolle Überlieferung vom Liede ihrer Väter bewahrt haben. In den deutschen und österreichischen Landschaften aber, denen die Ahnen der heutigen Banater entstammen, mag die schon aus vorliegender Auswahl sich aufdrängende Beobachtung, daß die weit nach Osten gewanderten Stammesgenossen soviel gemeinsames Vätergut sich bis heute gerettet haben, Ahnung werden, die kulturelle Verbindung nie abreißen zu lassen, vielmehr mit Liebe und Bedacht zu pflegen. Treue um Treue!"

1942 wurde Künzig mit der Leitung des neugegründeten Instituts für Volkskunde an der Universität Freiburg beauftragt. 1944 wurde das Institut bei einem Fliegerangriff zerstört und nach Kriegsende das Fach Volkskunde an der Universität von der französischen Militärbehörde abgeschafft. Künzig wurde Flüchtlingsreferent beim Deutschen Caritasverband. 1950 gründete er eine private Forschungsstelle für Volkskunde der Heimatvertriebenen, die dann vom Bundesministerium für Vertriebene subventioniert wurde. Da Feldforschung vor Ort nicht mehr möglich war, begann er mit Tonbandaufnahmen von "Vertriebenen" und "Flüchtlings", die über "ihre alte Heimat" erzählten und "viele alte und wertvolle Volkslieder" sangen. Einige der bisher erschienenen Publikationen: "Ehe sie verklingen ... Alte deutsche Volksweisen vom Böhmerwald bis zur Wolga", "Gottscheer Volkslieder". 1965 wurde das Institut für ostdeutsche Volkskunde vom Land Baden-Württemberg übernommen. Mit der Universität Freiburg und dem Deutschen Volksliedarchiv in Freiburg (DVA) gibt es eine enge Zusammenarbeit. Die Sammlungen Künzigs werden in zunehmenden Maße für Vorlesungen und Übungen verwendet. Das DVA, 1914 vom Volkskundler John Meier gegründet,



Die bürgerlichen Hitler-Attentäter zögerten, bis die Niederlage des Deutschen Reiches unverkennbar war.

streut sind Dokumente der Kriegspropaganda, Presseberichte, geheime Befehle. Bei sinnlosem Drill, Warten auf den Einsatz, vor allem mit den Niederlagen, beginnt Reisiger am Sinn des Krieges zu zweifeln, er verachtet die Propaganda. Dem entgegen wirken die Gesetze an der Front, töten oder getötet werden, seine Beförderung schließlich bis zum Leutnant. Er sehnt sich nach dem Ende des Tötens. Widerstand, Meuterei gegen

Legschaften und Betriebsführung zwangsweise organisiert sein sollten, die faschistische "Arbeitsfront" fortgesetzt werden. Das Interesse dieses reaktionären Widerstands an einer "Führung des europäischen Blocks" durch das "deutsche Volk" erklärt auch, warum das Attentat auf Hitler erst durchgeführt wurde, als die Truppen der Sowjetunion an der Reichsgrenze standen. (Deutscher Widerstand 1938–1944, dtv-Dokumente 2943, 12,80 DM – alk)

wird seit 1966 vom Ordinarius für Volkskunde an der Universität in Personalunion geleitet.

Diese Volkskunde, die scheinbar so harmlos daherkommt mit ihrem Sammeln alter Volkslieder, Märchen, Sagen ist handfeste Blut- und Boden-Mystik und Rassismus. Künzig 1937:

"Man hat bei der Erforschung auslandsdeutscher Gemeinden sich schon wiederholt mit der auffälligen Tatsache beschäftigt, daß oft der zahlenmäßig kleinere Bevölkerungsteil einer solchen Siedlung den Stammescharakter bestimmt ... So ist z.B. selbst für Saderlach ... nicht unbedingt ausgemacht, daß blutmäßig noch heute die Alemannen die Vorherrschaft haben ...; in der Bestimmung der Stammesart aber herrschen sie bis heute unbestreitbar ... Wer dann später etwa aus anderem Stammesum dazukam, der ... hatte sich ... an- und einzupassen." (2)

Quellenhinweis: (1) E. Riemann in: Zs. f. ostdeutsche Volkskunde 79/83; (2) J. Künzig, Kleine Volkskundliche Beiträge aus fünf Jahrzehnten, 1972 – (ulf)

Medizin im Nationalsozialismus

ALLES FÜR DIE REICHSDEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die "Wende" durch die Reaktion hat auch im Gesundheitswesen die Propaganda an zwei Punkten massiv vorankommen lassen: Es geht verstärkt gegen die Solidargemeinschaften der Versicherten und es geht um "Sterbehilfe" und Beseitigung von "hohen Kosten für die Volksgemeinschaft", worunter viel fallen kann. "Vernichtung von lebensunwertem Leben" wurde auch nicht erst von den Faschisten ins Leben gerufen, sondern es wurde vom Faschismus konsequent entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals vollendet, was die Reaktion schon seit der Jahrhundertwende lauthals formulierte und forderte. Im Mittelpunkt dabei: "Leistung" als Wertkriterium, Verwertung als Scheideweg der "Wertlosen" und Vernichtung als Endstation der zum kapitalistischen System "Unfähigen", sei es aus ökonomischen, rassistischen oder ideologischen Gründen.

Im Jahr 1895 schrieb Adolf Jost eine "Streitschrift" mit dem Titel "Das Recht auf den Tod". Er forderte darin die Freigabe der Tötung auf Verlangen bei unheilbar Kranken, für ihn konnte der Wert des "individuellen Lebens nicht nur gleich Null, sondern auch negativ werden". Bis 1920 wird dann im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt des "tätigen Mitleids" an der "Sterbehilfe" entlangdiskutiert. Obwohl Juristen mannigfach die Freigabe der "Sterbehilfe" forderten, konnte sie strafrechtlich nicht durchgesetzt werden. Die Diskussion zu diesem Zeitpunkt um die Euthanasie als Vernichtung "lebensunwerten Lebens" war noch relativ verhalten, änderte sich aber 1920 mit dem Erscheinen des Buches "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens – Ihr Maß und ihre Form", verfaßt vom Juristen Binding und dem Neuropathologen Hoche. Binding versuchte unter der vorgeblichen Absicht, auf "strenge juristische Behandlung das größte Gewicht" zu legen, den Begriff der Tötung zu verwässern und schließlich die Vernichtung "unwerten Lebens" zu rechtfertigen. Er tastet sich dabei von "Fallgruppe zu Fallgruppe" voran. Bereits beim Selbstmord, so Binding, liege eine gesetzliche Freigabe der Tötung vor. Die nächste "Fallgruppe", die Sterbehilfe, ist für ihn in demjenigen ihrer Teilbereiche interessant, in dem "die Verdrängung der schmerzhaften, vielleicht noch länger dauernden, in der Krankheit wurzelnden Todesursache durch eine schmerzlose andere" erfolge. Zu starke Lebensabkürzung sei zwar unzulässig, doch könne man nicht von einer "Tötungshandlung im Rechtssinne" sprechen, da in "Wahrheit eine reine Heilbehandlung" vorliege. Für die "Sterbehilfe mit gezielter Lebensverkürzung"

kommt es dann "dabei auf die Einwilligung des gequälten Kranken gar nicht mehr an". Nachdem er bewiesen glaubte, daß Tötung durchaus nicht in jedem Fall ein strafwürdiges Delikt sei, kommt er nun zum eigentlichen Anliegen. Dieser nächste Schritt könne "nur eine Freigabe der Tötung des Nebenmenschen sein". Auch Hoche leitet seine Argumentation mit einer Diskussion der Sterbehilfe ein. Diese befürwortend, kommt er schnell zum ökonomischen Kern seiner Gedanken, mit denen er den objektiven und subjektiven Lebensunwert von Geistigbehinderten belegen möchte, die er als "geistig Tote", "Ballastexistenzen", "Viertels- und Achtelskräfte" oder "Defektmenschen" bezeichnet. Er berechnet in detaillierter Ausführlichkeit die "Vergeudung" von Arbeitszeit und Geld und beklagt dann damit, welch "ungeheures Kapital dem Nationalvermögen für einen unproduktiven Zweck entzogen wird".

1924 rief der Zwickauer Medizinalrat Boethers die deutsche Ärzteschaft auf, sich für ein Gesetz stark zu machen, das die Sterilisation von Epileptikern, Geistigbehinderten, Blinden und Taubstummen erlaube. Im Hessischen Landtag wurde im gleichen Jahr ein Zwangsterilisierungsgesetz eingebracht. Ebenfalls im selben Jahr forderte der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches die Freigabe der Sterilisation bei Zustimmung des Patienten. Ausdrücklich wurden hier von allen bürgerlichen Parteien "rassenhygienische Gründe" als mögliche Entscheidungsgründe diskutiert. 1927 stellte die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtag den Antrag, Material über die eugenischen Sterilisationen in Amerika vorzulegen und die freiwillige Sterilisation aus Rassengründen ausdrücklich zu erlauben.

Am 14.7.1933 verabschiedete dann das faschistische Reichskabinett das "Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses". Es war die veränderte Fassung eines preußischen Gesetzentwurfes, der noch die Einwilligung des Sterilisierenden zur unerläßlichen Voraussetzung gemacht hatte. Solche "Einengungen" entfielen unter der Regie der Faschisten.

Die Medizin im Nationalsozialismus war nicht auf offensichtliches Verbrechen, auf Zwangssterilisation, Euthanasie oder entsetzliche Experimente in den KZs beschränkt. Daneben gab es alltägliches Handeln von Medizinern, das ebenso von Begriffen wie "Auslese", "Leistung" oder "Vernichtung" geprägt war. Gesund sein hieß vor allem "leistungsfähig" sein, Krankheit wurde zum Verschulden des Einzelnen erklärt, "Krankheit ist ein Versagen", sozial erkämpfte Solidargemeinschaften wurden bekämpft und immer mehr abgeschafft. Zentraler Begriff der medizinischen Terminologie im "Dritten Reich" war die "Gesundheitsführung". Sie umfaßte Rassenpolitik, Gesundheitserziehung ("Kraft und Schönheit"), die Strukturierung des Freizeitverhaltens mit Blick auf die größtmögliche Arbeitsleistung, Ratschläge für eine "gesunde Ernährung", die so billig wie möglich und so gesund wie nötig sein sollte. Bereits vor 1933 hatte es einen sich ständig verschärfenden Kampf gegen die soziale Krankenversicherung gegeben; der Kassenpatient wurde im medizinischen Schrifttum vorwiegend so charakterisiert: "Er ist ein ungewaschener, arbeitsscheuer Vagabund", er ist "unsozial", "untüchtig", "weich", "die vom Sozialstaat gezüchtete Drohung des Untermenschen".

In der Weimarer Republik hatten die Krankenkassen, kontrolliert von den Gewerkschaften und Vertretern der versicherten Arbeiter und Angestellten, die Kassenarztsitze vergeben und damit eine starke Position gegenüber den von ihnen abhängigen Kassenärzten erlangt. Die Zahl der Kassenarztsitze war beschränkt und die Bezahlung von den Krankenkassen geregelt worden. Es hatte viele Ambulatorien gegeben, in denen von den Kassen angestellte Ärzte arbeiteten. Im Faschismus wurden die alternativen gesundheitspolitischen Formen zerschlagen. Der "Verein sozialistischer Ärzte" und die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte" wurden aufgelöst, in der Folgezeit erhielten über 6000 Ärzte Berufsverbot. Allein in

Berlin wurden mehr als 60% der praktizierenden Ärzte, vor allem Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, zur Emigration gezwungen oder in Konzentrationslagern umgebracht. Ansonsten war die Gesamtärzteschaft in NS-Organisationen gut "integriert". 45% aller Mediziner waren in der NSDAP, das sind doppelt so viele wie beispielsweise bei den Lehrern; 26% aller Ärzte waren SA-Mitglieder, und im Vergleich zur männlichen Erwerbsbevölkerung waren Mediziner siebenmal häufiger in der SS. Die Verbindung zwischen Faschismus und einem Großteil der Ärzte war freilich nicht nur ideologischer Natur. Befestigt wurde sie durch eine Reihe von Maßnahmen, die der Befriedigung materieller Interessen diene.

Die Maßnahmen betrafen einmal die gesetzlichen Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen. Mit der "Verordnung über die Kassenärztliche Vereinigung" vom 2.8.33, die die 6000 bestehenden Kassenärztlichen Vereinigungen in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammenfaßte, erhielten die Ärzte das Zulassungsmonopol für die kassenärztliche Praxis. Zusammen mit der "Entfernung" der "jüdisch-marxistischen" Funktionäre in den Krankenkassenvorständen und Selbstverwaltungsorganen bedeutete diese Verordnung eine Stärkung der ärztlichen Position gegenüber den Krankenkassen.

Weitere Maßnahmen sorgten für eine zentral geführte Standesorganisation mit der Möglichkeit, abweichendes Verhalten von Ärzten zu kontrollieren und gegebenenfalls zu bestrafen. Diesem Ziel diente vor allem die Reichsärzteordnung von 1935 und die Errichtung einer Reichsärztekammer im Jahr 1936, zwei Gesetze, die auf ärztliche Forderungen vor 1933 zurückgingen. Mit der Verabschiedung der Reichsärzteordnung werden die Ärzte zudem von der Gewerbesteuer befreit, sie werden vom Geruch des "Gewerbetreibenden" befreit.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Arbeit der Ärzte im Faschismus war schließlich ein Bündel von Verordnungen und Gesetzen, mit deren Hilfe zumindest den freiberuflichen Ärzten und Kassenärzten, die den Kern des Standes repräsentierten, ein überproportionales Wachstum ihres Einkommens gesichert wurde. Während zum Beispiel die nominalen Bruttowochenlöhne der Arbeiter zwischen 1928 und 1938 um 13% sanken, die Bruttomonatsgehälter der Angestellten um knapp 10% stiegen, stieg das einkommensteuerepflichtige Einkommen der Ärzte um 18%. Ermöglicht wurde diese Entwicklung einerseits durch die Schaffung zusätzlicher Aufgaben in den neuen Gesundheitsämtern, als Betriebs- und Vertrauensärzte, in der Wehrmacht oder SS, wodurch die innerständische Konkurrenz abgebaut wurde. Zu den Maßnahmen zählten ferner Studienbeschränkungen für jüdische und andere "artfremde" Studenten und für Frauen, die zudem im Zuge einer Kampagne gegen das "Doppelverdienertum" aus der freien Praxis verdrängt wurden. Die "Entproletarisierung" des Standes und seine "Reinigung" von überzähligen Konkurrenten und Vertretern "zersetzender Geistesrichtungen" bewirkte jedenfalls das Ihrige.

Ein Überblick über die Entwicklung der Gesundheitsfürsorge im Faschismus zeigt verheerende Auswirkungen für die Bevölkerung auf. Die nationalsozialistische Gesundheitspolitik hatte ihre zentrale Perspektive nicht beim Problem der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung. Sie orientierte sich vorrangig am Prinzip "möglichst geringer Belastung der Wirtschaft mit sozialen Lasten". Gesundheit war dem Kosten-Nutzen-Kalkül der von Schwer-, Rüstungs- und Investitionsgüterindustrie dominierten "gesamtwirtschaftlichen Interessen" voll unterworfen. Die Entwicklung der Berufskrankheiten und die Betriebsunfälle erreichten bereits 1937 einen nie gekannten Höchststand, gleichzeitig wurden immer weniger "Berufsoffer" entschädigt, was nichts anderes hieß, als daß Berufsunfall und -krankheit zu einer immensen Gefahr für den Arbeiter, für die Kapitalisten aber immer risikoloser wurde. In einem Protokoll über die "Taugung des Wissenschaftlichen Rates für die Gesundheitsfüh-

Schneells naturwissenschaftliches Unterrichtswerk

Tafel 1



Deutschlands Nachwuchs so oder



Rassistische Propaganda für die Aufzucht "deutscher Soldaten" aus: L. Trinkwater, Einführung in die Vererbungslehre, Familienpolitik, Rassenkunde und Bevölkerungspolitik, eine Ergänzung aus dem Jahre 1934 zur 80. Auflage des Schulbuchs "Der Mensch".

rung des deutschen Volkes" vom 4.2.39 heißt es u.a.: "In den letzten Jahren macht sich bei den Bergleuten eine erhebliche Zunahme in fast allen Haupterkrankungsgruppen bemerkbar. Sie werden erkennen, daß die Zahl der Betriebsunfälle von 1935 bis 1938 um 59% gestiegen ist, daß die Zahl der Magenkrankungen um 100% stieg, und daß die Fälle von Krankheiten der Bewegungsorgane sich ganz enorm vermehrten: um 327% seit 1935. Daß mit der Belebung der Wirtschaft ein Ansteigen der Krankheits- und Arbeitsunfähigkeitsfälle eintreten, ist aber eine bekannte Tatsache..."

Jahrzehntelang wurde von Ärzteverbänden das Thema "Medizin im Nationalsozialismus" tabuisiert. Eine Ausstellung mit diesem Thema, 1982 von der Tübinger Vereinigung für Volkskunde initiiert, findet in diesem Jahr, unterstützt von den "Gesundheitsläden" in 70 Städten der BRD, wieder statt. Neben zahlreichen wichtigen, bisher noch nicht gesehenen Dokumenten ist diese Ausstellung auch aktuell: Sie wendet sich gegen den Ruf nach einem Staat, der "endlich Leistung wieder belohnt und Schmarotzern und Drückebergern das Fürchten" lernen will. Quellenhinweis: Ausstellungskatalog "Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus", Tübingen 1982; Stefan Leibfried und Florian Tennstedt: "Berufsverbote und Sozialpolitik 1933", Bremen 1979; "Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit - Ungebrochene Tradition?" Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980; Renate Jäckle: "Medizin im Nationalsozialismus und ihr Widerschein in der Gegenwart", Frankfurter Hefte 3/1983 – (kag)

EG-Süderweiterung

DIE IMPERIALISTEN IN DER EG WOLLEN HALBKOLONIALEN "SÜDGÜRTEL" SCHAFFEN

"Für die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal wurde offiziell die 'Schlußrunde eingeläutet'", teilte Mitte Juni die Bundesregierung in ihrem jüngsten "Bericht ... über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften" mit. Auch der Zeitplan stünde jetzt fest: "In den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal einigte sich der Rat (gemeint ist der Rat der Staats- und Regierungschefs der EG, d. Verf.) am 20./21. Februar auf ein Zieldatum: Bis zum 30. September 1984 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein, damit die beiden Länder am 1. Januar 1986 der Gemeinschaft beitreten können." Mit dem bisherigen Verlauf der Verhand-



Die Reallöhne der portugiesischen Arbeiter sind seit 1982 um 20% gefallen – Portugal als Niedriglohnparadies für die Kapitalisten. Bild: Streikversammlung auf der Lisnave-Werft, Lisabon.

lungen war die Bundesregierung zufrieden: "Abgesehen von den noch offenen Kapiteln Landwirtschaft, Fischerei und Sozialfragen ist der überwiegende Teil der Verhandlungen zur Zufriedenheit der Bundesregierung bewältigt."

Ob die Imperialisten in der EG diesen Zeitplan einhalten werden, ist noch offen. Denn noch vor dem Beitritt beider Staaten zur EG wollen sie die spanische und die portugiesische Regierung zu weiteren Zugeständnissen zwingen und zu weiteren Angriffen auf die Arbeiter und Bauern ihrer Länder veranlassen.

Das "offene Kapitel" Fischerei ist dafür ein Beispiel. Spanien verfügt mit 17000 Fischereifahrzeugen über eine Fischereiflotte, die größer ist als die jedes EG-Staates. Die 110000 Seeleute bzw. Fischer auf diesen Booten fingen 1980 1,2 Mio. Tonnen Fisch. Aus den EG-Staaten konnten nur die dänischen Fischer bzw. Fischereikapita-

listen größere Fänge melden. Diese spanische Flotte, so der Wille der Imperialisten in der EG, soll möglichst noch vor dem Beitritt brutal dezimiert werden. Aus diesem Grund soll ihr auch der Zugang zu den "EG-Gewässern" möglichst lange verwehrt werden. In ihrer "Bestandsaufnahme" über "Erweiterungsprobleme" hatte die EG-Kommission diese Absicht Ende 1982 so formuliert: "Es besteht ein Mißverhältnis zwischen der Größe der Flotte (17000 Fischereifahrzeuge und 110000 Seeleute/Fischer) und den Spanien offenstehenden Fischereizonen." Dieses "Mißverhältnis" wolle die spanische Regierung durch Ausdehnung der Fanggebiete für die spanischen Fischer lösen: "Der Zugang Spaniens zu den Gemeinschaftsressourcen, insbesondere in der Biskaya, stellt ohne Zweifel das heikelste Problem in diesem Bereich dar. Spanien verlangt nämlich Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zu den Fischereigewässern der Gemeinschaft und hinsichtlich der Nutzung." Damit aber könne man sich nicht einverstanden erklären. Nötig seien vielmehr "umfangreiche und kostspielige Restrukturierungsmaßnahmen", auf Deutsch: Einkommensenkungen für die spanischen Fischer bis hin zu ihrer Ruinierung und Verwandlung in Lohnarbeiter für die Imperialisten, und die Vernichtung und Ausschaltung ihrer Flotte.

Auch bei den anderen, noch "offenen Kapiteln", haben die Imperialisten in der EG ähnliche Pläne. So ist die "Anpassung" der spanischen Stahlindustrie "an die gemeinsame EG-Politik" laut FAZ vom 24.7. ebenfalls noch "offen". Auch hier hatte die EG-Kommission schon Ende 1982 die Absichten der Imperialisten in der EG deutlich formuliert. Sie bemängelte: "Die spanische Stahlerzeugung hat im Jahr 1980 12,6 Millionen Tonnen erreicht, d.h. 9,8% der Produktion der Gemeinschaft der Zehn gegenüber etwa durchschnittlich 8,5% im Laufe der sechs Vorjahre ... haben die einschlägigen Industriebetriebe ihre Bemühungen auf die Ausfuhren konzentriert, die von 1 Million Tonnen im Jahr 1974 auf nahezu 6 Millionen Tonnen im Jahr 1980 angestiegen sind ... Diese Exportleistungen und das relative Wachstum der Erzeugung stehen im Gegensatz zur Entwicklung der Gemeinschaftsproduktion ..." Insbesondere bei "Sonderstählen", d.h. Edelstahl, Stahlrohren, legierten Stahlsorten, Feinblechen für die Automobilindustrie usw. wünsche die EG aber eine Verringerung der spanischen Kapazitäten. Bei den übrigen Bereichen der

Stahlproduktion, insbesondere bei der Herstellung von Massenstein, solle sich Spanien an die gemeinsame EG-Politik halten, sprich: Rationalisierung, schwere Lohnsenkungen und Intensivierung für die Stahlarbeiter. Ein Abweichen der spanischen Regierung von diesem Kurs werde die EG nicht hinnehmen: "Es wäre ... nicht vereinbar mit dem künftigen Status als Mitgliedsstaat, daß Spanien eine Politik einschlägt, die nicht mit der Politik der Gemeinschaft übereinstimmt", heißt es barsch zum Abschluß des Berichts der EG-Kommission über diese "offene Frage".

Bei der dritten "offenen Frage", welcher Kurs gegenüber den Bauern in Spanien und Portugal einzuschlagen ist, will die Kommission direkt gegen Bewässerungsprojekte der spanischen Regierung einschreiten. Im Bericht der Kommission heißt das so:

"Man kann ... davon ausgehen, daß die erweiterte Gemeinschaft bis 1990 über mindestens 1,2 Millionen Hektar künstlich bewässerte Böden zusätzlich verfügt, von denen sich ein Drittel in Spanien ... befinden würden." Dies schaffe, so die EG-Kommission, ein "Problem". Nun kann die EG-Kommission schwerlich in aller Öffentlichkeit erklären, sie wünsche keinen Ausbau der Bewässerungsanlagen in Spanien. Also entdeckt sie ein "Kernproblem". Weiter im Bericht der Kommission: "Das Kernproblem liegt jedoch eher in der Verwendung dieser Böden als in ihrem Vorhandensein. Es ist zu befürchten, daß die gewählten Produktionsausrichtungen Bereiche betreffen werden – in erster Linie Gemüse, dann Obst – bei denen sich ... das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage immer schwieriger gestaltet ... Die Verwendung der bewässerten Böden für Futterkulturen und Eiweißpflanzen bietet sich ohne Frage hier als Lösung an. Offen bleibt bei dieser Lösung jedoch die Frage des Lebensstandards der betroffenen Bauern." "Futterkulturen und Eiweißpflanzen", das heißt zum Beispiel: Mais- und Erdnußanbau und Lieferung der Ernte zu Weltmarktpreisen in die anderen EG-Staaten. Das heißt für die spanischen Bauern: elendeste Einkommen bei schwerster Arbeit, über kurz oder lang Ruinierung vieler von ihnen und Beschlagnahme ihres Bodens durch imperialistische Plantagen- oder Futtermittelkonzerne aus der EG, wenn nicht sogar die neuerliche Vernichtung der Bewässerungsanlagen und die Versteppung der Böden.

Wir könnten diese Aufzählung der Pläne der Imperialisten in der EG gegenüber den beiden neuen "Beitritts-

SPANISCHE LANDWIRTSCHAFT: "EG-ANPASSUNG" BEDEUTET BAUERNLEGEN

Die spanische Landwirtschaft zerfällt nach sozialen, geographischen und klimatischen Bedingungen in zwei sehr unterschiedliche Produktionsgebiete: solche ohne künstliche Bewässerung, mit extensiver Produktion und solche mit umfangreichen Bewässerungsanlagen, in denen vor allem Obst und Gemüse angebaut wird.

In den Trockengebieten, z.B. in großen Teilen Andalusiens, besitzen die spanische Feudaloligarchie und spanische sowie ausländische Konzerne ausgedehnte Latifundien. Hier ist zur Zeit nur noch der Olivenanbau einer der wenigen Produktionszweige, in denen sich Kleinbetriebe überhaupt halten können.

baugebiete, der "Huertas", ist die Provinz Valencia. Die Bewässerungskultur macht hier 70 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. 10 % bestehen aus Trockenkulturen, 20 % aus bebautem Land. 90 % aller Bodenparzellen liegen in einer Größenklasse zwischen 0 und 1 ha, 6 % der Bodenparzellen betragen zwischen 1 und 5 ha, und nur 4 % sind größer als 5 ha. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind 83 % nicht größer als 5 ha. Die nach statistischen Untersuchungen optimalen Hektarerträge erfordern allerdings eine Betriebsfläche von rd. ha.

Das heißt, daß die Masse der Kleinbauern in den Huertas nur durch Überarbeit und durch Einsatz der Arbeits-

lichen Produkten hat Spanien zugleich einen Selbstversorgungsgrad von nahezu 100 %. Eine Zwangsangpassung dieser Preise an die EG-Preise bedeutet also, daß die spanischen Preise fallen, daß die Kleinbauern in solchen Produktionszweigen wie der Milchwirtschaft ruiniert werden, und daß der Selbstversorgungsgrad abnehmen wird. Also werden die Importe aus der EG zunehmen und das spanischen Handelsdefizit wird vergrößert.

Bei den Produkten, deren jetzige Preise unter dem EG-Niveau liegen, sind die Auswirkungen in den Trockengebieten und in den bewässerten Gebieten zu unterscheiden. Bei der Olivenproduktion wird folgendes eintreten: Durch Anhebung des Preises für Olivenöl auf den EG-Preis wird das spanische Olivenöl nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber minderwertigeren, importierten Ölen und Fetten aus der EG. Folge: Vernichtung der kleinen Olivenbauern, Kahlschlag der Olivenhaine, steigende Importe, wachsendes Handelsdefizit.

Bei den Produkten der bewässerten Gebiete wird zunächst eine Preissteigerung für spanische Produkte erfolgen. Diesen Preisvorteil werden aber die Vermarktungsgesellschaften kassieren. Weiter wird dann der Druck zur Steigerung der Angebotsmenge zunehmen. Eine qualitative Steigerung der Produktivkraft der Arbeit auf den bewässerten Böden erfordert aber eine Ausweitung der Gewächshäuser. Das erfordert erstens Kapital und zweitens eine Mindestbetriebsgröße, damit die Verglasung – deren qm-Kosten mit der Fläche abnehmen – rentabel bleibt. Schließlich werden die EG-Preise fallen. Die Folge wird sein: wachsende Verschuldung und Vernichtung der kleinen Familienbetriebe, dafür Investitionen der Vermarktungsgesellschaften und des industriellen Kapitals in kapitalistisch betriebenen großflächigen Gärtnereiunternehmen.

Bei den Zitrusfrüchten Orangen, Mandarinen und Pampelmusen, von denen Spanien jeweils mehr als die ganze EG produziert, wird der EG-Beitritt Spanien den Weltmarktpreisen unterwerfen. Ein sicherer Weg zur Errichtung von Plantagenwirtschaft im Kolonialstil für die EG-Imperialisten.

Quellenhinweis: R. Biskup, Spanien und die EG, Stuttgart 1978; Marques, Lage und Entwicklung der Gemüsebaubetriebe der Huerta von Valencia, Zürich 1977; Mira, EG-Beitritt Spaniens, Auswirkungen auf den Außenhandelsschutz der spanischen Landwirtschaft, (span.), Madrid 1979.



Olivenproduktion: Für Kleinbauern nicht mehr konkurrenzfähig gegen den Import minderwertiger und billiger Öle und Fette.

Gebiete mit künstlicher Bewässerung liegen vor allem an der Mittelmeerküste. Der Bau der hier verwendeten Bewässerungssysteme geht noch zurück auf die Anwendung arabischer Technik vor der "Rückeroberung" Spaniens durch den spanischen Feudaladel. Mit dem Niedergang des spanischen Feudalismus verfiel ein Großteil der Bewässerungsanlagen. Erst im 19. und 20. Jahrhundert konnten die spanischen Bauern sie wiederherstellen. Lange Zeit konnten die Bauern den arabischen Rechtsgrundsatz verteidigen, daß das Wasser zum Boden gehört und die Wassernutzung nicht, wie im germanischen Recht, ein von der Bodennutzung getrenntes Besitzrecht ist.

Ein Beispiel dieser großflächigen bewässerten Obst- und Gemüsean-

kraft der ganzen Familie auf Parzellen weit unter einem ha, bisher ihre Existenz sichern konnte. Viele sind hoch verschuldet und haben den Boden oft nur zur Pacht. Die spanische Regierung hat zinsverbilligte Kredite bereitgestellt.

20 % der spanischen Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Diesen Anteil "marktgerecht" und drastisch zu reduzieren bezweckt die "EG-Anpassung".

Je nachdem, ob die jetzigen spanischen Preise über oder unter dem EG-Niveau liegen, wird das Bauernlegen auf unterschiedlichem Wege erreicht. Zu den Produkten, deren bisher durch spanische Zölle, Einfuhrrestriktionen und staatliche Handelsunternehmen geschützte Preise über EG-Niveau liegen, gehören u.a. Milch, Zuckerrüben und Mais. Bei diesen und ähn-

ländern" noch um einige Beispiele verlängern. So soll auch die spanische Werftindustrie nach den Wünschen der Imperialisten in der EG "umstrukturiert" werden, die Textil- und Bekleidungsindustrie in beiden Staaten müsse sich an die EG "anpassen" usw. usf. Am Ende dieses Konzepts steht die Verwandlung von beiden "Beitrittskandidaten" in Kapitalanlagegebiete und in riesige Reservoirs von billigsten Arbeitskräften für die Imperialisten in der EG, die Verwandlung der Volkswirtschaften beider Länder in Halbkolonien der Imperialisten in der EG.

Die Folgen für die arbeitenden Klassen wären: Weitere Einkommensenkungen und Verelendung der Bauern bis hin zur Vertreibung von ihrem Land und zu ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter für imperialistische Agrarkonzerne aus der EG oder in den Fabriken der Imperialisten, weitere Verelendung und Ruinierung der Fischer, schwere Lohnsenkungen und Intensivierung der Arbeit für die Lohnabhängigen in beiden Ländern noch über das schon in den vergangenen Jahren von den herrschenden Klassen in beiden Staaten erzwungene Ausmaß. In der Zeitschrift "Außenpolitik" (Herausgeber u.a. Helmut Schmidt, Hans Apel, Richard von Weizsäcker, der Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes, Kurt Georg Kiesinger und Walter Scheel) beschrieb ein Heinz Kramer im Herbst vergangenen Jahres die Folgen der von den westdeutschen Imperialisten in Spanien und Portugal gewünschten Umgestaltungen so:

"Die durch die internationale Konkurrenz bewirkten Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse würden in großem Ausmaß die wirtschaftliche Existenz der Kleinbauern verschlechtern oder gar bedrohen. Dasselbe trifft für größere Teile der Klein- und Mittelbetriebe zu. Die reale Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen in Landwirtschaft und Industrie würde andauern."

Daß die EG durch die Aufnahme Spaniens und Portugals ihren Charakter wandeln würde, ist den BRD-Imperialisten klar. Bislang war die EG im wesentlichen ein Bündnis imperialistischer Konkurrenten mit im wesentlichen gleichen, wenn auch konkurrierenden Interessen. Künftig bildet die "Europäische Gemeinschaft" ein Konsortium einiger imperialistischer Mächte in Westeuropa zwecks Ausbeutung und Beherrschung der weniger fortgeschrittenen Staaten nicht nur außerhalb der EG und außerhalb Europas, sondern auch innerhalb dieser "Europäischen Gemeinschaft" selbst. Der Widerspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen wäre damit auch für die Gestaltung der Beziehungen der EG-Staaten untereinander bestimmend. Heinz Kramer beschreibt das so: Die

Süderweiterung "... wird nicht wieder nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Veränderung der Gemeinschaft werden ... die Nord-Süd-Problematik kommt hinzu, denn die drei neuen Staaten haben alle Merkmale von Entwicklungsgesellschaften." Mit "drei neuen Staaten" sind dabei Spanien, Portugal und Griechenland gemeint. Mit zusammen schon jetzt 12 Millionen Lohnabhängigen und mehreren Millionen noch zu legenden Kleinbauern sollen diese Staaten künftig das "Niedriglohnparadies" für die Imperialisten in der EG bilden, einen kolonialen "Südgürtel" am Mittelmeer.

Warum aber streben dann die herrschenden Klassen in Spanien und Por-

gualisten in der EG also mehr als ein Viertel aller industriell ausgebeuteten Lohnabhängigen Portugals unter ihrer Knute. Mit den Devisen, die diese Lohnabhängigen an ihre Familien in Portugal überweisen, bezahlt die portugiesische Regierung ihren Schuldendienst an die Imperialisten. Die "Financial Times" gab im Juli dieses Jahres die portugiesischen Auslandsschulden mit 14,4 Mrd. \$ an, mehr als das Vierfache der Exporte Portugals binnen eines Jahres. Auch unter den imperialistischen Kapitalanlegern stehen die Imperialisten in der EG in beiden Ländern an vorderster Stelle. 1981 teilte die EG-Kommission auf eine schriftliche Anfrage im Europäischen Parlament erstmals mit, daß



Februar 1984: 12000 spanische Lohnabhängige demonstrieren gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die geplante Schließung eines Stahlwerks. Auf Druck der EG hat die spanische Regierung den Kündigungsschutz der Lohnabhängigen verschlechtert, mehr befristete Arbeitsverträge und mehr Teilzeitarbeit erlaubt und die Löhne gesenkt. Im nächsten Jahr wünscht die EG eine Anhebung der indirekten Steuern der Lohnabhängigen: Die Mehrwertsteuer soll erstmals erhoben werden.

tugal selbst einen Anschluß an die EG an? Im wesentlichen, weil ihnen gar keine andere Wahl bleibt. 1981 wickelte Portugal 38,1% seiner Importe und 53,7% seiner Exporte mit der EG ab, Spanien bezog 29% seiner Importe aus der EG und lieferte 43% seiner Exporte in die Staaten der EG. Bei den Agrarausfuhren beider Länder ist die Bedeutung der EG noch größer: So liefert Spanien 60% seiner Agrarexporte in die EG, bei einzelnen Produkten wie Frischobst und Frischgemüse sogar 80% aller Exporte. 50% der portugiesischen Fischeinfuhren (im wesentlichen Thunfisch und Sardinen) werden in die EG exportiert. Hinzu kommen andere Abhängigkeiten. Fast eine halbe Million portugiesischer Lohnabhängiger etwa werden von Kapitalisten in den EG-Staaten ausgebeutet, der größte Teil davon in Frankreich. Zum Vergleich: Die Zahl aller Lohnabhängigen, die von portugiesischen und ausländischen Kapitalisten in der Industrie in Portugal ausgebeutet wurde, betrug 1980 etwa 1,4 Millionen. Schon jetzt haben die Impe-

50% aller ausländischen Investitionen in Spanien und Portugal von Kapitalisten aus der EG stammten. Allein die BRD-Imperialisten besaßen 1982 in Spanien bereits 569 Unternehmen, in denen sie 92 000 Lohnabhängige ausbeuteten. In Portugal beuteten sie in 84 Unternehmen insgesamt 19 000 Lohnabhängige aus.

Aber nicht nur imperialistischer Druck treibt die herrschenden Klassen in Spanien und Portugal in die EG. Sie versprechen sich auch Schutz von seiten der Imperialisten in der EG gegen die Arbeiter und Bauern in ihren Ländern. Die Imperialisten gewähren diesen Schutz gern – und verschaffen sich bei dieser Gelegenheit gleich Interventionsrechte. So schloß die französische Regierung Mitterand im Oktober vergangenen Jahres ein Abkommen mit Spanien über "militärische Zusammenarbeit", das ihr auch die Benutzung spanischer Häfen und Militärbasen für eigene militärische Interventionen erlaubt. Gleichzeitig wurde, so das "Archiv der Gegenwart" am 7.10.83, "in dem Abkommen eine

PORTUGAL: DIE "JUNGE DEMOKRATIE" ERWIRBT SICH DIE EG-REIFE

Zusammenarbeit zwischen der Polizei beider Länder geregelt". Wenig später, am 14.11.83, unterzeichneten in Bonn die Justizminister der BRD und Spaniens einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen. Der Vertrag sichert die westdeutschen Kapitalanlagen in Spanien zusätzlich ab und gewährleistet den BRD-Imperialisten die sofortige Vollstreckung beispielsweise von Schuldforderungen an spanische Kapitalisten und Behörden. Schon am 20. Oktober 1983 hatte die Bundesregierung ihr 4. "Verteidigungshilfeabkommen" mit der portugiesischen Regierung unterzeichnet und dieser darin jährliche Waffenlieferungen von 45 Millionen DM in den nächsten Jahren zugesichert. Am 19. Februar dieses Jahres ging in Madrid eine viertägige Konferenz von 19 christdemokratischen und konservativen Parteien insbesondere aus der EG mit der Verabschiedung mehrerer Resolutionen zu Ende, in denen u.a. die Gründung einer Institution gefordert wird, die künftig den "Terrorismus" international koordinierter bekämpfen soll. Daß damit insbesondere eine stärkere Bekämpfung der baskischen Befreiungsorganisation ETA gemeint war, war allen Beteiligten klar. Am 15. Juni teilte die Bundesregierung in ihrem anfangs bereits erwähnten "Bericht ... über die Integration in der Europäischen Gemeinschaft" den bislang weitestgehenden Schritt der konterrevolutionären Zusammenarbeit auf EG-Ebene mit: "An den Sitzungen der TREVI-Arbeitsgemeinschaft ("T" für "Terrorismus", "R" für "Radikalismus", "E" für Extremismus, "V" für Gewalt und "I" für "International", das ganze ist ein Kooperationsabkommen aller Innen- und Justizminister der EG, d. Verf.) nahmen auch Vertreter der EG-Anwärterstaaten Spanien und Portugal teil. Ihnen ist durch Beschluß der für die innere Sicherheit in den EG-Staaten zuständigen Innen- bzw. Justizminister ein Beobachterstatus eingeräumt worden."

(Fortsetzung im nächsten Heft)

Quellenhinweis: Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften, Bundestagsdrucksache 10/1622, Bonn, 15.6.84; Heinz Kramer, Die EG im Prozeß der Süderweiterung, in: Außenpolitik 3/1983, Hamburg 1983; Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Erweiterungsprobleme, Bestandsaufnahme und Vorschläge, in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 8/82; Europa-Informationen (Hrsg. Kommission der Europäischen Gemeinschaften), Heft 58/82: Portugal und die Europäische Gemeinschaft, Heft 69/83: Spanien und die Europäische Gemeinschaft; FAZ, 23. und 24.7.84; Archiv der Gegenwart, Ausgaben 1983 und 1984 – (rül, chc, scc)

Die portugiesische Regierung ist dabei, die Bedingungen für den EG-Beitritt Portugals herzustellen.

Nachdem die diversen Regierungen seit Jahren an der Beseitigung der Ergebnisse der antifaschistischen Umwälzung von 1974 arbeiten; die Banken und Versicherungen reprivatisiert und die Subventionen für staatliche Betriebe reduziert haben; die Verteilung des Landes an die, die es bebauen, weitgehend rückgängig gemacht haben; die Arbeitsgesetzgebung geändert und an das in den EG-Ländern geltende Arbeitsrecht angepaßt haben (den Arbeitern wurden so u.a. das Recht auf kostenlose medizinische Versorgung und der Kündigungsschutz genommen); ein neues Militärgesetz durchgesetzt haben, das den Soldaten politische Tätigkeit verbietet;

nachdem sie am 20. Juni dieses Jahres ein Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzeichnet hatte, das den arbeitenden Klassen neue Lasten auferlegt (Preiserhöhungen, Lohnsenkungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst), hat sie nun damit begonnen, ein "Gesetz über Innere Sicherheit und Zivilschutz" durchzusetzen. Unter den Armen Portugals wüten Hunger und Not. Unzählige Bauern sind zur Aufgabe ihres Landes gezwungen. Die Reallöhne sind allein in den letzten zwölf Monaten – bei einer Inflation von 30% – um 12% gesunken und werden bis Ende 1984 um weitere 10% sinken. Mindestens 800 000 von 4,5 Mio. Lohnabhängigen sind arbeitslos, ohne Arbeitslosengeld oder auch nur Sozialhilfe zu erhalten; 150 000 Arbeiter haben ihren Lohn z.T. seit letztem Jahr nicht ausgezahlt bekommen. Das IWF-Diktat wird die sozialen Widersprüche weiter verschärfen. Mit dem Gesetz über die Innere Sicherheit verschafft sich die Regierung die Waffe, die befürchtete "soziale und politische Explosion" (so die Schweizer Zeitung "Der Bund" am 22.6.) zu ersticken und die politische Opposition auszuschalten. Kurz vor der Eröffnung und zur Einstimmung der Parlamentsdebatte wurden 42 Mitglieder der antifaschistischen Organisation FUP unter dem fadenscheinigen Vorwand des "Terrorismus" inhaftiert. Am 27.7. billigte das Parlament den Gesetzesentwurf in erster Lesung mit großer Mehrheit.

Die portugiesische Regierung macht keinen Hehl daraus, daß für das neue Unterdrückungsgesetz die entsprechenden Gesetze v.a. in Großbritannien, Italien, der BRD Pate gestanden haben. Die Vermutung,

daß insbesondere die BRD auf das Gesetz gedrängt hat, liegt nahe. Gleich die Eingangsartikel legen die "internationale Zusammenarbeit" fest, so z.B. Artikel 3: "Die Aktivitäten zur Wahrung der inneren Sicherheit können außerhalb des nationalen Territoriums in Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen und Diensten und internationalen Organisationen, denen Portugal angehört, ausgeübt werden ..." Da dies auch umgekehrt gelten dürfte, können bundesdeutsche "Stellen und Dienste" bald auch in Portugal die innere Sicherheit – der BRD wahren.

Als Maßnahmen sieht das Gesetz im einzelnen vor: die Neuschaffung eines Sicherheits- und Nachrichtendienstes (die verhaßte Geheime Staatspolizei PIDE war 1974 aufgelöst worden); Einschränkung der Reisefreiheit und der Aufenthaltsrechte; Einschränkung des Versammlungsrechts (Verbot von Veranstaltungen, die die "öffentliche Ordnung" beeinträchtigen könnten); Überwachung von Telefon und Post; Hausdurchsuchungen ohne vorhergehenden Befehl; Vorbeugehaft; Einsatz der Polizei zur Aufrechterhaltung eines "normalen Betriebs" der öffentlichen Dienste und Transporte sowie der Versorgung; Verpflichtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in staatlichen Betrieben auf "Zusammenarbeit" mit den Sicherheitskräften; Abschaffung des Streikrechts für alle Mitglieder der Sicherheitskräfte, Verbot ihrer politischen und gewerkschaftlichen Betätigung; Einsatz der Armee zur "Verteidigung der inneren Sicherheit".

Quellenhinweis: Dokumentation des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter; taz vom 31.7.84



Landarbeiter besetzen das Land von Großgrundbesitzern (1974). Künftig ein Fall für das "Innere Sicherheit"-Gesetz



Demonstrationsrecht

Der Bundesgerichtshof hat am 8. August über die Revision eines Freispruchs zu entscheiden, den eine Teilnehmerin der Krefelder Demonstration gegen den US-Außenminister Bush erreicht hatte. Die Anwälte der Freigesprochenen befürchten weitgehende Auswirkungen auf die künftige Rechtsprechung der bundesdeut-

schen Gerichte beim Demonstrationsrecht. Schon vor Monaten hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Demonstrationsrechts eingebracht. Ziel ist die weitgehende Strafbarkeit aller Demonstrationen, die sich gegen die Regierungspolitik und gegen die Kapitalisten wenden. Danach sollen "friedliche" Blockaden von Betriebseingängen, Kasernen etc. strafbar sein.

Philippinen: Imperialisten suchen Marcos-Nachfolger

Mit den Wahlen im Mai hat sich die Marcos-Diktatur scheinbar stabilisiert. Die Wahlfarce, von der US-Regierung und den imperialistischen Großbanken gewünscht, war kaum vorbei, da wurden die Kreditlinien für das Marcos-Regime wieder aufgestockt, die Umschuldungsverhandlungen begannen. Allerdings produzierte die Wahlfarce nicht das von den USA gewünschte Ergebnis, einen Nachfolgekandidaten für Marcos. Die Revolutionäre konnten ihre Positionen festigen: Die Einheitsfrontorganisation NDF hatte zusammen mit anderen Organisationen zum Wahlboykott aufgerufen, der in den Großstädten massenhaft befolgt wurde.



Kabelpilotprojekt

Direkteren Zugriff auf die Fernsehprogramme, als dies bei den öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten schon jetzt der Fall ist, wünschen sich die Kapitalisten. Erfüllt werden soll es ihnen von Bundes- und Länderregierungen über die neuen Medien. So hat die Deutsche Bundespost bislang bundesweit 40 Milliarden

DM in die Verkabelung gesteckt. So hat die Bayerische Staatsregierung ein neues Landesmediengesetz geschaffen, das kommerziellen Großanbietern im Privatfernsehen umfassenden Einfluß auf die "Landeszentrale für Neue Medien" gewährt. Diese ist in Bayern nach dem neuen Gesetz für die Vergabe der Sendelizenzen verantwortlich. Medien- und Filmkonzerne profitieren davon.

BRD-Interessen bei der Süderweiterung der EG (II)

Noch bevor Spanien und Portugal förmlich in die EG aufgenommen sind, nehmen die Außenminister beider Länder bereits an Beratungen der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" innerhalb der EG teil. Insbesondere die BRD hatte darauf gedrängt. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich die "traditionellen Beziehungen" beider Länder zu ihren früheren Kolonien noch stärker zunutze machen, um dort ihren eigenen Einfluß auszuweiten. Insbesondere interessieren sie sich dabei für die portugiesischen "Beziehungen" zu Mosambik und Angola. Aber auch für die Kontrolle des Mittelmeerraums sind beide Länder wichtig.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.